

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der Socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis Primumerando:
 Vierteljährlich 3,30 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
 höchstens 28 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-
 nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 Abonnement: 1,10 Mark pro Monat.
 Eingetragen in der Post-Zeitungs-
 Verzeichnisse für 1903 unter Nr. 8203.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 2 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr
 Beträgt für die sechsheftige Kolonne
 je oder deren Raum 40 Pf., für
 politische und gesellschaftliche Vereins-
 und Berichterstattungs-Anzeigen 20 Pf.,
 „Kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf.,
 (nur das erste Wort frei). Inspecale für
 die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr
 nachmittags in der Expedition abgegeben
 werden. Die Expedition ist an Wochen-
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und
 Festtagen bis 6 Uhr vormittags geöffnet.

Telegraphisch: „Socialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Donnerstag, den 5. November 1903.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

Stadtverwaltung in Preußen.

Unsre deutschen Kommunalprogramme zerfallen im allgemeinen in zwei Teile, von denen der eine die Aufgaben umschreibt, die unsern Vertretern in dem städtischen Vertretungskörper selbst obliegen, während der andre die Forderungen bezüglich der Stadtverwaltung dem Staat gegenüber behandelt. In der That ist die Einengung selbst der städtischen Verwaltung durch die staatlichen Behörden besonders bei uns in Preußen außerordentlich stark; wir sagen: selbst der städtischen, da die Landgemeindeordnung noch traurigere Verhältnisse zeigt.

Gewiß haben wir in Preußen eine von der Bürgererschaft gewählte Stadtverordneten-Versammlung; aber das Wahlrecht zu dieser ist nicht nur an die Bedingung einer bestimmten Steuerleistung geknüpft, sondern auch nach der Höhe der Steuerleistung verschieden bemessen; es ist ein Dreiklassen-Wahlrecht schlimmster Art. Dazu kommt, daß die Stimmabgabe öffentlich ist. Alle diese Umstände tragen dazu bei, der Stadtverordneten-Versammlung einen durchaus konservativen Charakter zu verleihen. Aber diese „gewählte“ Vertretung der Steuerzahlenden Bürgererschaft hat ja gar nicht die Verwaltung der Stadt zu besorgen. Nach § 35 der Städte-Ordnung von 1853, auf deren Geltungsbereich wir uns hier beschränken, hat die Stadtverordneten-Versammlung über alle Gemeinde-Angelegenheiten zu beschließen, soweit dieselben nicht ausschließlich dem Magistrat überwiesen sind. Eine Reihe wichtiger Angelegenheiten, so die Anstellung der Beamten, über die die Stadtverordneten-Versammlung nur vernommen wird (St.-O. § 56 Nr. 6) sind also dem Magistrat ausschließlich überwiesen; aber auch die Beschlüßfassung in den andern Angelegenheiten nützt nichts, wenn der Magistrat ihr nicht beiträgt. Können sich Stadtverordneten-Versammlung und Magistrat nicht einigen, so entscheidet auf Anrufung seitens eines Teiles der Bezirksauschuss, in Berlin der Oberpräsident. Der Magistrat ist also stets in der Lage, gegen Beschlüsse der Stadtverordneten-Versammlung seinen Willen mit Hilfe der staatlichen Behörden durchzusetzen; denn der Bezirksauschuss ist keineswegs als ein Organ der Selbstverwaltung zu betrachten — mit vollem Recht hat noch 1899 der Oberbürgermeister Bender von Breslau gelegentlich einer besonderen Frage im Herrenhaus erklärt: „Ich protestiere jedenfalls dagegen, daß in der Mitwirkung des Bezirksauschusses ein Korrektiv auf dem Gebiet der Selbstverwaltung gegeben wird.“ Bezeichnend ist ja auch der Umstand, daß für Berlin schlangweg der Oberpräsident der Provinz Brandenburg eintritt.

Kam wird ja freilich der Magistrat mit dem Bürgermeister von der Stadtverordneten-Versammlung gewählt; diese Wahl ist aber nur scheinbare. Das Bestätigungsrecht, das in Städten über 10 000 Einwohnern in Bezug auf die Bürgermeister dem König, in Bezug auf die besoldeten Stadträte in letzter Instanz dem Minister des Innern zusteht, ist in Preußen tatsächlich ein Ernennungsrecht, da erstens Gründe für eine Nichtbestätigung nicht angegeben werden, ja nicht angegeben werden dürfen, und da zweitens, wenn auf Grund der Nichtbestätigung eine Neuwahl stattgefunden und auch dieser Gewählte die Bestätigung nicht findet, der Regierungspräsident — in Berlin der Oberpräsident — ermächtigt ist, die Stelle einstweilen auf Kosten der Stadt kommissarisch zu verwalten zu lassen, und zwar bis eine Wahl stattgefunden hat, die die Bestätigung findet!

Von welchen Grundfäden man bei der Aufrechterhaltung und, wir dürfen getrost sagen, noch heute bei Ausübung des Bestätigungsrechts, das ja ganz im diskretionären Ermessen der Behörden liegt, ausgeht, läßt ein Immediatbericht des Ministers v. Kochow an den König Friedrich Wilhelm IV. aus dem Jahre 1842 erkennen. In ihm heißt es: „Bei dieser höchst wichtigen Stellung des Magistrats selbst der kleinsten Stadt ist diesen Behörden eine bedeutende Einwirkung auf die Gefinnung der Gemeinden gesichert. Von einer einzigen Wahl hängt es oft ab, ob auf Jahre hinaus Eintracht oder Zwietracht, Ordnung oder Unordnung, Sittlichkeit oder Viederlichkeit in dem öffentlichen Leben der Stadt herrschen soll.“ Könnte sich selbst der Staat trotz aller ihm zur Verfügung stehenden Mittel bei Beamten-ernennungen verreifen, so um vieles leichter eine Stadtverordneten-Versammlung. „Gegen widerwärtige Erscheinungen dieser Art, die allerdings nur sehr vereinzelt vorkommen, liegt das alleinige Korrektiv in dem Bestätigungsrecht der Regierung.“ Sie haben noch dem Gesetze dieses Recht in gleicher Unabhängigkeit auszuüben, wie die Stadtverordneten ihr Wahlrecht.“ Wenn die Regierung einen Mann als unbrauchbar für die Stellung halte, könne sie ihn auch nicht für einen geachteten Mann ansehen, selbst wenn die Stadtverordneten ihn mit der überwiegenden Stimmenmehrheit gewählt hätten, da die dissentierende Minderheit... vielleicht eben die Meinung des besseren Teils der Bürgererschaft ausgesprochen hat.“ Das ist die auf die Stadtverwaltung angewendete Theorie vom beschränkten Unterthanen-verstand. Daß sie noch heute herrscht, beweisen eine Anzahl Beispiele aus der neuesten Zeit — ihre Zahl kann nicht sehr groß sein, da die Stadtväter von Dreiklassenwahl wegen den Wünschen der Regierung nur allzu bereitwillig Rechnung tragen. Daß diese Theorie und Praxis mit Selbstverwaltung gar nicht vereinbar ist, hat gelegentlich des Versuchs, eine neue Städte-Ordnung zu schaffen, besonders der alte Centrumsführer Windthorst im Abgeordnetenhaus im Jahre 1876 ausgesprochen: „Ich kenne für meine Person keine stärkere Verneinung der Selbstständigkeit einer Stadt, ich kenne keinen größeren Hohn auf die Selbstverwaltung, als wenn die Regierung ohne jeglichen Grund den Mann des Vertrauens der Stadt verwerfen kann.“ Und bei einer andern Gelegenheit erklärte er: „daß die Bürgermeister der

preussischen Städte wohl recht gute Staatsdiener, aber sicherlich keine unabhängigen Kommunalbeamten sind... So lange dieses absolute Bestätigungsrecht der Regierung dauert, ist... an die Selbstständigkeit und Unabhängigkeit der Städte absolut nicht zu denken.“

Und doch giebt es noch wichtige Gebiete, die man in Preußen der so außerordentlich vorsichtig gebildeten und ängstlich unter strengster Kontrolle der Staatsbehörden gehaltenen Stadtvertretung nicht anvertraut — die wichtigsten sind Polizei und Schule.

Die Polizeiverwaltung wird in Preußen überhaupt ausschließlich als Staatsangelegenheit behandelt — von England stellt ein gründlicher und gewissenhafter Kenner der dortigen Verhältnisse fest: „daß es dort eine Staatspolizei nicht giebt und daß keine von der Regierung mittelbar oder unmittelbar durch Befehle geleitete Polizeimacht existiert... Eine Befehlsgewalt in Polizeisachen hat kein einziges Organ der englischen Regierung.“

Wie sieht es nun mit der Polizei in den preussischen Städten? Zunächst kann durch einfachen Beschluß des Ministers des Innern in allen Städten mit mehr als 10 000 Einwohnern die örtliche Polizeiverwaltung besonderen Staatsbeamten übertragen werden; von dieser Befugnis ist vielfach Gebrauch gemacht; so giebt es königliche Polizeipräsidien in Berlin, Königsberg, Stettin, Breslau, Magdeburg, Hannover mit Stadt Linden, Frankfurt a. M. und Köln; königliche Polizeidirektionen in Charlottenburg, Schöneberg, Nizdorf, Danzig, Posen, Potsdam, Kiel, Kassel, Wiesbaden, Aachen, Koblenz, Genua und Fulda. Aber auch in sämtlichen andern Städten, in denen die örtliche Polizeiverwaltung den Bürgermeistern zusteht, wird sie von diesen „im Namen des Königs geführt“; als solcher hat der Bürgermeister völlig die Pflichten eines Staatsbeamten, er ist oberster Ortspolizeibeamter und „die Ortspolizeibeamten sind verpflichtet, die ihnen von der vorgesetzten Staatsbehörde in Polizei-Angelegenheiten erteilten Anweisungen zur Ausführung zu bringen.“ (Ges. über die Polizeiverwaltung v. 11. März 1850 § 1 Abs. 2.) Hiermit ist der Bürgermeister zum Untergebenen des Regierungspräsidenten gemacht, dessen Anweisungen er gehorchen muß. Weiter bestimmt das Gesetz, daß alle Polizeibeamten, die von den Gemeindebehörden zu ernennen sind, der Bestätigung durch den Regierungspräsidenten bedürfen und schließlich heißt es: „Ueber die Einrichtung, welche die örtliche Polizeiverwaltung erfordert, kann der Regierungspräsident besondere Vorschriften erlassen.“ Also die städtische Polizei ist tatsächlich ganz in den Händen der Staatsbehörden; die scheinbare Mitwirkung der städtischen Behörden aber ist nicht nur deshalb gefährlich, weil sie scheinbar ist und wie alles Scheinbare den Eindruck der nackten Wirklichkeit abschwächt, sondern vor allen Dingen, weil diese (scheinbare) Anteilnahme den Ausgangspunkt aller Bestrebungen bildet, die spärlichen Anfänge einer Selbstverwaltung zu ersticken. Sehr lustig ist es, daß wir uns als Zeugen hierfür auf Herrn Miquel berufen können, den späteren Ministerliebling der Rechten. Als nationalliberaler Abgeordneter führte Johannes Miquel im Jahre 1876 aus:

„Stellen wir uns vor — ich rede von einem praktisch vorgekommenen Fall — ein Regierungspräsident fährt durch eine Stadt, findet die Straße nicht hell genug beleuchtet, dekretiert an den Bürgermeister: das ist für die öffentliche Sicherheit gefährlich, eine solche Beleuchtung genügt nicht, die Stadt muß die Straße mit Gas erleuchten, nur dadurch wird die nötige Sicherheit hergestellt, und ich verführe dies kraft der mir obliegenden Aufsichtsbefugnisse an dich, Bürgermeister, der du allein die Polizei handhabst. Dann ist die Stadt verpflichtet, dies auszuführen. Wo bleibt da eine selbständige Kommunalverwaltung, wo ist da überhaupt noch eine Grenze zwischen Aufsichtsbefugnis und Selbständigkeit vorhanden.“ Das Beispiel gab Miquel um den Satz zu beweisen: „Das herrschende preussische System führt angelehnt der absoluten Unmöglichkeit, die Polizei von der Kommunal-Verwaltung real zu scheiden, in Wirklichkeit dazu, unter der Firma der Polizei die kommunale Selbstverwaltung zu untergraben.“

Vielleicht noch äbler sieht es mit der Schule. „In Wahrheit giebt es in Preußen kein Schulrecht; aber was schlimmer ist, an seiner Stelle herrscht ein Chaos von Lust und Moder abgeleiteter Institutionen, deren formelle Fortexistenz behauptet wird, obgleich sie zu allen realen Verhältnissen des heutigen Lebens in dem unverdöhligen Gegensatz des Toten zum Lebendigen stehen; und in diesem Chaos tummelt sich ein Schwarm von Ministerialreskripten und sonstigen Verwaltungsverfügungen, die einander vielfach durchkreuzen und widersprechen, die oft von problematischer Rechtmäßigkeit, manchmal von zweifelloser Rechtswidrigkeit sind.“ Dies die Worte eines freisinnigen Universitätslehrers in einem ernstwissenschaftlichen Buch (H. Preuß, Das städtische Schulrecht in Preußen 1902), dem wir den größten Teil unserer Ausführungen entnehmen. Selbstverständlich ist es im Rahmen eines Artikels nicht möglich — wenn es überhaupt möglich ist — ein Bild der Rechtsverhältnisse im städtischen Schulwesen zu geben. Wir können uns damit begnügen auf den Fall hinzuweisen, der sich jüngst in unser Nachbarstadt Charlottenburg abgespielt hat und der im Leitartikel des „Vorwärts“ vom 30. Oktober besprochen ist. Durch einen Rechtsbruch, wie sich der Oberbürgermeister Schupfner ausdrückte, wollte die Regierung die Stadtverwaltung der Rixse gegenüber in Schulsachen gefügig machen. Unter dem 24. Dezember 1902 verfügte der Regierungspräsident in Potsdam wesentliche Einschränkungen der Befugnisse der städtischen Schuldeputation, die ohnehin sehr wenig weitgehende sind. Der Stadtschulrat Dr. Neufert stellte fest, daß es den Riktoren sogar verboten sei, Berichte über die Tätigkeit der Lehrer an die Schuldeputation zu senden. Zwei liberale Mitglieder der Charlottenburger Schuldeputation legten ihre Mandate nieder, da unter solchen Umständen das Amt eines Mitgliedes der Schuldeputation ein Schattenamt sei. Herr Schupfner hofft

auf den Kultusminister — schlimm genug, daß eine preussische Stadtverwaltung auf diesen schwachen Trost angewiesen ist. Es gilt, Rechte zu erlämpfen — und dieser Kampf muß zunächst bei den Landtagswahlen aufgenommen werden! Wir begnügen uns mit dem bisher angeführten zur Charakteristik preussischer Stadtverwaltung, wir übergeben die vielfachen besonderen Chikanen, die mit der reichsgesetzlich vorgeschriebenen Beschäftigung der Militärwärter im städtischen Dienst in Preußen verbunden sind, wir übergeben den Umstand, daß die städtischen Beamten jeden Ranges der staatlichen Disciplinargewalt unterliegen, — und wollen den preussischen Verhältnissen nur in ganz kurzen Zügen die Grundzüge der englischen Stadtverwaltung gegenüberstellen.

In England wird die Stadtverwaltung ausschließlich und allein von Erwählten der Bürgererschaft geführt. Der Stadtrat (Town Council) besteht aus den Stadträten, die direkt gewählt werden, und den Aldermen. Die Stadträte werden von allen großjährigen Bürgern nach direktem gleichem und geheimem Wahlrecht gewählt, die in die Wohnsteuerliste aufgenommen sind. Aldermänner, Haus-söhne und Hausgenossen entbehren des Wahlrechts, das im übrigen auch den unterheiraten Frauen zusteht. Mit Ausnahme der Frauen bezieht sich das aktive und passive Wahlrecht.

Die auf drei Jahre gewählten Stadträte wählen weiter die Aldermen (ein Drittel soviel als Stadträte vorhanden), die 6 Jahre im Amte bleiben. Außer durch die längere Mandatsdauer unterscheiden sich die Aldermen in keinerlei Weise von den Räten; sie dienen wesentlich zur Aufrechterhaltung der Traditionen. Räte und Aldermen wählen außerdem jährlich einen Mayor, meist mit Bürgermeister überseht, der aber keinerlei Vorrechte genießt, außer daß er die Stadtverwaltung bei Festlichkeiten repräsentiert, wodurch ihm erhebliche Kosten erwachsen. Der Stadtrat hat nur die ganze Stadtverwaltung selbständig zu führen. Dazu teilt er sich in Komitees, die teils dauernd für bestimmte Verwaltungszweige, teils vorübergehend für bestimmte Aufgaben gebildet werden. Ueber die Verhandlungen und Beschlüsse dieser Komitees müssen allen Mitgliedern des Plenums ständig ausführliche Berichte zugefickt werden, so daß jede einzelne Handlung der Komitees im Plenum zur Sprache gebracht werden kann, wo es einem Mitgliede nötig erscheint; andres kam in Vorschlag und Voten genehmigt werden, denn die ausschlaggebende Entscheidung steht rechtlich stets dem Stadtrat als Ganzem zu. Die Aufteilung der Arbeit unter die Komitees ist von der Befehlsgebung völlig dem Stadtrat selbst überlassen; vorgeschrieben ist nur, daß ein besonderes ständiges Komitee für die Polizeiverwaltung eingerichtet ist.

Der Stadtrat hat alle Beamten zu ernennen und zu entlassen, wie er es im Interesse der Stadtverwaltung für angemessen befindet; ja, es steht in seinem Ermessen, welche und wie viel Beamte er für nötig hält. Nur für den obersten Beamten (Town Cleric) ist von der Städteordnung ein Arbeitsgebiet mit bestimmten Pflichten und Rechten vorgeschrieben; selbstverständlich hat aber auch der Town Cleric die Beschlüsse des Stadtrats unweigerlich auszuführen, wie er auch von diesem ernannt und entlassen wird. Auf die Polizeiverwaltung kann die Centralbehörde (Local Government Board) einen gewissen Einfluß ausüben. Jährlich hat die Stadtverwaltung ausführlich an die Centralbehörde über die gesamte Verwaltung zu berichten. Findet die Centralbehörde in der Organisation und Leistungsfähigkeit des Polizeidienstes Mängel, so regt sie deren Abänderung bei dem Stadtrat an; geht der Stadtrat auf die Vorschläge nicht ein, so muß die Stadt auf den staatlichen Zuschuß zu den Polizeikosten (hälfte der Befoldung und Bekleidungskosten für die Mannschaften) verzichten. Einen weitergehenden Einfluß vermag die Centralbehörde nicht einmal auf diesem Gebiet zu üben. Gegen ungesetzliches Vorgehen der städtischen Behörden steht der Centralverwaltung, wie übrigens nach dem Gesetz nach jedem Bürger, nur der Klageweg bei den ordentlichen Gerichten offen. Die öffentliche Schule ist in England nicht obligatorisch eingeführt. Wo öffentliche Schulen nicht bestehen, haben die Stadträte ein Schulbeaufsichtigungs-Komitee zu bilden; wo öffentliche Schulen eingerichtet werden, stehen sie unter dem Local School Board, Lokal-Schulbehörde, die genau ebenso wie der Stadtrat selbst gewählt wird, sich wie jener zu Verwaltungszwecken in Komitees gliedern kann, Lehrer anstellt usw. Die Schulausgaben werden durch Zuschläge zur städtischen Hauptsteuer gedeckt. Die Schulverwaltung wird von der Centralbehörde beaufsichtigt. Eine direkte Einflußnahme ist dieser aber wiederum nur dadurch möglich, daß die Staatszuschüsse, die übrigens auch Privatschulen empfangen, nur zur Auszahlung gelangen, wo die Aufsicht die vollständige Erfüllung der staatlichen Anforderungen ergibt.

Die Grundpfeiler der städtischen Verwaltung in England sind die völlige Freiheit bei Bildung der Gemeindevertretung, wobei das Wahlrecht freilich an eine Steuerleistung geknüpft ist, und die völlige Freiheit bei der Gestaltung und Durchführung der Verwaltung selbst.

Erst diese freie Ausgestaltung städtischen Lebens hat es ermöglicht, die großen Aufgaben der Gemeinden auch auf wirtschaftlichem Gebiete in die Hand zu nehmen — der „Municipal Socialism“ ist in England in mächtigem Fortschritt begriffen.

Die letzte Bemerkung dürfte allerdings einen Liberalen von gutem Schrot und Korn ein wenig stutzig machen; sonst würde er ganz gewiß erklären: Alles was hier über Stadtverwaltung gesagt ist, unterschreibe ich gern; dazu braucht man nicht Socialdemokrat zu sein. Das ist ganz richtig. Wir Socialdemokraten sind uns auch hier über zweierlei klar. Einmal, daß die Forderung nach politischen Freiheiten gegenüber dem rückständigsten Polizeistaat eigentlich Sache des Liberalismus ist; diese Aufgabe hat eben die

Georgeische Englands gelöst, während die deutsche, speziell die preussische Bourgeoisie den Kampf, wenn überhaupt, nur sehr schwächlich geführt hat. Seit liegen bei uns die Dinge so, daß die Frage nicht mehr lauten kann:

Soll die Sozialdemokratie im Kampf gegen die Ueberreste des Feudalismus und den Polizeistaat dem Liberalismus Herosfolge leisten, sondern:

Kann sich der Liberalismus noch so weit aufrufen, daß er der Sozialdemokratie, die diesen Kampf notgedrungen aufgenommen hat, seine eigentliche historische Aufgabe nicht ganz allein überläßt. Andererseits wissen wir sehr genau, und die Erfahrungen in England predigen es laut genug, daß es mit der Erlämpfung der politischen Freiheit für uns kein Bewenden nicht haben kann, daß sie nur die Vorbedingung für die ökonomischen Kämpfe, für die ökonomische Organisation ist, deren Ziel der Uebergang der Produktionsmittel in den Besitz der Gesamtheit ist. Vergebens zeteren Engländer, daß die Sozialdemokratie die Erbringung der liberalen Forderungen erschwert, weil sie immer weitere Forderungen in Aussicht stellt. Das wird uns nicht abhalten, klar und rein unsere Ziele darzustellen — gerade in dem Hinblick auf hohe Ideale besteht die Kraft der Sozialdemokratie und wir haben nicht gesehen, daß die liberalen Forderungen ungehört, aber doch Jahrzehnte lang auch ungeführt durch sozialdemokratische Begehren, entgegenkommen gefunden hätten. Auf der anderen Seite werden wir fest und energisch die alten demokratischen Forderungen vertreten und bei diesem Kampf die Unterstützung des Liberalismus nicht zurückweisen, soweit er solche noch zu bieten vermag und soweit er sie ehrlich und ohne ihm besonders schlecht anstehende Ueberhebung bietet. Eines aber werden wir, unbelämmert um den Einspruch der Liberalen, vor allen Dingen thun müssen: die breiten Volksmassen aufklären über das was ist, und sie aufrufen zum unerbittlichen Kampf gegen Reaktion und Polizeistaat. Die günstigste Gelegenheit dazu bieten die bevorstehenden Landtagswahlen. Also auch hier lautet unser Schlußwort:

Auf zum Kampf um die Landtagswahlen!

Landtagswahl.

Verlegung der Kontrollversammlungen. Wir haben neulich darauf hingewiesen, daß es den preussischen Staatsbürgern nicht verwehrt werden kann, ihr aktives und passives Wahlrecht auszuüben, auch wenn sie am Wahltage zur Teilnahme an einer Kontrollversammlung genötigt seien.

Jetzt ist nun die für den 12. November d. J., 9 Uhr vormittags, anberaumte Kontrollversammlung der Jahresklasse 1898 der Provinzial-Infanterie des Bezirkskommandos II Berlin mit den Namens-Anfangsbuchstaben L bis Z wegen der Wahlen zum Abgeordnetenhaus auf Freitag, den 13. d. M., 12 Uhr mittags, verlegt worden.

Auch in anderen Gegenden ist Uerwahltag und Tag der Abgeordnetenwahlen durch Kontrollversammlungen beeinträchtigt. Offenlich hat man auch da für Verlegung gesorgt.

Kasernen-Wahlbezirke. Die „Freisinnige Zeitung“ macht auf eine große Schwärze aufmerksam.

Besondere Wahlbezirke, die sich auf Kasernen beschränken, sind gelegentlich. Die betreffende Bestimmung im § 49 des Reichs-Wahlgesetzes von 1879 scheint manchen Gemeindebehörden gänzlich unbekannt zu sein. So bildet in Groß-Lichterfelde „die Haupt-Kasernenanstalt mit Ausschluß der Lehrerwohnungen“ einen besonderen Wahlbezirk. Ebenso soll es besondere militärische Wahlbezirke in Moabit im dritten Berliner Landtags-Wahlkreis geben. In Königsberg giebt es einen Wahlbezirk, der lediglich den Bereich der Kasernen umspricht. Der § 49 des Reichs-Wahlgesetzes, welcher seiner Zeit auf Antrag des Abgeordneten Richter gerade mit Rücksicht auf das Landtagswahlrecht in das Gesetz aufgenommen wurde, lautet wie folgt:

Für die zum aktiven Heere gehörigen Militärpersonen, mit Ausnahme der Militärbeamten, ruht die Verächtigung zum Wählen sowohl in betreff der Reichsvertretung als in betreff der einzelnen Landesvertretungen. Eine Vereinerung der hiermit wahlberechtigten bleibenden Militärpersonen zu besonderen Militärwahlbezirken für die Wahl der auf indirektem Wahlrecht beruhenden Landes-Vertretungen darf nicht stattfinden.

Die Breslauer Genossen haben die Vorarbeiten für die bevorstehenden Landtagswahlen nahezu beendet. Von 504 Wahlbezirken sind in der dritten Wählerabteilung 400 mit Wahlmanns-Kandidaten besetzt. 100 Bezirke in den „vornehmen“ Vierteln werden nicht besetzt. Außerdem sind etwa 40 Bezirke II. Abteilung mit Kandidaten besetzt und es ist fast sicher, daß die Liberalen von dem Entschluß der sozialistischen Wahlmänner abhängen.

Am Dienstagabend sprach Genosse **Veber** vor einer riesigen Versammlung, in welcher er die Liberalen noch einmal warnte, sich über uns zu täuschen; wir würden sie unbarbarisch durchfallen lassen, wenn sie uns unser Recht weigerten. Diese Ausführungen fanden stürmischen Beifall.

Die Königsberger Liberalen und die Redefreiheit. Aus Königsberg wird uns geschrieben: Die hiesigen Genossen erhalten keinen größeren Saal zu Versammlungen. Das haben sich die Gegner, insbesondere die Liberalen, die das vorwiegend verhalten, schon jahrelang zu nütze gemacht. Sie hielten Versammlungen ab, beschimpften und verdächtigten die sozialdemokratische Partei und ihre Führer in der niederträchtigsten Weise, darauf bauend, daß diese ihnen ja nicht in größeren Versammlungen antworten konnten. Besonders schamlos trieben sie es auch bei der letzten Reichstagswahl.

Als sie daher auf Montag, den 2. d. M., eine öffentliche Versammlung einberiefen, zu der sie alle Landtagswähler, die den liberalen Wahlmännern ihre Stimme geben wollten, freudlich einluden, hatten sich auch mehrere Hundert sozialdemokratische Arbeiter zu dieser Versammlung eingefunden. Die drei liberalen Kandidaten: Justizrat Krause, Berlin, Rechtsanwalt Gysling und Kaufmann Pöschel, sollten Ansprachen halten. Noch vor Beginn der Versammlung fragten zwei Genossen bei einem Herrn vom liberalen Wahlkomitee an, ob nach den Reden der drei Kandidaten freie Diskussion gewährt werde. Nach kurzer Beratung des Komitees wurde den Genossen der Bescheid: **Diskussion werde nicht gewährt, man werde die Sozialdemokraten zum Saal hinausweisen!!!**

Als diese echt liberale Heldentat in Saale bekannt wurde, bemächtigte sich der Versammlung eine große Erregung. Man wollte sie wie Schallkugeln hinausweisen, wenn sie nicht ruhig wie in der Stille ohne Widerspruch die Reden der drei liberalen Kandidaten anhören wollten. Der Vorsitzende eröffnete nunmehr die Versammlung und forderte die Sozialdemokraten, die nicht eingeladen seien, aus dem Saal zu verlassen. Da erbittet sich Genosse Gottschall das Wort zur Geschäftsordnung, um dem Vorsitzenden klar zu machen, daß nach der Form der Einladung die Sozialdemokraten wohl das Recht hätten, zu der Versammlung zu erscheinen. Das Wort wird ihm nicht erteilt. Als er sich dabei nicht beruhigt, wird er aufgefordert den Saal zu verlassen. Nunmehr bricht die Empörung der Versammlung los, stürmisch verlangen sie, daß man Gottschall reden lasse. Nun versuchen die liberalen Helden mit Hilfe der Polizei Ruhe zu schaffen, doch vergeblich, die Entrüstung war zu groß. Schließlich mußte der Vorsitzende die Versammlung schließen.

In ihrer verlogenen Weise berichten die liberalen Blätter wieder bis in alle Einzelheiten über diesen angeblichen „Gewaltakt“ der Sozialdemokraten, verschweigen aber ihren Lesern die Ursache des Skandals: die feige Verweigerung der Redefreiheit durch das liberale Wahlkomitee.

Statistik der Landtagswahlen. Bei den Landtagswahlen in den Jahren 1893 und 1898 haben in unmittelbarem Zusammenhang

mit dem Wahlakt statistische Erhebungen, Zusammenfassungen, deren Ergebnisse für eine nachfolgende statistische Bearbeitung der Verteilung an den Wahlen im allgemeinen und in den einzelnen Abteilungen im besonderen, sowie für den Ausfall der Wahlen die Unterlage abgeben können. Solche Erhebungen sind auch für die im November dieses Jahres bevorstehenden Landtagswahlen angeordnet worden. Von den Wahlkommissaren wird dementsprechend über die Wahl eines jeden Abgeordneten eine Zählkarte auszufüllen sein. Außerdem ist für jeden Wahlbezirk ein Zählbogen anzufüllen. Diese Materialien sind alsdann dem königlichen Statistischen Bureau einzusenden.

Un etwa ausstehenden „irrtümlichen Auffassungen“ vorzubeugen, wird amtlich ausdrücklich festgestellt, daß die betreffenden Erhebungen einzig und allein den Zweck haben, einen statistischen Ueberblick über die Wahlbeteiligung, die Gruppierung der Wählerabteilungen, den Wahlausgang und die praktischen Wirkungen des bestehenden Wahlsystems zu gewinnen.

Die Wahlstunde im Königsberger Kreise. Am vorigen Sonntag brachten wir eine Notiz über „freisinnig-landräthliche Wahlstunden“, die dem Königsberger Landrat vorwirft, daß er auch dort die Wahlstunde angelegt hat, wo er keine Befugnis hat. Wir werden jetzt darauf aufmerksam gemacht, daß der Vorwurf ungerichtet ist. Vielmehr hat der Landrat nur in den Orten unter 1750 Einwohner — wie es sein Recht ist — eingegriffen und zwar in dankenswerter Weise, indem er, wie schon mitgeteilt, die Wahlstunden, die anfangs für den ganzen Kreis auf 11 Uhr festgesetzt war, auf 2 Uhr verlegte.

Centrumswahl in Oberschlesien. In Oppeln ist dem bisherigen Abgeordneten und auch jetzigen offiziellen Centrumskandidaten Szmulca ein liberaler Gegenkandidat in der Person eines Justizrats Bogt gegenübergestellt. Jetzt hat eine Versammlung nicht liberaler „deutsch-nationaler Männer“ beschlossen, Bogt zu unterstützen.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 4. November.

Die preussische Polizei im Dienste Väterchens.

Am vorigen Sonnabend stand Popoff, richtig Schefoldin, der zweite der am 14. v. M. in Charlottenburg verhafteten Russen (vergl. „Vorwärts“ vom 28. v. M.), gleichfalls wegen Führung eines falschen Namens und Benutzung eines falschen PASSES vor der Abteilung 154 des hiesigen Schöffengerichts I. Nach kurzer Verhandlung, die unter Zuziehung eines polnischen Dolmetschers stattfand, wurde er — obwohl gänzlich unbetroffen — auf Grund seines Geständnisses zu drei Wochen Haft, d. h. ebenso viel wie Krawitzoff, verurteilt. Auch Schefoldin bemühte sich nicht bei dem Urtheil.

Bemerkenswert ist die immer zunehmende Unverschämtheit, mit der die deutschen oder russischen „Gentlemen“ jetzt wieder ihr Wesen treiben. Als Genosse Dr. Karl Liebnecht, der Schefoldin vertreten hatte, nach Beendigung der Verhandlung mit einem Bekannten durch die Königstraße ging, merkte er plötzlich, wie ihm jemand über die Schulter in ein Schriftstück, das er vor sich hielt, hineinschauen wollte. Genosse Liebnecht erkannte sofort die vom Sozialistengesetz her so wohlbekannte Spiegelform und Spiegelfrisur. Einige kleine Manöver bestätigten den dringenden Verdacht. Leider entzog sich der Brave allen Unannehmlichkeiten durch schleuniges Verdusten. Wiederholt sind inzwischen Spiegel bei dem Bureau und selbst im Hauseingang des Genossen Liebnecht beobachtet worden. Alle hiesigen Russen mögen auf der Hut sein. Sie haben gerade jetzt jeden Augenblick mit Handfuchungen, mit Sittierungen und Visittierungen zu rechnen. Das beweisen außer dem Fall Krawitzoff-Schefoldin mehrere in den letzten Tagen vorgekommene Fälle, in denen auf der Straße und in öffentlichen Restaurants von Geheimpolizisten ohne jeden Anlaß zu glücklicherweise ergebnislos verlaufenen „Feststellungen“ geschritten worden ist.

Fast ungläublich klingen die Einzelheiten eines Falles, der uns aus Königsberg berichtet wird. Er bestätigt den Verdacht, daß thatsächlich eine „Heilige Allianz“ zwischen Russland und Deutschland besteht, derart, daß Deutschland den willigen Mittel-Russlands spielt. Alle Organe Preußen-Deutschlands scheinen sich nachgerade in den Dienst der russischen Blutherrschaft zu stellen: Universitäten — sie verraten die Papiere der russischen Gäste — der Polizei, die Polizei selbst, jetzt sogar die Zollbehörden; da liegt der Verdacht nahe, daß auch in der Post wieder „schwarze Kabinette“ hier und da eingerichtet sein könnten. Es wird eine der ersten Aufgaben unserer Genossen im Reichstag, und wenn es gelingen sollte, auch im preussischen Landtag sein, energisch die Regierung zu fragen, welchen Skandalen Inhalt die „Anarchisten-Konvention“ habe, wenn dergleichen wahrhaft russische Willkürakte in dem Rechtsstaat Preußen möglich sind!

Ueber den Königsberger Fall selbst schreibt uns unser Korrespondent:

Staatsanwalt und Polizei in Königsberg i. Pr. scheinen nicht nur um das Wohl des preussischen Staates besorgt zu sein, sondern auch die Erhaltung des benachbarten Zarenreiches scheint ihnen sehr am Herzen zu liegen. Vor kurzem erhielt ein Königsberger Genosse einige Postpakete mit russischen Druckschriften aus der Schweiz gesandt. Auf der Zollabfertigung wurden die Pakete geöffnet, um festzustellen, ob ihr Inhalt zollpflichtig wäre. Doch damit nicht genug. Anstatt nun dem Adressaten die Pakete einzugähndigen, behielt der Beamte sie zurück und entnahm je ein Exemplar der Schriften, um sie, wie er angab, der Polizei zur Prüfung einzureichen. Auf die verwunderte Frage des Adressaten, was denn der Inhalt der Schriften mit der Frage der Zollpflichtigkeit zu thun habe und vor allen Dingen, was die Polizei damit zu schaffen hätte, erhielt er zur Antwort, es sei Anweisung gegeben worden, russische Schriften vor der Ablieferung immer erst der Polizei einzureichen. Nach einigen Tagen erfuhr er sodann die Ablieferung. Mittlerweile hatte sich auch ein Polizeispiegel bei dem Adressaten eingefunden, um in der ungeheuerlichsten Weise zu erfunden, für wen die russischen Schriften bestimmt seien.

Der Genosse hatte nun bereits die Episode fast vergessen, als am Dienstag, den 3. d. M., ein Kriminalkommissar in Begleitung eines zweiten Polizisten bei ihm erschien und ihm eröffnete, daß ein Strafverfahren wegen Geheimbündelei gegen ihn und den früher in Zürich, jetzt in Stettin wohnhaften Genossen Duesel eingeleitet sei. Er ersuchte ihn, die russischen Schriften und die darauf bezügliche Korrespondenz herauszugeben. Da die Schriften wohl längst ihren Bestimmungsort erreicht haben dürften, konnte der Genosse die Wünsche des Polizisten nicht erfüllen, worauf dieser zur Handfuchung schritt. Das Ergebnis: eine Postkarte, in der Frau Duesel mittelst, daß ihr Mann in Zürich glücklich angekommen sei, und Zettel mit mehreren lateinischen Pflanzennamen. (Höchst verdächtig!)

Das ganze Vorgehen der Post- und Zollbehörde, sowie insbesondere der Polizeibehörde in dieser Angelegenheit erfordert noch bringende Aufklärung. Wie kam die Zollbehörde dazu, den Paketen Schriften zu entnehmen und sie der Polizei zur Prüfung des Inhalts einzureichen? Wer hat den Zollbeamten diese ungeschickte Anweisung erteilt? Noch mehr muß man aber fragen, auf Grund welcher Thatsachen hat man das Strafverfahren wegen Geheimbündelei gegen die Genossen eingeleitet? Oder sollte dieses Verfahren nur die Hand-

haben bieten zu der Handfuchung, bei der man hoffte, die Adressen russischer Genossen zu finden, die dann den russischen Schergen überliefert werden sollten?

Jedenfalls ist hier Aufklärung dringend geboten.

Der Aufstand in Deutsch-Südwestafrika.

Dem „Tag“ wird aus London gemeldet:

Aus Kapstadt wird telegraphiert, nach dort eingetroffenen Nachrichten befindet sich der ganze Stamm der Bondelzwarts von etwa zehntausend Mann im Aufstand. Am 28. Oktober wurden Lieutenant Hobbs, ein Sergeant und ein Farmer getötet und mehrere verwundet. Der deutsche Posten wird belagert, und die Lage gilt für kritisch. 110 Mann mit vier Berggeschützen, 50 Bataard-Hottentotten und 25 Witbois gingen von Windhoef nach Warmbad ab.

Sollte die Zahl der Aufständischen wirklich 10 000 Mann betragen, so könnte es sich nicht um die Bondelzwarts allein handeln, da diese nur circa 2000 Mann stark sind. Vielmehr müßten die gesamten Hottentottenstämme im Aufruhr sein.

Diese Hottentottenstämme stehen auf einer relativ hohen Kulturstufe, sie sind gut beritten und mit Waffen vielfach moderner Konstruktion gut bewaffnet.

Ihre Niederwerfung dürfte also gar nicht so leicht sein. —

Deutsches Reich.

Ein internationaler Schumann-Kongress

findet gegenwärtig in Wiesbaden statt. Preussische, russische und wohl auch andre Schulleute sind zusammengelommen, um unter Assistenz großer Militärmasse und internationaler Spiegelschwärme eine Zusammenkunft des Zaren mit Wilhelm II. zu ermöglichen.

Die „Korrb. Allg. Ztg.“ feiert diesen schwierigen Besuch, an dem auch die Grafen Lamsdorff und Bülow teilnehmen, als „erfreuliche Betätigung des engen freundschaftlichen Verhältnisses der beiden Monarchen“. Diese Freundschaft zweier Fürsten, so intim sie immer sein mag, bleibt reine Privatangelegenheit beider. Dagegen erscheint uns eine etwaige Freundschaft der beiden Regierungen gar nicht erfreulich, vielmehr als ein Zeichen des mangelnden Kulturbewußtseins unserer Regierung. Das System des Jarrismus müßte von allen Kulturstaaten geächtet sein, die ein Gefühl dafür haben, daß es ein System der Verbrechen und Gewalt ist, von dem das Blut des russischen Volkes und seiner besten Männer und Frauen trieft.

Es ist ein blödes und widerwärtiges Gerede, wenn unser Reiarungsblatt der Zusammenkunft nachrühmt, daß sie geeignet sei, „den Frieden unseres Weltteils vor Erschütterungen zu bewahren und etwaigen auf die Störung des Friedens gerichteten Entwicklungen entgegenzuwirken“, und „legendreiche Folgen für die Wohlfahrt der Völker“ voraussetzt. Gerade in Wiesbaden sollte man nicht von Weltfrieden und ähnlichen schönen Dingen sprechen; denn gerade dort hielt Wilhelm II. im Mai 1890 jenen Trinkspruch auf den Zaren, der nicht anders aufgefaßt werden konnte als eine läbliche Absage an die Schwärmerereien des zaristischen Friedensmanifestes, zu dessen Ausführung in Haager Kongress die deutschen Delegierten im ablehnenden Sinne instruiert waren. Und auch die wirtschaftlichen Beziehungen sind im Zeichen des Antrags Kardorff nicht derart, daß durch einen Fürstbesuch daran etwas gebessert werden könnte.

Hat der Besuch überhaupt irgend welche Bedeutung, so läßt sich weit eher von ihm befürchten, daß die deutsch-russische Polizeijntimität in der Verfolgung der russischen Freiheitkämpfer eine weitere Verschärfung erfährt.

Uebrigens wird auch die deutsche Schulschule für den Jarrismus zu begeißern gesucht. Auf „kaiserlichen Befehl“ sind am Tage der Zarenankunft die Wiesbadener Schulen geschlossen. Nach den Parade-Ferien Zaren-Ferien! —

Zu der Maßregelung des Assessors Simon behauptet die „National-Zeitung“ und gegenüber, daß die Abberufung des Assessors vor Erledigung seines Kommissariums nicht ungesetzlich sei:

„Das Gerichtsverfassungsgesetz sagt in seinem § 89 allerdings: Die Verordnung eines nicht ständigen Richters darf, wenn sie auf eine bestimmte Zeit erfolgte, vor Ablauf dieser Zeit nicht widerrufen werden.“ Durch Nachschlagen des Gesetzes wird sich indessen der „Vorwärts“ überzeugen, daß sich diese Bestimmung nur auf nicht ständige Richter bei den Landgerichten bezieht. Einen Kommissar bei einem Amtsgericht thätigen Assessor kann der Justizminister jederzeit versetzen oder vorzeitig von seinem Kommissorium entbinden.“

Es ist charakteristisch für unsre Liberalen, daß sie selbst nicht mehr für das liberale Grunddogma der Unabhängigkeit der Richter eintreten. Selbstverständlich darf auch bei Amtsgerichten kein Assessor vor Ablauf seines Kommissariums seines Amtes entbunden werden. Die Assessoren sind auch im Kommissorium Richter und — auf Grund der preussischen Verfassung — ohne ihren Willen und ohne Disziplinardisziplin nicht zu entsetzen. Würde es in der That möglich, kommissarisch mit Richterstellen betraute Assessoren nach Belieben zu maßregeln, so würde damit eine Kategorie von Personen geschaffen werden, die zwar alle richterlichen Funktionen ausüben, denen aber die erste Vorbedingung fehlt: die verfassungsmäßig garantierte Unabhängigkeit.

In derselben Angelegenheit erhalten wir folgende Verächtigung: „In einem vor einiger Zeit in Ihrer Zeitung gebrachten Artikel, betreffend die Veretzung des Gerichtsassessors Simon in Rittich, findet sich folgender Passus vor:

„Der Gendarm habe über die ihm zu teil gewordene Verhandlung einen Bericht an den Landrat v. Stosch geschickt und dieser habe seinerseits für die Weitergabe des Berichts an die höheren Instanzen Sorge getragen.“

Diese Darstellung entspricht nicht den Thatsachen. Meinerseits ist der fragliche Bericht weder an die mir vorgelegten höheren Instanzen noch an eine Behörde eines andern Ressorts zur Kenntnisnahme weitergegeben worden.

Ich sehe der Veretzung des königlichen Gerichtsassessors Herrn Simon vielmehr vollkommen fern.

Graf v. Stosch, Landrat.“

Ist der Originalbericht des Gendarmen nur nicht weitergegeben worden, oder hat vielleicht der Herr Landrat über den Fall selbst weiter berichtet? —

Ausland.

Oestreich-Ungarn.

Der Rücktritt Apponyi — Tiszas Debut.

Im ungarischen Abgeordnetenhaus beantragte bei Beginn der Sitzung Abgeordneter Szederknyi im Namen seiner Fraktion, das Haus möge die Demission Apponyis nicht zur Kenntnis nehmen und ihn erlösen, dieselbe zurückzuziehen. Franz Kossuth drückt Apponyi seinen Dank aus für die unparteiische Handhabung der Hausordnung und erklärt, seine Partei werde aus staatsrechtlichen Gründen nicht für einen Präsidenten stimmen, der sich von dualistischen Gründen leiten lasse. Daranyi (Vollpartei) beantragt, die Demission Apponyis auf die Tagesordnung zu legen, da die Gründe für dieselbe nicht aufgeklärt seien und ein früherer Druck ausgeübt worden zu sein scheine. Baron Daniel spricht im Namen der liberalen Partei Apponyi als Präsidenten seinen Dank aus, erklärt jedoch, er setze voraus, daß objektive wohlüberlegte Gründe ihn zur Demission

Betrogen hätten, und stelle daher den Antrag, den Rücktritt Apponis unter dem Ausdruck des Bedauerns zur Kenntnis zu nehmen und ihm die Anerkennung des Hauses auszusprechen. Kalosszly (Kerfale Volkspartei) erklärt, falls der Nachfolger Apponis nicht dieselben Principien der Geschäftsführung anwenden, sondern Willkürakte begehen sollte, werde eine entschiedene Abwehr von Seiten der Opposition nicht ausbleiben. In der Debatte über den Antrag Szederlenis beteiligten sich noch die Abgeordneten Agron und Hod. Nach zweistündiger Debatte ersucht Graf Apponi im Sitzungssaal und wird stürmisch begrüßt. Er ersucht, seine Demission als definitiv zu betrachten, da er zu tief in die politische Kontroverse verwickelt worden sei und sich daher nicht mehr als geeignet erachten könne, das Präsidium zu führen.

Ministerpräsident Graf Tisza tritt nach einer Pause mit den Mitgliedern des neuen Kabinetts den Sitzungssaal. Die rechte Seite des Hauses bricht in stürmische Beifallsrufe aus und empfängt das Kabinett mit lebhaften, sympathischen Kundgebungen. Graf Tisza hält in der Hand das königliche Handschreiben über seine Ernennung und beantragt dessen Verlesung. Die Opposition verlangt unter ungeheurem Lärm die Fortsetzung der Debatte über die Demission Apponis. Ein Schriftführer verliest unter stürmischem Widerspruch der Opposition das königliche Handschreiben. Graf Tisza ergreift das Wort. Er sagt, er werde seine Programmrede halten, sobald das Haus seine Ruhe wiedererlangt haben werde. Inmitten des ungeheuren Lärms bleiben die weiteren Worte des Ministerpräsidenten unverständlich. Kalosszly erklärt, der Präsident habe die Freiheit des Hauses verlehrt. Hollo bellagt sich darüber, daß die Debatte über Apponis Demission nicht beendigt worden sei; das königliche Handschreiben sei unter Verlesung der Hausordnung verlesen. Hieran erklärt Graf Tisza, nach der bestehenden Praxis des Hauses könne die Debatte immer unterbrochen werden zur Verlesung eines allerhöchsten Handschreibens. Er hoffe, daß im ungarischen Abgeordnetenhaus diese Gepflogenheit stets beibehalten und ein Handschreiben des Königs stets mit der schuldigen Ehrfurcht angehört werde. Kossuth fordert hierauf den Präsidenten des Hauses auf, abzudanken.

Zu seiner Programmrede sprach Graf Tisza, wie weiter berichtet wird, aus, daß die Finanzen des Staates auf abschüssiger Bahn seien, und daß es eines starken Entschlusses bedürfe, wenn man finanzielle Schwierigkeiten verhindern wolle. Seine Politik werde liberal sein; nationale Richtung mit voller Achtung des Rechts und brüderlichem Gefühl gegenüber den andern Nationalitäten Ungarns werde das zweite Grundprinzip sein. Hierzu sei es notwendig, daß die Agitatoren, die die fremdsprachigen Staatsangehörigen gegen den Staat aufwiegen wollten, nicht nur die Kraft des Staates in ihrer ganzen Schwere zu fühlen bekämen, sondern auch sich fremdsprachigen, aber patriotisch fühlenden Staatsangehörigen gegenüber sähen.

Frankreich.

Die Bewegung gegen die Privat-Stellenvermittlung dehnt sich auch auf die übrigen Städte des Landes aus, so haben am Montag Demonstrationen der betreffenden Arbeitergruppen in Paris, Lyon und andern Orten stattgefunden. Die Bäcker-Arbeiter von Paris waren am Montag wieder in der Arbeitsbörse versammelt und nahmen eine Resolution an, in welcher sie gegen jedes Gesetz protestieren, das nicht die sofortige Aufhebung der Stellenvermittlungsbüros und zwar ohne Entschädigung verfügt. Jaurès polemisierte in der „Petite République“ gegen diesen Beschluß, indem er feststellte, daß der Senat niemals in eine entschädigungslose Aufhebung der Büros willigen werde. Beschlüsse die Kammer den Wünschen der Bäcker-Arbeiter gemäß, bedeutet das nur eine Verzögerung der von den Arbeitern herbeigewünschten Reform. Hebriges gebe ja der § 11 den Gemeindeverwaltungen das Recht der sofortigen Aufhebung der Büros (aber gegen Entschädigung), sofern anderweitig genügend für Stellenvermittlung gesorgt ist.

Expatriat Dreyfus hat seine der Familie Arconatti gemachte Zusage, an den Jagden auf deren Schloß teilzunehmen, wieder rückgängig gemacht. In dem Abgabebrief teilt Dreyfus mit, daß Kriegsminister André ihn ersucht habe, Paris nicht zu verlassen, da die Revision seines Prozesses bevorstehe.

Rußland.

Die Rischiner Exzesse in amtlicher Beleuchtung.

Der „Wostschan Zeitung“ wird aus Petersburg geschrieben: Die Anklageschrift gegen die erste Gruppe der Rischiner Exzedenzen ist den Beteiligten anshändig geworden. Zugleich ist sie auch anderen Leuten zugegangen, darunter dem einflussreichen antisemitischen Blatte „Kowoje Wrenja“, das sich durch den Inhalt des offiziellen Aktes veranlaßt gefunden hat, in der bestmöglichen Weise gegen die Justizbehörde vorzugehen. Die Ergebnisse der Untersuchung sind in der That äußerst unbehaglich für die Freunde und Gönner der „Kowoje Wrenja“. Nicht nur die wichtigsten Behauptungen der antisemitischen Presse werden dadurch Lügen gestraft, sondern auch die wesentlichsten Angaben der offiziellen Bekanntmachung des Ministers des Innern, die ein paar Wochen nach den Rischiner Unruhen durch den offiziellen Trakt in alle Welt hinausgeschickt worden war. Die offizielle Darstellung der Ereignisse enthält, wie innerlich folgende zwei Behauptungen: 1. die einheimische Bevölkerung Reschabiens sei durch die jüdische Anwesenheit in eine Verfassung gebracht worden, daß der geringste Anlaß den heftigsten Wutausbruch hervorzurufen müßte, 2. der Anlaß sei von Juden selbst geliefert worden; am ersten Tage der Exzesse dadurch, daß ein jüdischer Karawellenbesitzer eine christliche Frau gestochen habe, so daß ihr kleines Kind, das sie in den Armen hielt, zu Boden fiel; am zweiten Tage dadurch, daß ein großer Haufe bewaffneter Juden am frühen Morgen eine kleine Schaar wehrloser Christen überfallen und einen Christen getötet hätte. Diese Behauptungen der amtlichen Darstellung wurden dann von der gesamten antisemitischen Presse des In- und Auslandes als Stützpunkte benutzt, um die Schuld an der Rischiner Judenmorde auf die — Juden zu wälzen. Und nun sind diese beiden Behauptungen von der gerichtlichen Untersuchung vollständig widerlegt worden.

Die einheimische moldauische Bevölkerung hat sich an den Exzessen verhältnismäßig wenig beteiligt und sich ihnen überhaupt erst später angeschlossen. Die Mehrzahl der Exzedenzen bestand aus russischen Arbeitern aus entfernten Gegenden, die alljährlich um die gleiche Zeit nach Rischinew kommen, wo die Arbeitslöhne höher sind als in Mittelrußland. Diese Arbeiter konnten offenbar eine Ausbeutung durch die Juden nicht empfinden, selbst wenn eine solche vorhanden gewesen ist. Eine Herausforderung seitens der Juden hat die Untersuchung nicht festgestellt. Sowohl die Geschichte von dem jüdischen Karawellenbesitzer wie die von der Ermordung eines Christen haben sich als Erfindungen herausgestellt. Die Untersuchung hat für die erste Geschichte gar keine thatsächliche Unterlage finden können, für die zweite nur ein falsches Gericht, das dadurch entstanden war, daß ein Christ von Juden geschlagen worden war. In diesen Punkten hat die Darstellung der amtlichen Bekanntmachung durch die gerichtliche Untersuchung eine Widerlegung erhalten. In einem Punkte ist die amtliche Darstellung in vollem Maße bestätigt worden, nämlich in Bezug auf die Thätigkeit oder, besser gesagt, die Unthätigkeit der Polizei. Die Anklageschrift besagt, daß die Polizei den Karawellen untätig zugehört hat, und fügt hinzu, daß dieses Verhalten der Polizei bei dem Wille den Glauben erweckt habe, die Exzesse gegen die Juden seien mit Bewilligung der Regierung in Scene gelegt worden.

Amerika.

Eine Petition an den Senat, in welcher gegen die Judenmorde in Rischinew protestiert wird, haben die Russen in den Vereinigten Staaten circulieren lassen. Dieselbe wurde mit 50 000 Unterschriften bedeckt. Da der Jar die Annahme der Petition verweigerte, so wird dieselbe jetzt auf Wunsch des Präsidenten Roosevelt dem Archiv der Minister des Aeußern einverleibt.

Die Bürgermeister-Wahl in New York

hat mit dem Siege des Tammany-Kandidaten Mac Clellan geendet. Er erhielt eine Mehrheit von 61 414 Stimmen. Grant, gleichfalls Tammany-Kandidat, wurde mit ähnlicher Stimmenmehrheit zum Leiter der New Yorker Stadtmairie gewählt. Der Reformkandidat und gegenwärtige Bürgermeister Seth Low hat nur im Borough Richmond gesiegt. Von den fünf New Yorker Borough-Präsidenten sind vier Demokraten. Das bedeutet eine große Wandlung gegen die Wahlen vor zwei Jahren, wo Seth Low in allen Boroughs, mit Ausnahme des Borough Queens, siegte.

Zu dem Sieg Mac Clellans haben auch die zahlreichen deutschen Bevölkerungselemente beigetragen, die sich durch die temperenzlerische und namentlich in der Schulfrage deutschfeindliche Politik Seth Lows veranlaßt fühlten, dem Tammany-Kandidaten ihre Stimme zu geben.

Ueber die Gouverneurswahlen liegen folgende Nachrichten vor: New York, 4. November. Nach den letzten Berichten über die Wahlen in den Staaten haben die Republikaner in Pennsylvania eine Mehrheit von über 200 000 Stimmen erlangt. Zum Gouverneur von Ohio wurde der republikanische Kandidat mit einer Mehrheit von über 100 000 Stimmen gewählt. Die Republikaner zählen auch auf eine große Mehrheit in der Legislatur für die Wiederwahl des Senators Mark Hanna. In Massachusetts haben die Republikaner eine Mehrheit von 37 000 Stimmen erlangt. Die Berichte aus Maryland ergeben den Sieg der Demokraten. Nebraska hat die ganze republikanische Kandidatenliste gewählt. Kentucky dürfte demokratisch gewählt haben. In Virginia haben die Demokraten, wie gewöhnlich, einen vollständigen Sieg errungen.

In Kentucky ist es zu blutigen Wahlkrawallen gekommen. An verschiedenen Orten in Kentucky wurden bei gestern vorgekommenen Wahlmühen sieben Personen erschossen, zehn verwundet. In Virginia wurden zwei Personen getötet.

Partei-Nachrichten.

Aus dem Parteibureau wird uns geschrieben:

Ein konkreter Fall — „Vollblatt für Hessen und Waldeck“, Nr. 255 vom 31. v. M. — giebt uns Veranlassung, darauf hinzuweisen, daß es unzulässig und mit der Wahrnehmung der Interessen der Partei unvereinbar ist, Firmen deshalb zu boykottieren, weil dieselben sich weigern, in dem Parteiblatt zu inserieren.

Leider ist der Boykott in dem Kampf, den die Arbeiterklasse zur Wahrung ihrer Interessen zu führen hat, nicht zu entbehren. Doch dafür trifft die Verantwortung nicht die Arbeiterklasse, sondern ihre Gegner. Deshalb darf der Boykott auch nur im äußersten Notfall zur Anwendung kommen.

Als Anfang muß es bezeichnet werden, wenn sich der Verlag oder die Redaktion eines Parteiblattes herausnimmt, den Lesern des Blattes zu empfehlen, Geschäfte zu boykottieren, weil dieselben sich weigern, in dem Blatt zu inserieren.

Die Verhängung des Boykotts darf nur nach sorgfältiger Prüfung der Verhältnisse, durch Beschluß der organisierten Arbeiterkraft des Ortes bezw. des Kreises geschehen.

Niemals kann und darf ein Verlag oder die Redaktion eines Parteiblattes ein so gewagtes Experiment auf eigene Hand in Scene setzen, durch das den Gegnern Waffen in die Hand gedrückt werden, deren Anwendung die Partei schwer schädigen müßte.

Einem schweren Verlust hat die Partei in Sachsen erlitten. Der Abgeordnete für den 22. sächsischen Reichstags-Wahlkreis, Genosse Franz Hofmann, ist Mittwochabend in seiner Wohnung in Chemnitz an einer Nierenentzündung gestorben. Der Verstorbene, der nur ein Alter von 51 Jahren erreichte, gehörte der Partei seit langen Jahren an und war ein beliebter Agitator, der gern gehört wurde. Von Beruf war er Cigarrenmacher. Den 22. Kreis, der von 1877 bis 1878 von Auer und 1884 bis 1887 von Kayser vertreten wurde, vertrat er seit 1892 ununterbrochen, nachdem in der Zwischenzeit der Kreis an den konservativen Sturz übergegangen war. Infolge Verförderung mußte dieser 1892 zurücktreten und bei dieser Wahl wurde der Kreis endgültig von uns erobert. Bei der letzten Wahl wurde Hofmann bei einer Beteiligung von über 88 Proz. mit 19 100 Stimmen gegen 12 000, die für Hoensbroch abgegeben wurden, wiedergewählt. Auch dem sächsischen Landtage gehörte der Verstorbene jahrelang an. Die Parteigenossen werden ihm stets ein treues Andenken bewahren.

Einem Schandfleck

hat die „Post“ — wohl Herr M. Lorenz — an der Socialdemokratie entdeckt. Weil er im Augenblick nichts Besseres gewußt zu haben scheint, ist er beim Studium unserer Parteitag-Protokolle auf die Angelegenheit der Unterstützung der Offener Reineidsopfer gestoßen und da ist ihm der „Schandfleck“ eingefallen. Es soll nämlich nicht weniger als ein Verbrechen gegen den § 246 des Strafgesetzbuches begangen worden sein, weil das auf Veranlassung unserer Partei von unsern Parteigenossen gesammelte Geld damals nicht bei Heller und Pfennig an die Verurteilten und ihre Familien verteilt worden ist.

In einem Anfall von Ehrlichkeit verschweigt der Inspirator der „Post“ selbstamerweise nicht einmal die Thatsache, daß das Verfahren in der Offener Unterstützungssache durchaus, wie auf dem Parteitage 1898 festgestellt wurde, den Absichten der Geldgeber entsprach und daß der zurückbehaltenen Fonds auch in Zukunft noch zu etwa erforderlicher werdenden Unterstützungen der damaligen Verurteilten und ihrer Angehörigen dienen soll. Allerdings auch zur Unterstützung ähnlicher Fälle. Die „Post“ weidet sich in Enttäufung darüber, daß das Geld den Opfern des Offener Prozesses nicht auf einmal und nicht ganz gegeben wurde. Sie wären die rechtmäßigen Eigentümer gewesen, behauptet sie, und ihnen sei es veruntreut.

Solche Veruntreuungen werden recht oft begangen. Wir wollen gar nicht an die Verwendung des berühmten Otto-Pfennig erinnern; bei allen Dissolutionen, die infolge großer Unglücksfälle eingeleitet werden, wird so verfahren. Uns steigt die Erinnerung an eine Hilfsaktion auf, die infolge eines ungeheuren Unglücks vor mehr als dreißig Jahren eingeleitet und unter gefälliger Sanction noch bis heute fortgeführt wird. Im Jahre 1869 verunglückten in den Bergwerken des Planischen Grundes (Ngr. Sachsen) 276 Bergleute infolge schlagender Wetter. Sie hinterließen gegen 1000 hilfsbedürftige Angehörige. Eine Sammlung wurde eingeleitet, zu der aus aller Herren Länder gegen 1 1/2 Millionen Mark gegeben wurden. Das Hilfsomitee, dem staatliche Verwaltungsbehörden angehörten, stellte als Hauptgrundlag seines Verteilungsplanes den Satz auf:

„Daß den Empfängern ein maßgebender Einfluß auf die principielle Begründung des Verteilungsplanes nicht zuzustehen, ja daß selbst eine Verpflichtung zur Rechnungslegung den Hinterbliebenen gegenüber nur in dem Sinne anerkannt werden könne, daß die Rechnung und ihre Grundlagen zu veröffentlichen seien, sie aber im übrigen sich bei der Decharge zu beruhigen hätten, welche die Hauptammelstellen sich auf dem ihnen geeignet erscheinenden Wege beschaffen würden.“

Das Unterstützungsamt läuft, wie gesagt, noch heute, es ist noch jetzt eine sehr beträchtliche Summe Geld vorhanden und es ist ausdrücklich angeordnet, daß der Ueberrest zu einem dem Zwecke des gegenwärtigen Unterstützungswerkes verwandten gemeinnützigen Zwecke nach der Bestimmung der Staatsregierung zu verwenden sei.

Genau so ist unter Parteivorstand unter Zustimmung der Geldgeber und derjenigen Stellen, die ihm Decharge zu erteilen berufen sind, verfahren. Dieses „Schandfleckes“ braucht sich die Socialdemokratie nicht im geringsten zu schämen.

Verführer im Erfurter Gefängnis.

Wir lesen in der „Erfurter Tribune“: „Die Staatsanwaltschaft hatte Genossen Sommer, der gestern seine viermonatliche Strafe angetreten hat, Selbstbeschäftigung be-

willigt; da sie aber für diese Vergünstigung den höchsten, selbst für den reichsten Bankier nicht überschreitbaren Satz von drei Mark pro Tag Entschädigung verlangte und unser Genosse natürlich nicht in der Lage ist, diesen Betrag zu bezahlen, so mußte er auf die Selbstbeschäftigung verzichten. Er muß nun Gras zupfen. Dadurch verdient er für die Verwaltung vielleicht 50 Pfennig pro Tag. Warum die Verwaltung die Selbstbeschäftigung nicht einfach diesen Verlust von 50 Pfennig vom Gefangenen als Ersatz fordert, sondern gleich das Sechsfache (drei Mark) ist doch wirklich ein Rästel. Sieht man denn nicht ein, daß durch diese unerhört hohe Forderung die Vergünstigung der Selbstbeschäftigung wieder hinfällig wird? Wer kann denn in enger dummer Zelle bei einigen Büchern drei Mark durch schriftstellerische Arbeiten verdienen? Bei Tageschriftstellern ist das ausgeschlossen, da man sie ja in ihrer Arbeit beschränkt und sie politisch angehauchte oder die Religion „verächtlich“ machende Notizen nicht schreiben läßt. Wir erheben unablässig die Forderung, daß die Gefangnisse nur den ihnen durch Selbstbeschäftigung entgehenden Verdienst von den Gefangenen als Ersatz fordern, nicht aber einen vielleicht sechsfachen Betrag, der zwar sicher ein gutes Geschäft für den Fiskus bedeutet, für mittellose Bekaltete aber nicht zu erwägen ist. Das ist nur den Bankwühlern und Bucherem vorbehalten, die sich dann im Gefängnis den Luxus der Selbstbeschäftigung leisten können. Wird man dieser gerechten Forderung endlich nachgeben?“

So weit so gut. Wir schließen uns dem Proteste gegen diese ganz ungerechtfertigte Erhöhung der Selbstbeschäftigung in jeder Beziehung an. Andererseits können wir aber nicht umhin, unsere Verwunderung darüber auszusprechen, daß das Erfurter Parteiblatt den eingeperrten Redakteur nicht in die Lage versetzt, den für Gewährung der Selbstbeschäftigung geforderten Betrag zu zahlen. Daß dieser freiwillig darauf verzichtet, ist wohl nicht anzunehmen. Der im Dienste der Partei ins Gefängnis geratene Redakteur hat begründeten Anspruch darauf, daß ihm die Erlangung gewisser Haft-erleichterungen nicht durch Verjagung der erforderlichen Geldmittel unmöglich gemacht wird.

Genosse Bebel spricht demnach in Breslau über die Landtagswahlen. Zu dieser Versammlung wurden in Erwartung großen Andranges Karten ausgegeben — nur an organisierte Parteigenossen. Trotzdem waren die Karten bald nach Beginn der Ausgabe so vollständig vergriffen, daß Hunderte von Parteigenossen zurückgewiesen werden mußten. Darüber entstand bei einigen Mitgliedern des socialdemokratischen Vereins, wie die „Breslauer Volkswacht“ berichtet, eine solche Erregung, daß sie ihren Austritt aus dem socialdemokratischen Verein erklärten. Ein solcher Fall dürfte gewiß noch nicht dagewesen sein.

Der Verlag Richard Mühl in Charlottenburg wendet sich an Parteiblätter mit der Empfehlung eines Werkes „Münchs Haus- und deutsche Dichtungen der Gegenwart und deutsches Stützenbuch“. Die Blätter sollen das Werk als Weihnachtsgabe in großen Posten erwerben. Um seine Leistungsfähigkeit als Geschäftsmann zu erweitern, beruft sich der Verleger darauf, daß es ihm gelungen sei, für eine von ihm verlegte Schrift die noch nie dagewesene Auflage von 2 600 000 zu erreichen. Es mag richtig sein, daß solche Auflage im Buchhandel noch nicht erreicht worden ist, die Mitteilung dieser Zahl ist jedoch auch nach der Richtung interessant, daß sie zeigt, wie weit sie hinter den Erwartungen — der Scharmacher zurückgeblieben ist. Es handelt sich dabei nämlich um nichts weniger wie die berühmte Frankel's Bürgerliche Lügenbrotschüre gegen die Socialdemokratie, die man belamlich in acht bis neun Millionen abzugeben hoffte. Es spricht für die geschäftliche Ungenüchtheit der Firma, daß sie sich bei Parteierlagen einzuführen sucht unter Berufung auf ihre Leistungen in der Socialistenvernichtung.

Bei den Gemeindevahlen in Kraßbad wurde nur ein Parteigenosse wiedergewählt, so daß wir jetzt nur noch zwei Mandate gegen bisher drei innehaben.

Aus Amsterdam schreibt man uns vom 31. Oktober: Am heutigen Tage trat Genosse P. J. Troelstra, Hauptredakteur des holländischen Parteiblattes „Het Volk“, von der Leitung desselben zurück, die er seit Errichtung desselben inne hatte. Mit streitbarem Kampfesmut trat er in unserm Blatte, wie auch sonst, stets den zwei Erbfeinden der Socialdemokratie in den Niederlanden entgegen, der Bourgeoisie, aber nicht weniger auch dem alles zerlegenden Kleinrenten-Anarchismus und zwar mit stets steigendem Erfolge. Seine vielseitige anderweitige Parteithätigkeit, an erster Stelle als Abgeordneter des dritten Amsterdamer Wahlkreises zur zweiten Kammer und als erster Propagandist, verhinderte ihn, die Leitung unsres Blattes gerade in letzter Zeit so wahrzunehmen wie die Bedeutung unsrer Partei es erheischt. Unser Blatt verliert an Troelstra zwar eine erste Kraft, andererseits aber kann die Partei als solche sich nur beglückwünschen, daß er seine allezeit, selbst von gegnerischer Seite, voll anerkannten glänzenden Eigenschaften als Parlamentarier in voller Kraft und zum weiteren Bedienen der Partei entlassen kann.

Dem Parteivorstand wurde in dessen heutiger Versammlung Genosse P. L. Tal, eine anerkannt erste journalistische Kraft, zu seinem Nachfolger ernannt. — 52 von 71 Abteilungen der Partei hatten diesen als Kandidaten für diesen Posten aufgestellt.

Erklärung.

In der ersten Beilage Nr. 255 des „Vorwärts“ fühlten sich die Genossen A. Eppler, L. Werner, S. Budzinski, E. Wachna, S. Koczorowski veranlaßt, eine Erklärung zu veröffentlichen, die in keiner Weise den Thatsachen entspricht.

Die Revisionskommission, zu der auch die Unterzeichneten gehörten, revidierte laut Protokoll die Verhältnisse der „Gazeta Ludowa“ am 14. Juli, also in der ersten Hälfte des Monats, wo noch ein größerer Posten der Abonnementgelder anstand, wie das ja immer der Fall ist bei Arbeiterblättern.

Durch vorherige mangelhafte Kontrolle und die Unfähigkeit des derzeitigen Expedienten war eine genaue Feststellung der Abonnementzahl aus den Büchern nicht möglich, auf dringendes Monieren gab der Expedient aus seinen Notizen ungefähr die Zahl vierzig an, wobei jedoch unberücksichtigt blieben die Post- und Kreuzband-Abonnementen, auch diejenigen, die für einen größeren Zeitabschnitt schon vorher Abonnementgelder eingekandt haben, wie dies thatsächlich von auswärtigen Abonnementen geschehen ist. Auch ist dabei übersehen worden, daß einzelne Stolporture bis dahin ihre einfallenden Gelder noch nicht alle abgeführt hatten. So entstand jene Legende von 37 Abonnementen.

Posen, den 2. November 1900.
Schulz.

Stremski, Vorsitzender der Posener Agitationskommission.

Erwiderung.

Da ich keine Neigung für Kautskys Zustimmung verspüre, und gegenständig in der Partei als Feinde zu behandeln und Schäften oder Karren gleichzustellen, gehe ich auf seine Erklärung im „Vorwärts“ vom 3. November nicht näher ein, sondern stelle lediglich fest, daß Kautsch für seine in der „Neuen Zeit“ veröffentlichte Behauptung, der Revisionismus verfolge die Mehrheit wegen dessen theoretischer Arbeit mit wütendem Haß, auch nicht die Spur eines Beweises erbracht hat.

Berlin, den 4. November 1900. Ed. Bernstein.

Zur Nichtigstellung.

Zur heutigen „Vorwärts“ ist eine Zuschrift abgedruckt, welche, von 34 Genossen unterschrieben, sich gegen eine Fortsetzung der Debatte Braun's Wehring wandte. Den Unterschritten war zum Schluß in Klammern hinzugefügt: Personal der Drei-Klassenklasse der Kaufleute. Unterzeichnet ist beauftragt zu berichtigen, daß dieser Zusatz ohne Wissen und Willen der Unterzeichner erfolgte, vielmehr eigenmächtig von dem Genossen Pieger hinzugefügt ist.

Das Personal unserer Kasse besteht aus 74 Personen und es haben die Unterzeichner nur als Einzelinteressenten ihre Unterschrift gegeben, weil sie inhaltlich mit der Zustiftung einverstanden waren.
Berlin, 4. November 1903.

Der Arbeits-Ausschuß
des Personals der Orts-Krankenkasse der Kaufleute.
J. A. D. Schulzki.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Hausfriedensbruch unter Mithilfe von Polizeibeamten.

In der Alexanderstraße verurachtete der bekannte Herr Meinde gestern wieder eine turbulente Szene. Vor dem Arbeitsnachweis des Holzindustriellen-Berandes standen in Ausübung ihres ihnen gesetzlich zustehenden Rechtes zwei Holzarbeiter. Dieselben wurden von Herrn Meinde belästigt und unmotiviertweise mit Siffierung bedroht. Um dem Herrn aus dem Wege zu gehen, bezogen sie sich in das gegenüberliegende Lokal von Cirovius. Kurz nach ihnen stürzte Herr Meinde in das Lokal, hinter sich einen Schutzmännchen, und verlangte die Siffierung einer Anzahl Gäste, die teilweise mit dem Holzarbeiter-Berand gar nichts zu tun hatten. Der Wirt, der Herr Meinde bereits früher das Lokal verboten und ihn noch wegen Hausfriedensbruchs zur Anzeige gebracht hat, warf den Mann einfach zur Türe hinaus, und der Schutzmännchen, der eine ruhig sich unterhaltende Gesellschaft vor sich sah, entfernte sich, da er keinen Anlaß zum Einschreiten sah.

Damit schien die Sache zunächst erledigt. Sie sollte es aber nicht sein.

Es dauerte nämlich nicht lange, so erschien der beherrschende Hausfriedensstörer abermals, diesmal in Begleitung von nicht weniger als fünf Schutzmännchen. Der Wirt stellte den Schutzmännchen bereitwillig den Eintritt in das Lokal frei, verweigerte Herrn Meinde aber abermals den Zutritt. Nun ereignete sich etwas, was bisher wohl in der Geschichte der Berliner Streits und Ausschreitungen einzig dasteht. Die Polizei verschaffte nämlich Herrn Meinde gegen das ausdrückliche Verbot des Gastwirts Eingang in das Lokal, siffierte den Gastwirt und ermüdete so dem Herrn die abermalige Ausführung eines Hausfriedensbruchs! Das Lokal war von Leuten gefüllt, die zum größten Teil nicht einmal Holzarbeiter waren, noch weniger mit dem Streikposten etwas zu tun hatten. Herr Meinde drang mitten durch die Leute, die sich natürlich erhoben hatten, und wollte die bezeichnen, die er verhaftet wissen wollte. Dabei kam es zu einem Gedränge, das den nervösen Herrn derart erregte, daß er seinen Schirm erhob und rücksichtslos auf einen vor ihm Stehenden einschlug. Nun entstand eine allgemeine Empörung, in der Herr Meinde von der Menge in der ersten Erregung in eine Ecke gedrängt, dann aber in rasker Erkenntnis der Situation freigelassen wurde, da die Anwesenden nicht Lust hatten, auf die Provokationen des Herrn einzugehen. — Auf der Straße hatte sich inzwischen eine große Menge von Menschen angesammelt, aus der Herr Meinde schnell noch zwei junge Leute zur Siffierung herausgriff. Die Bezeichnungen wurden auch wirklich siffert.

Viel weniger gefällig als gegen Herrn Meinde war die Polizei gegen die Leute, welche nun die Verhaftung Meindes oder auch nur die Feststellung seiner Personalisten forderten. Hier schlug die Bereitwilligkeit in das Gegenteil um.

Aber trotz aller Hilfe, die Herrn Meinde zu teil wird, wird in kurzer Zeit der Arbeitsnachweis der Holzindustriellen doch aufs Trockene gesetzt und Herr Meinde überflüssig sein. — Näher daher die Wut?

Der Streik der Bühnenarbeiter im Metropol-Theater ist beendet. Die Wünsche der Angestellten, welche zum Streik führten, sind erfüllt worden.

Deutsches Reich.

Zu die Redaktion des „Correspondent für Deutschlands Buchdrucker“ trat mit dem 1. November der Genosse Willi Krahl ein. Derselbe war bisher als Buchdrucker in der Druckerei der Magdeburger „Volkstimme“ tätig und war der Hauptleiter der Buchdruckerbewegung in Magdeburg.

Sociales.

Achtuhrschluß und Konsumvereine.

Der Wochenbericht der Großeinkaufs-Gesellschaft beschäftigt sich mit den Bestrebungen der hiesigen organisierten Handlungsgehilfen um die Herbeiführung des Achtuhrschlusses. In Anknüpfung an die Verhandlungen der Berliner Gewerkschaftskommission am 8. Oktober über den Gegenstand und die dazu beschlossene Resolution (siehe „Vorwärts“ Nr. 237) macht das Blatt auf die Konsumvereine aufmerksam, indem es schreibt:

„Mit dieser Resolution, gegen die principieell nichts einzuwenden ist, soll eine Aktion eingeleitet werden, die von vornherein ein Schlag ins Wasser ist und bleiben muß. Glaubit man und ist man der Meinung, daß der Konsum die Kraft ist, von der man sich die Erringung des Achtuhr-Schlusses verspricht, so hat man eines vergessen, die Konsequenz zu ziehen und dem Ausdruck zu geben, daß in erster Linie die Geschäfte zu unterstützen sind, die den Achtuhr-Schlus und noch viel mehr durchgeführt haben: das sind die Konsumgenossenschaften. Vereint mit diesen können die Gewerkschaften unbedingt das erreichen, was man erstrebt, wenn man nur ernstlich will; dann wird auch von Gesetzes wegen notgedrungen der Achtuhr-Schlus paragrahisiert werden müssen.“

Es sind heute schon ca. 60 Verkaufsstellen der hiesigen Konsumgenossenschaften vorhanden und was liegt näher? Die Verkaufsstellen können noch immerhin den fünf- bis zehnfachen Umsatz des jetzigen bewältigen; weitere Verkaufsstellen lassen sich mit Leichtigkeit eröffnen, ohne daß die Arbeiterorganisationen auch nur einen Fingerschmerz dazu thun und auch nur einen Pfennig dazu zu zahlen haben. Sie brauchen nur auf ihre Mitglieder dahin zu wirken, daß sie Mitglied werden und in den eignen Geschäften kaufen, um das Unternehmen zu sichern, und ein herrlicher Sieg wäre zu verzeichnen.

Schon der Hinweis, daß man diesen Schritt thun wird, würde den Gewerbetreibenden stark in den Gliedern liegen. Die Konkurrenz der Genossenschaften würde veranlassen, die Forderung auf den Achtuhr-Schlus anzuerkennen, wie ja thatsächlich heute schon die Genossenschaften als Preisregulator und auch in anderen Beziehungen vorbildlich wirken. Will man also ernstlich den Achtuhr-Schlus, so möge man sich sagen, daß der Weg dahin über eine nachhaltige Unterstützung der Konsumgenossenschaften führt.“

Versammlungen.

Zur Agitation für die Landtagswahlen

veranstalteten die Parteigenossen des sechsten Reichstags-Wahlkreises (dritten Berliner Landtags-Wahlkreises) am Dienstag vier öffentliche Versammlungen.

In Kolberger Salon sprach Genosse Paul Hirsch. Der lebhafteste Beifall, welcher seinen Ausführungen zu teil wurde, zeugte dafür, daß die Zuhörer und mit ihnen die gesamten Parteigenossen des Wahlkreises entschlossen sind, mit gewohntem Eifer in den Wahlkampf einzutreten und alles daran zu setzen, um auch unter der Herrschaft des reaktionärsten aller Wahlsysteme einen für unsere Partei glänzenden Erfolg zu erringen und durch die That zu beweisen, daß der Ruhm des sechsten Berliner Reichstags-Wahlkreises, eine Hochburg der Socialdemokratie zu sein, auch auf den dritten Berliner Landtags-Wahlkreis übertragen werde. Wenn jeder Parteigenosse seine Pflicht thut — das war die Meinung der Versammlung —, dann kann es uns gelingen, den Wahlkreis aus eigener Kraft zu erobern.

In Weimanns Volksgarten hatten sich die Genossen vom Gesundheitsrat zu zahlreich eingefunden, daß die Tische aus dem Saale entfernt werden mußten, um für die Erschienenen genügend Platz zu schaffen. Schon lange vor Anbruch des Referenten sah man die Genossen in angelegentlichster Unterhaltung begriffen über die etwaigen Wahlausichten sowohl der einzelnen Abteilungen als des ganzen Kreises. Daß es dabei nicht an drastischen Bemerkungen über das ganze Wahlrecht fehlte, ist wohl nicht besonders verwunderlich. Heiterkeit erweckte auch die Mitteilung, daß die Freisinnigen am Montag „ihre“ voraussichtlichen Urvähler eines Stadtbezirks zu einer Besprechung in Wallmieders Lokal zusammengetrommelt hatten. Aus vier Urvahlbezirken waren ganze sieben Mann erschienen. Drei davon gehörten dem Wahlkomitee an, und die übrigen vier waren zünftige Urvähler. Mit süßsaurer Miene haben dort die Komiteeherrn erklärt, in der dritten Abteilung werde wohl meistens „nichts zu machen“ sein. Jedoch sollen die Wähler der zweiten und ersten Abteilung möglichst persönlich aufgesucht und zu Gunsten der Freisinnigen bearbeitet werden. Wie ganz anders hat es dagegen in den socialdemokratischen Bezirksversammlungen ausgesehen. Stets vollzählig waren die Genossen erschienen, um jeder sein Teil der zu verrichtenden Kleinarbeit zu übernehmen, obwohl sie durchaus nicht alle so überaus begeisterte Anhänger der Wahlbeteiligung sind, sondern sich nur als gute Parteigenossen den Parteibeschlüssen unterordnen.

Die Versammlung folgte dann den Ausführungen des Referenten Dr. Leo Krons, der über die Aufgaben des preussischen Landtages sprach. Keiner habe diese Aufgaben wohl präciser zusammengefaßt, wie Vebel auf dem Kölner Parteitage, als er sich gegen die Beteiligung an den Landtagswahlen erklärte. Nachdem aber ein Umsturz der Meinungen eingetreten war und die Partei jetzt unmittelbar vor der Wahl stehe, so erörtere er mit doppelter Freude die einzelnen Punkte der von Vebel so prägnant gezeichneten Aufgaben des Landtages. Nach einer treffenden Charakterisierung der preussischen Landesgesetzgebung ging Redner dann auf unser Verhältnis zu den Freisinnigen über, dabei auf seinen in früheren Reden geäußerten Standpunkt und auf die wohlwollenden Beschlüsse der Reichskonferenz verweisend. Stimmlich Weisfall erscholl, als er die Anwesenden zum Schluß aufforderte, im dritten Berliner Landtags-Wahlkreise so zu arbeiten, daß hier irgend welcher Austausch mit den Freisinnigen gar nicht erst nötig werde.

In der Diskussion meldete sich darauf ein Herr Krumm in dem Wort, der sich zwar zu keiner bestimmten Partei bekannte, den Genossen jedoch nahelegen mußte, jeds Schwächung der Reaktion gleich von vornherein für die Freisinnigen zu stimmen. Er entwickelte seine Ansichten unter vollster Ruhe der Versammlung. Dr. Krons machte dem Redner später klar, daß wir auf solche Art die Bildung einer kompakten Reaktionsmehrheit, die heute schon durch das Centrum und die Konservativen gebildet werde, doch nicht verhindern könnten. Sollten es aber die Konservativen diesmal selbst zu einer Majorität bringen, so sei das nicht unsre, sondern lediglich der Freisinnigen Schuld, weil diese in ihrer selbstmörderischen Starrköpfigkeit jede Verständigung mit der Socialdemokratie ablehnten. Es sprachen alsdann noch die Genossen Hager und Hesse. Zum Schluß forderte der Vorsitzende Hershuth zu pünktlichem Antritt am Wahltage auf.

Die Volksversammlung in Hensels Salon in der Invalidenstrasse zeugte durch zahlreiche Besuch sowie durch die gesammte Aufmerksamkeit und den starken Beifall, die dem Vortrage des Reichstags-Abgeordneten Pfannkuch gewidmet wurden, für das wachsende Interesse, das die Arbeiterschaft den bevorstehenden Landtagswahlen entgegenbringt. Sowohl der große Saal als auch der Nebenraum waren voll besetzt; es waren gegen 700 Personen anwesend, darunter auch eine Anzahl Frauen. Der Referent gab in seinen feisenden Ausführungen einen Ueberblick über die geschichtliche Entwicklung der Verfassungsverhältnisse Preußens. Es machte einen tiefen Eindruck auf die Versammelten, als der Redner ihnen vor Augen führte, wie das preussische Volk nach den sogenannten Befreiungskriegen und dann wiederum nach der 48er Revolution um den Preis des Kampfes geprellt und betrogen wurde, welche Mißgestalt eines Wahlrechts dem Volke schließlich aufgezungen wurde, wie infolge dieser erbärmlichen Verhältnisse alle Kulturaufgaben des Staates leiden und wie die übermäßige und, wenn es ihr nötig erscheint, gegen Regierung und Krone rebellierende Junkersippe alles zu hintertreiben weis, was einmal zu Gunsten des Volkes geplant wird. Der Redner kennzeichnete die unzuverlässige und feige Haltung, die der Liberalismus so oft bewiesen hat, und zeigte schließlich, daß nur durch thätige Beteiligung der Arbeiterschaft an den Landtagswahlen Besserung der Zustände möglich ist. — Nachdem sich noch Sabor und der hochwende Wittdorf in gleichem Sinne geäußert und zu eifriger Teilnahme an den Wahlarbeiten aufgefordert hatten, wurde die Versammlung mit Hochrufen auf die Socialdemokratie geschlossen.

Auch in Berliner Prater hatte sich eine zahlreiche Menge versammelt und nahm regen Anteil an dem Gemälde preussischer Polizei- und Kulturherrlichkeit, das hier Genosse Hermann Schubert in großen Zügen entwarf. Die Empörung der Versammlung wurde laut über all die reaktionären Einrichtungen und feudalistischen Ueberbleibsel in Preußen-Deutschland, die nur aufgezählt werden brauchen, um schon „Empörer“ zu schaffen. Und Genosse Schubert verstand es, in ihres Lebens Schattenseiten hineinzuzeichnen. Mehr als ein vielstimmiges Sehr richtig! — mehr als ein Hohngelächter über den Gegensatz zwischen der verfassungspapiernähigen Freiheit des preussischen Bürgers und Preußens Polizeistaat-Wirklichkeit begleiteten den lebhaften Redner auf seinem Spaziergange durch den lieblichen Garten preussischer Kultur. Seinen Mahnruf an die Urvähler, daß jeder am 12. November auf dem Posten sein müsse, schloß Redner mit dem Streifzug: „Nieder mit der Reaktion! Hoch die Socialdemokratie!“ Ein Beifallsturm aus der kampfbegeisterten Hörerschaft antwortete ihm. — Nach einer kurzen Debatte im Sinne des Referats schloß die Versammlung mit Hochrufen auf die völkerebefreiende Socialdemokratie.

Charlottenburg. Am 29. Oktober er. hielt der hiesige Wahlverein seine Generalversammlung im Volkshaus, Rosenthaler Str. 3. ab. Genosse Pasche gab den Bericht der Stadtverordneten-Fraktion. Redner betonte, daß die Fraktion sich stets bemüht gewesen sei, daß sie Vertreterin der Socialdemokratie sei und sich das Programm der Socialdemokratie stets als Richtschnur genommen hätte. Die Fraktion, meinte Redner, sei für unentgeltliche Lieferung der Lehrmittel eingetreten; jedoch sei dieser Antrag von den Gegnern abgelehnt worden. Dem Antrage, freies Frühstück zu liefern, haben sich die Gegner dadurch zu entziehen gewußt, daß sie 3000 M. an den Volkshausverein gaben, damit dieser den allernotdürftigsten der Kinder solches gebe. Auf dem Gebiet der Armenpflege sowie in der Wärmehallenfrage seien sie energisch für die Interessen der Notleidenden eingetreten. Wenn in betreff der Wohnungsfrage gerade in Charlottenburg so wenig geschieden sei, so sind hier einmal die Gegner und zweitens die geradezu unverständliche gesetzliche Bestimmung, daß die Hälfte der Stadtverordneten trotz der Dreiklassenwahl auch noch Hausbesitzer sein müsse, daran schuld. Redner geißelte das Bestreben der Stadtverordneten-Versammlung, die Wahlzeit zum preussischen Landtag auf nachmittags 2 Uhr festzusetzen.

An der Diskussion beteiligten sich die Genossen Sporer, Grig, Hirsch und Baake. Die beiden letzteren, welche der Stadtverordneten-Fraktion angehören, gaben einige salomonische Weisheiten der Gegner in Arbeiterfragen zum besten. Hirsch teilte die Ansicht des Vorsitzers Strähler mit, wonach die Verpflegung im Bürgerhause von 85 auf 80 Pf. pro Tag deswegen herabgesetzt werden könne, weil alle Leute ja nicht mehr so viel Fleisch zu essen brauchen. Auch könne am Licht gespart werden. Dem Antrage des Genossen Baake, gegen die Verstreitung der Stadtverordneten-Versammlung, die Wahlzeit auf nachmittags 2 Uhr festzusetzen, die Berliner Resolution anzunehmen, wurde einstimmig zugestimmt. In Anbetracht der

bevorstehenden Wahlen wurde die Neuwahl des Vorstandes sowie Bericht desselben bis zur nächsten Versammlung vertagt. An Stelle des ausgeschiedenen Genossen Rieder als 2. Beisitzer wurde Vade gewählt. Bei der Aufstellung der Kandidaten zur Stadtverordnetenwahl entspann sich eine ausgedehnte Debatte, da der Vorstand den Genossen des siebenten Bezirks den von ihnen nominierten Kandidaten, den Genossen Brill, abgelehnt hatte. Es wurden aufgestellt: im 1. Bezirk Paul Hirsch, im 2. Bezirk Heinrich Vogel, im 3. Bezirk Dr. med. Zepher, im 4. Bezirk Dörre, im 5. Bezirk Ferdinand Pasche, im 6. Bezirk August Sellin, im 7. Bezirk Jsidor Rosenthal und im 8. Bezirk Paul Hirsch.

Friedenau. Die letzte Mitglieder-Versammlung des Wahlvereins beschäftigte sich besonders mit den bevorstehenden Landtagswahlen. Es wurde beschlossen, Protest zu erheben gegen den frühzeitigen Wahlbeginn (11 Uhr vormittags), wodurch der arbeitenden Bevölkerung, zufolge der damit verbundenen größeren Arbeitsverfassung, erhebliche Lohnverluste entstehen. Weiter wurde einstimmig angenommen, daß sich die Genossen, da sie wegen der gerade in diesem Orte obwaltenden Verhältnisse in der 1. und 2. Abteilung überhaupt gar nicht in Frage kommen, nur an den Wahlen der 3. Abteilung beteiligen, worauf alsdann die Aufstellung der Wahlmänner erfolgte. Unter Verschiedenem wurde über eine hiesige Lokalangelegenheit gesprochen und ein Antrag des Genossen Kunkel, die Bibliothekordnung seitens des Schriftführers auf bestographischem Wege für die Mitglieder herstellen zu lassen (um Kosten zu sparen), angenommen.

Mummelsburg. Das hiesige Gewerkschaftskartell nahm in seiner letzten Sitzung Stellung zu der vom Centralverein für Arbeitsnachweis geplanten Gründung einer Filiale obigen Vereins in Mummelsburg.

Die Vertreter der hiesigen Gewerkschaften stehen dem sympathisch gegenüber, wünschen aber, daß diese Gründung nicht nur auf Mummelsburg beschränkt bleibt, sondern auch auf die umliegenden Orte wie Stralau, Friedrichsberg, Friedrichshöhe, Ober- und Nieder-Schöneweide u. ausgeht wird. Nur dadurch, daß der Wirkungsbereich dieser Filiale ein möglichst ausgedehnter wird, kann diese Filiale nützlich für die gesamte Arbeiterschaft wirken. Aus praktischen und taktischen Gründen wäre der Sitz der Filiale aber im Mittelpunkt dieser Ortshäufen, also Mummelsburg zu belassen, da dieser Ort von allen Orten bequemer, schneller und billiger zu erreichen ist. Die Zuteilung der andern Orte wäre deshalb zu empfehlen, weil dort die Industrie zur Zeit schon stark vertreten ist und sich im Laufe der Zeit noch bedeutend ausdehnen wird.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Stadtverordnetenwahl in Götting.

Götting, 4. November. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Zum erstenmal siegten bei der Stadtverordnetenwahl zwei unserer Genossen; drei kamen außerdem in die Stichwahl.

Ausweisung russischer Spiegel.

Frankfurt a. M., 4. November. (W. G.) Wie der „Frankfurter Zeitung“ aus Genf gemeldet wird, ist die Untersuchung über die Thätigkeit des russischen Spiegels Rabinowitsch nunmehr beendet. Nachdem das Resultat dem Bundesrat mitgeteilt worden war, ist beschlossen worden, nicht nur Rabinowitsch, sondern auch seinen Helfers-helfer auszuweisen. (In Preußen wird der Spiegel sicher gütlich aufgenommen werden.)

Deputiertenkammer.

Paris, 4. November. (W. T. V.) Die Beratung des Budgets des Ministeriums des Innern wird wieder aufgenommen. Forrette (Nationalist) beantragt die Streichung der Kredite für die geheimen Fonds. Ministerpräsident Combes erklärt, die Kredite seien eine Notwendigkeit für die Regierung, die aus der Annahme derselben eine Vertrauensfrage mache. Die Kredite werden darauf mit 314 gegen 225 Stimmen genehmigt.

Das Budget des Ministeriums des Innern wird genehmigt. Bei der dann folgenden Beratung des Kultusbudgets unterzieht Abbé Garraud die Politik der Regierung in religiöser Beziehung einer Kritik, spricht sich besonders dagegen aus, daß gegen Geistliche die Gehaltssperre in Anwendung gebracht werde, und verlangt, daß den Geistlichen das Recht zuzusprechen müsse, ihre Pflichten als Wähler zu erfüllen und die Religion in der Kirche und außerhalb derselben zu verteidigen. Allard (Soc.) tritt für einen Änderungsantrag ein, der Aufhebung des Kultusbudgets vorseht. Ministerpräsident Combes erklärt, dieser Änderungsantrag sei unzeitgemäß und unlogisch. Die Frage könne nicht auf dem Wege der Budgetberatung gelöst und zu ihrer Lösung müßten vorbereitende Maßnahmen getroffen werden. Der Änderungsantrag wird hierauf mit 312 gegen 205 Stimmen abgelehnt und das Kultusbudget genehmigt.

Der Magistrat von Paris gegen die Polizeikonflikte.

Paris, 4. November. (W. T. V.) Der Gemeinderat beriet heute eine Tagesordnung bezüglich des Vorgehens der Polizei am 29. v. M. und des Eindringens in die Arbeitsbüros und nahm eine Tagesordnung an, durch welche die Rechte der Stadt Paris gegenüber der Stadtpolizei in Anspruch genommen werden. Eine Tagesordnung, wonach alle Beziehungen mit der Polizeipräfektur so lange abgebrochen werden sollen, als Lépine an ihrer Spitze stehe, wurde abgelehnt.

Wien, 4. November. (W. T. V.) Der niederösterreichische Landtag nahm in der Specialdebatte die gesamte geänderte Geschäftsordnung einschließlich des Ausschließungsparagraphe mit der Abänderung an, daß der Antrag auf Ausschließung nur vom Landmarschall gestellt werden kann, worauf der Antrag dem Disziplinar-Ausschuß zugewiesen wird, der ohne weitere Appell an den Landtag über die Ausschließung beschließt. Das Haus nahm ferner in Anwesenheit der erforderlichen Anzahl der Landtagsmitglieder mit der notwendigen Zweidrittelmehrheit die Abänderung der Landesordnung an, welche durch den angenommenen Ausschließungsparagraphe der Geschäftsordnung erforderlich ist.

London, 4. November. (W. T. V.) Drei Armenier, deren Namen mit Gregorian, Zymjian und Karapetian angegeben werden, gingen heute im armenischen Viertel Bekham, wo kürzlich der Armenier Sagomir ermordet wurde, spazieren; plötzlich feuerte ein mit zwei Revolvern bewaffneter Mann, der auch ein Armenier sein soll, gleichzeitig auf Gregorian und Zymjian Schüsse ab, die tot niederfielen, und dann auf Karapetian, der verwundet wurde. Der Mörder verübte Selbstmord. Es heißt, daß die Opfer Mitglieder des hiesigen armenischen Centralkomitees waren.

Washington, 4. November. (Meldung des Wienerischen Bureaus.) Die Regierung der Vereinigten Staaten erhielt heute früh ein Telegramm aus Panama, in welchem sie ersucht wurde, die neue Regierung anzuerkennen. Die Behörden wissen hier noch nicht, wer die neue Regierung bildet, und haben deshalb auf dieses Verlangen nichts veranlaßt. Sollte der Protest der amerikanischen Vicekonsuln Sherman in Panama gegen die Verdrückung der Stadt durch das kolumbische Kriegsschiff nicht genügen, so soll das jetzt auf dem Wege nach Panama befindliche Kriegsschiff „Boston“ ein kolumbisches Kanonenboot mit Beschlag belegen. Die Thatsache, daß der eine Endpunkt der Panama-Eisenbahn von den Regierungstruppen, der andre von Aufständischen besetzt ist, macht die Lage noch komplizierter. Die amerikanischen Seestreitkräfte sind angewiesen, die amerikanischen Interessen in allen Punkten zu schützen und alles zu thun, um Blutvergießen zu verhindern. Es besteht hier kein Zweifel, daß die Vereinigten Staaten an den Endpunkten der Panama-Eisenbahn Marineausposten landen werden.

Parteilgenossen, beteiligt Euch Sonntag früh 8 Uhr Mann für Mann an der Flugblattverbreitung zu den preussischen Landtagswahlen!

Die Vertrauensämter der Berliner Socialdemokratie.

A. Vertrauenspersonen:

- 1. Wahlkreis: Georg Doppel, Oranienburgerstr. 5, vorn III. Georg Wehnacht, Grünstr. 21 part.
2. Wahlkreis: P. Scholz, Paruthstr. 22, Ecke Jossenerstr. 1. S. Werner, Mittendammstr. 30 part.
3. Wahlkreis: Franz Hoch, Admiralstr. 7, vorn IV. Aug. Pohl, Raunhoferstr. 30, vorn IV.
4. Wahlkreis (Ost): Paul Schneider, Blumenstr. 48 III. Ditto Franke, Bornsdorferstr. 8, vorn part.
4. Wahlkreis (Südost): Rich. Hadelbusch, Guterstr. 16, Hof II. Wilhelm Jöckel, Köpnickstr. 100.
5. Wahlkreis: Leopold Niepmann, Antienstr. 242 I. Leo Zucht, Landwehrstr. 39, vorn II.
6. Wahlkreis (Noahit): Karl Fischer, Waldstr. 8. (Wedding und Oranienburger Vorstadt): Eugen Ernst, Ackerstr. 62, II. (Kosenthauser Vorstadt und Gesundbrunnen): Adam Witt-dorf, Fehrbellinerstr. 25. (Schönhauser Vorstadt): Karl Marx, Kastanien-Allee 95/96.
Nieder-Barnim: Georg Freiwaldt, Pantow, Florastr. 96.
Teltow-Beeskow: Paul Hirsch, Charlottenburg, Rosinenstr. 3. Aug. Schnell, Charlottenburg, Rosinenstr. 3.
Für die Frauen Berlins: Dittlie Baader, Wäckerstr. 49, Hof II. Frau Pauschke, Berlin NW., Rostoderstr. 43, Quergebäude I. Frau Nuff, NW., Rostoderstr. 9, Hof parterre. Frau Luz, Waterloo-Ufer 9, Laden.
Nieder-Barnim: Frau Emma Thier, Pantow, Schloßstr. 8.
Teltow-Beeskow: Frau Thiel, Tempelhof, Friedrich Wilhelmstr. 17.

B. Bezirkskommission:

- 1. Wahlkreis: Rich. Strehl, Söminniederstr. 118 I. Fritz Kubat, Jakobikirchstr. 2.
2. Wahlkreis: Albrecht Hülle, Mariendorferstr. 1. Richard Köderich, Plan-Ufer 92a.
3. Wahlkreis: Otto Krämer, Oranienstr. 143, Seitenfl. IV. Max Vogl, Köpnickstr. 25a, Seitenfl. I.
4. Wahlkreis (Osten): Ditto Wächner, Andreasstr. 75.
4. Wahlkreis (Südosten): Rich. Weise, Forsterstr. 39.
5. Wahlkreis: Wilhelm Friedländer, Elbasserstr. 25 II. Otto Weiss, Greifswalderstr. 45 IV.
6. Wahlkreis: W. Gatzmann, Badstr. 14. S. Guttman, Brunnenstr. 9.
Nieder-Barnim: Oswald Grauer, Friedrichsberg, Frankfurter Allee 197.
Emil Schumann, Neu-Weihensee, Lehderstr. 118 part.
Teltow-Beeskow: Herm. Köster, Jühlendorf, Piensburgerstr. 2. Fritz Hoppe, Rigdorf, Berlinerstr. 14.

C. Lokalkommission:

- 1. Wahlkreis: Jakob Ege, Köpstr. 23. Wilh. Rehen, Auerstr. 25.
2. Wahlkreis: Wilh. News, Gräferstr. 6, Hof Quergeb IV. Karl Polenske, Gitschinerstr. 73 II.
3. Wahlkreis: Wilhelm Hinz, Prinzenstr. 66, vorn IV. Karl Heise, Joesfstr. 11, Hof I.
4. Wahlkreis (Osten): D. Blume, Gubenerstr. 6 part. R. Zimmermann, Bornsdorferstr. 44.
4. Wahlkreis (Südosten): Wilh. Sedler, Kaufmännstr. 14 III. Wilh. Hauschildt, Faldensteinerstr. 6 I. (Trepptow) Gustav Beer, Skatigerstr. 65, vorn IV.
5. Wahlkreis: Karl Klein, Georgenkirchstr. 12. Wilh. Kerker, H. Hamburgerstr. 10.
6. Wahlkreis: Otto Thiel, Chausseest. 68/69, II (für Oranien-burger Vorstadt und Wedding). Gustav Wigel, Brunnenstr. 164 (für Kosenthauser Vorstadt und Gesundbrunnen). Wenzel, Schliemannstr. 43, vorn IV (für Schönhauser Vorstadt).
Nieder-Barnim: Otto Kiebe, Friedrichsfelde, Victoriastr. 4.
Teltow-Beeskow: Herm. Schliebiß, Vrij, Kahnstr. 3. Alle Zusendungen in Lokalanlegenheiten sind an Wilhelm Hinz, S. 14, Prinzenstr. 66, vorn IV, zu richten.

D. Agitationskommission für die Provinz Brandenburg:

- 1. Wahlkreis: Albin Schuster, Strahmannstr. 2.
2. Wahlkreis: Fritz Hinte, Reichenbergerstr. 138.
3. Wahlkreis: Karl Dimmid, Küssen-Ufer 11.
4. Wahlkreis (Osten): Albert Wasewitz, Friedrichsbergerstr. 19.
4. Wahlkreis (Südosten): Karl Scholz, Wrangelstr. 110.
5. Wahlkreis: Franz Kühle, Marienburgerstr. 3/4.
6. Wahlkreis: Max Kiesel, Logostr. 68. Gustav Laurent, Voltastr. 45.
Nieder-Barnim: A. Taubmann, Neu-Weihensee, Elbstr. 15.
Teltow-Beeskow: Ernst Obst, Schöneberg, Reiningenstr. 8. Arthur Stadthagen, Corneliusstr. 3.

E. Vorsitzende der Wahlvereine:

- 1. Wahlkreis: Felix Guitmann, Friedrichsgracht 36.
2. Wahlkreis: Hugo Wolderski, Steglitzerstr. 84.
3. Wahlkreis: St. Frij, Oranienstr. 157 IV.
4. Wahlkreis (Osten): Ernst Vader, Große Frankfurterstr. 34.
4. Wahlkreis (Südosten): Paul Hoffmann, Oppelnerstr. 21.
5. Wahlkreis: Leo Zucht, Landwehrstr. 39, vorn II.
6. Wahlkreis: Wilh. Freyhaller, Gartenplay 1.
Central-Wahlverein für Teltow-Beeskow: Paul Hirsch, Charlottenburg, Rosinenstr. 3.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

An die Landtagswähler Berlins!
Freitagabend finden vier Parteiverfassungen statt, in denen die Kandidaten für die Landtags-Abgeordnetenwahl aufgestellt werden sollen. Die Versammlungen beginnen 8 1/2 Uhr in folgenden Lokalen:
Erster Landtags-Wahlkreis: Vorkbauerei, Am Tempelhofer Berg.
Zweiter Landtags-Wahlkreis: Sanssouci, Kottbuserstr. 4a.
Dritter Landtags-Wahlkreis: Eiskeller, Chausseest. 88.
Vierter Landtags-Wahlkreis: Pippo Brauerei, am Friedrichshain.
Um zahlreichen Besuch wird gebeten.

Erster Wahlkreis. Am Sonntag früh 8 Uhr findet eine Flugblatt-Verbreitung von folgenden Lokalen aus statt: Gahn, Stralauerstr. 48. Wehnacht, Grünstr. 21. Glawe, Krausenstr. 18. Wenzel, Dorotheenstr. 69. Wolf, Mauerstr. 50 und Radtke, Piensburgerstr. 24. Die Parteilgenossen werden um zahlreiche Beteiligung ersucht.

Dritter Wahlkreis. Achtung, Parteilgenossen! Die Bezirksleiter sowie die Wahlmanns-Kandidaten werden hiermit nochmals auf die heute abend 8 Uhr im großen Saale des Gewerkschaftshauses, Engel-Ufer 15, stattfindende Versammlung aufmerksam gemacht und ersucht, zahlreich und pünktlich zu erscheinen. Den Vortrag hält Genosse Dr. Leo Krons. Die Vertrauensleute.

Dritter Wahlkreis. Zu der am Sonntag früh 8 Uhr stattfindenden Flugblatt-Verbreitung werden die Genossen ersucht, sich zahlreich und pünktlich in nachstehenden Lokalen einzufinden: Schieber, Admiralstr. 21; Krüger, Raunhoferstr. 54; Manzel, Dresdenerstr. 18; Hild, Simeonstr. 23; Sacharowitsch, Brandenburgstr. 49; Stramm, Ritterstr. 123; Wendt, Alexandrinenstr. 39; Ladewig, Kommandantenstr. 65; Schneider, Sebastianstr. 7, Keller; Kohn, Prinzenstr. 69; Marquardt, Köpnickstr. 113a; Venz, Alte Jakobstr. 69; Kaufsch, Bräudenstr. 2; Kichterberg, Waldertstr. 62. Die Vertrauensleute.

Schöneberg. Parteilgenossen! Morgen finden die Stadtverordnetenwahlen statt. Wer in der Lage ist, sich den ganzen Tag bei der Wahlarbeit zur Verfügung zu stellen, finde sich morgens 9 Uhr bei Döb, Reiningenstr. 8, ein. Diejenigen Parteilgenossen, die in den Nachmittags- und Abendstunden helfen wollen, werden ersucht, sich in folgenden Lokalen zu melden: Schilling, Kuffhauerstr. 16; Döring, Wertheburgerstr. 7; Reimer, Höhenfriedbergstr. 20; Wellner, Gothenstr. 51; und Koll, Sponholzstr. 34. Es wird eine zahlreiche Beteiligung erwartet.

Adlershof. Freitagabend 8 Uhr findet im Lokale von Wöllstein, Widmarstr. 24, eine Volksversammlung für Männer und Frauen statt. Reichstags-Abgeordneter Ed. Vernstein spricht über die bevorstehende Landtagswahl. Die Versammlung wird pünktlich 8 Uhr eröffnet, wegen der um 10 Uhr eintretenden Polizeistunde.

Wilmersdorf. Sonntagnachmittag 3 Uhr findet in Wittes Volksgarten eine öffentliche Landtagswähler-Versammlung statt, in welcher Genosse Ledebour über die Bedeutung der Wahl sprechen wird. Zu dieser Versammlung findet nunmehr von folgenden Lokalen aus am Freitagabend 7 Uhr eine Handzettel-Verteilung statt. 1. und 2. Bezirk bei Ratusch, Uhländstr. 71; 3., 4. und 5. Bezirk bei Witte, Berlinerstr. 40; 7. Bezirk bei Rudloff, Bruchstr. 18; 7. Bezirk bei Hilpert, Salenjee.

Friedenau. Sonntag, den 8. November, früh 7 1/2 Uhr, Flugblatt-Verbreitung. Vormittags 11 Uhr: Volksversammlung im „Sportpark“, Eingang vom Wohnhof. Tagesordnung: Die Landtagswahlen und deren Bedeutung für die arbeitende Bevölkerung. Referent: Schriftsteller Max Grünwald.

Aus Industrie und Handel.

Eine neue Vereinigung in der Elektrizitätsindustrie. Der Verwaltungsrat der österreichischen Schudert-Werke hat die Fusion mit der Firma Siemens u. Halske in Wien beschlossen und ein Komitee beauftragt die Verhandlungen darüber zum Abschluss zu bringen.

Die Entscheidung ist, wie das „Berliner Tageblatt“ erfährt, nur eine Konsequenz der zwischen den Schudert-Werken und der Siemens u. Halske-Gesellschaft in Berlin durchgeführten Vereinigung. Es würden sich auch hierdurch gewisse Fabrikationsersparnisse erzielen lassen, da beide Firmen in der Hauptsache die gleichen Geschäftszweige kultivieren. Die Anlagen der Firma Siemens u. Halske in Wien und Leopoldau bilden übrigens nur einen Teil der Aktiven, da die Firma Siemens u. Halske auch in Budapest, Lemberg, Graz, Olmütz, Laibach sowie in Serajewo geschäftlich tätig war. Es besteht eine ganze Reihe von elektrischen Lokalbahnen, die aus dem Fusionsplane ausgeschieden wurden und nunmehr in selbständige Unternehmungen umgewandelt werden sollen. Auch die Schwachstromabteilung von Siemens u. Halske bleibt außerhalb der Fusion.

Voranlässlichlich werden die österreichischen Schudert-Werke, um die Aktiven der Siemens und Halske-Gesellschaft übernehmen zu können, ihr Aktienkapital um 10 Millionen Kronen erhöhen. Die Schudert-Werke haben bisher die städtischen Elektrizitätswerke (ein Objekt von 30 Millionen Kronen) gebaut und mit diesem Geschäft einen unbestrittenen Erfolg erzielt. Auch die Umwandlung des Betriebes bei der Neuen Wiener Tramwaygesellschaft in den elektrischen ist von den Schudert-Werken durchgeführt worden. Die Schudert-Aktien befinden sich noch zum weitaus größten Teile im Besitze der österreichischen Länderbank, die bei der Fusion mit Siemens u. Halske das entscheidende Wort spricht.

Der Schiffsverkehr in Emden. Der preussische Regierungspräsident in Aurich veröffentlicht eine Specialnachweisung über den Verkehr im Emdener Hafen im dritten Vierteljahr 1903, welche die enorme Zunahme des Verkehrs gegenüber dem gleichen Zeitraum in den vorausgehenden Jahren erkennen läßt. Die neuen Hafenanbauten in Emden waren darauf berechnet, den Hafen dem modernen Verkehr großer, leistungsfähiger Ozeandampfer zu erschließen. Mit welchem Erfolge das geschehen ist, das zeigt sich darin, daß sich im letzten Vierteljahr die Schiffszahl im Seeverkehr gegenüber der Zeit vor drei Jahren von 545 auf 439 vermindert hat, daß aber die Tonnage dieser verkehrenden Schiffe von 68 122 auf 151 412 Registertonnen gewachsen ist. Der Verkehr ist also nicht nur auf mehr als das Doppelte gestiegen, er kann bei den jetzigen Hafenvorhältnissen auch rationeller durch eine kleinere Zahl leistungsfähiger Schiffe bedient werden.

Die Güterbewegung im Seeverkehr stellt sich für das dritte Vierteljahr 1903 auf 67 549 Gewichtstonnen in der Einfuhr und 11 328 in der Ausfuhr, 1903 dagegen auf 155 780 Tonnen in der Einfuhr und 76 850 in der Ausfuhr. In der Einfuhr stehen Erze mit 65 646 Tonnen, in der Ausfuhr Kohlen mit 48 314 Tonnen an erster Stelle. Demnach folgen in der Einfuhr Getreide und Holz, in der Ausfuhr Eisenbahnmateriale und Getreide. In der Zusammenstellung werden nicht weniger als zehn auswärtige Schiffahrts-Gesellschaften mit regelmäßigen Linien genannt, die sich jetzt an dem Emdener Verkehr beteiligen und denen seine Zunahme in erster Reihe zuzuschreiben ist. Es sind das die Hamburg-Amerika Linie mit 48 706 Tonnen im 3. Vierteljahr 1903 beförderter Waren (14 Dampfern), die Reederei W. Runkmann in Sietlin mit 27 016 Tonnen (9 Dampfern), die Vereinigte Bugler- und Frachtschiffahrts-Gesellschaft in Hamburg mit 20 573 Tonnen (27 Seeleichtern), die Westfälische Transport-Gesellschaft in Dortmund mit 7576 Tonnen (13 Seeleichtern), die Dampfschiffahrts-

Gesellschaft Reptum in Bremen mit 4590 Tonnen (17 Dampfern), die Firma C. Th. Lind in Hamburg mit 1984 Tonnen (7 Dampfern), die Boermann-Linie in Hamburg mit 1831 Tonnen (1 Dampfer), die Firma de Freitas u. Co. in Hamburg mit 748 Tonnen (4 Dampfern), die Mittelmeer-Linie der Reederei Roman mit 387 Tonnen (3 Dampfern) und die Schlepsschiffahrts-Gesellschaft Untervefer in Bremen.

Arbeiterleistungen im Bergbau. Die „National-Zeitung“ veröffentlicht in ihrer letzten Nummer unter obigem Titel einen Artikel, der anscheinend dazu bestimmt ist, die Preiserhöhungen für Kohlen als eine Folge der verringerten Arbeitsleistung im Kohlenbergbau erscheinen zu lassen, d. h. nicht als eine Folge der Abnahme der Arbeitsintensität, sondern der Tatsache, daß der Bergbau immer mehr genötigt wird, in solcher Tiefe verhältnismäßig geringen Flächen nachzugehen, daß die Leistung pro Kopf auch bei angepanntester Tätigkeit der Grubenarbeiter sinken muß.

Nach der amtlichen Statistik wurden nämlich pro Kopf der Belegschaft jährlich folgende Mengen gefördert:

Table with 5 columns: Year (1890, 1895, 1900, 1901, 1902) and 6 rows of regions: Zu Oberschlesien, Niederschlesien, Ruhrgebiet, Saargebiet, Großbritannien, Oestreich-Ungarn, Belgien, Frankreich, Nordamerika.

Dazu bemerkt das Blatt: „Die großen Unterschiede der Leistungshöhen zeigen schon, daß hier nicht individuelle, sondern geologisch-technische Eigenarten ausschlaggebend sein müssen. Anerkannt sind die Ruhrgebiets-Arbeiter zu den besten Vergleichen zu rechnen, ihre Intelligenz ist zweifellos durchschnittlich größer als die ihrer ober-schlesischen Berufsgenossen. Wenn die letzteren dennoch eine bedeutend höhere Leistung erzielen, so liegt dies an den günstigen Flözverhältnissen. Noch schärfer tritt dieses Moment hervor, wenn wir die Leistungen der wegen ihrer beruflichen Mächtigkeit von altersher berühmten englischen Kohlengräber in Vergleich zu den ober-schlesischen Hiffen stellen. Entscheidend ist nicht in erster Linie die Persönlichkeit, sondern die Arbeitsstätte. Die in langer Schicht emsig schaffenden belgischen Vergleiche fördern weniger zu Tage als ihre Berufsgenossen im Saargebiet, deren Schicht zwei bis drei Stunden kürzer ist.“

Weiter ist auch noch die Veranschaulichung der Belegschaften in Betracht zu ziehen. Von den 631 396 preussischen Grubenarbeitern sind 1902 über 150 000 über Tag beschäftigt gewesen; überhaupt sind nur 45-50 Proz. der Gesamtbelegschaft bei der eigentlichen Kohlen-gewinnung tätig. Früher war der Prozentfuß viel größer, weil nicht entfernt so viel indirekt produktive Arbeiten bei der Vorbereitung usw. nötig waren. Vor einigen Jahrzehnten konnte man auch noch sehr wenig die jetzt fast überall existierenden oberirdischen Nebenanlagen, Kolereien, Wäschereien, Siegeleien, Brillefabriken usw. Deren Belegschaft drückt nun rechnerisch die Leistung pro Kohlen-gräber herab.“

Das ist richtig. Aber keineswegs werden dadurch allein die obigen Schwankungen in der Arbeitsleistung erklärt. Das lehrt schon ein Blick auf die Zahlen für die Jahre 1900 und 1901. Ueberall zeigte sich während des letzten dieser Jahre in den deutschen Kohlenrevieren ein plötzlicher harter Rückgang in der Zahl der pro Kopf der Belegschaft geförderten Tonnen und zwar am bedeutendsten in Oberschlesien, das die günstigsten Flöz- und Abbauverhältnisse hat, am wenigsten im Saargebiet mit seinen Staatsbetrieben. Schon das giebt zu denken. Haben denn tatsächlich in Oberschlesien, nachdem in den vorausgegangenen Jahren die Leistung beträchtlich zugenommen hatte, die Abbauverhältnisse sich in einem Jahre dermaßen verschlechtert, daß die Jahresleistung des Bergarbeiters um 36 Tonnen sinken mußte? In Wirklichkeit sprechen bei dem Rückgange noch verschiedene andre Umstände mit, die von der „National-Zeitung“ vergessen worden sind. Das Jahr 1901 war bekanntlich ein Krisen-jahr, in welchem natürlich weit weniger Ueberflüssen gemacht worden sind als in den vorausgegangenen flotten Geschäftsjahren. Zudem aber werden in solchen Zeiten flauen Geschäftslagen immer eine Reihe Arbeiten zur Instandhaltung der Bergwerke (Abstümpfen, Erweiterung der Stollen u.) vorgenommen bzw. nachgeholt, die während der Perioden anheftiger Förderung nach Möglichkeit aufgeschoben worden sind. Als Nachweis dafür, daß die Preiserhöhungen eine einfache Folge der verminderten Arbeitsleistung sind, lassen sich deshalb die obigen Hiffen durchaus nicht gebrauchen.

Zum Patentreit der Firma Krupp mit der Rheinischen Metallwarenfabrik. Am 12. d. M. sollte, wie schon früher gemeldet, vor dem Landgericht Essen als erster Instanz die Verhandlung stattfinden über die Verlegungslage der Rheinischen Metallwaren- und Maschinenfabrik (Ehrhardt) contra Friedrich Krupp Aktiengesellschaft. Betreffend das deutsche Reichspatent 95 336. Die klagende Firma (Ehrhardt) hat jedoch unter der Begründung, daß das Reichsgericht die Ansprüche ihres Patentes durch Urteil vom 28. Oktober geändert habe und unter diesen Umständen eine Verhandlung nicht möglich sei, vielmehr die nähere Begründung des Reichsgerichts-Urteils abgewartet werden müsse, beantragt die Verhandlung zu vertagen.

Aus der Frauenbewegung.

Ueber das Landtags-Wahlrecht und die Frauen sprach am Sonntag Genossin Jettlin in einer Versammlung unter großem Beifall bei Richter in Groß-Lichterfelde. In längeren Ausführungen schilderte sie die Gegenläufe zwischen Proletariat und Junker. Letztere, welche hauptsächlich im Landtage sitzen, empfangen Liebesgaben in Hülle und Fülle. Ersteres aber ist wohl zum Zahlen gut, aber für die allernatürlichsten Forderungen ist weder Zeit noch Geld vorhanden. An Thatsachen zeigte sie, daß Arbeiterschaft-Gesetze, Koalitionsrecht und das Fabrikinspektionswesen nur auf dem Papier ständen. Gerade die Frauen hätten das größte Interesse daran, daß bei der Fabrikinspektion weibliche Angestellte hinzugelassen würden. Zum Schluß forderte sie die Anwesenden auf, bei den Landtagswahlen der Socialdemokratie zum Siege zu verhelfen, da nur sie die Interessen des Proletariats wirklich vertritt. In der Diskussion sprach Genosse Wenzel über die Irwahlen am Ort. Zum Schluß forderte Genossin Thiel die Frauen auf, auch ihrerseits an den Landtagswahlen durch Verteilung von Stimmzetteln zu helfen. Nachdem noch einige Frauen sich in den Wahlverein für Frauen hatten aufnehmen lassen, wurde die Versammlung mit einem dreimaligen Hoch auf die Socialdemokratie, in welches die Anwesenden begeistert einstimmen, geschlossen.

Vermischtes.

Ueber den Untergang zweier Dampfer sind soeben Nachrichten nach London gelangt. Danach schickte der englische Dampfer „Loch Maree“ am 31. Oktober auf der Rückfahrt von der Levante nach Dundee (nördlich vom Kap Serrat und westlich von Sizilien)...

der Messaggerios Maritimos, der die Insel Lord Howe anlies, überbrachte. Die „Dvalau“ traf bei der genannten Insel am 19. Oktober mit brennendem Vorderdeck ein. Jahrgäste und Mannschaft wurden sofort während der Nacht gelandet. Am Morgen erfolgten zwei Explosionen, worauf der Dampfer vollständig sank. Das Feuer war schon am 18. Oktober unter einer Ladung Kopro ausgebrochen...

Ein Dynamitanschlag und Eiferjucht scheint in Christiania vorgekommen zu sein. Die „Christiana Verdensgang“ meldet, daß bei einer Hochzeit in Stongsfjorden ein Paket mit Dynamit auf 15 Personen wurde verwundet, davon vier tödlich. Das Hochzeitshaus wurde teilweise zerstört.

Briefkasten der Redaktion.

Eine Tinentin. Bevor wir Ihre Mitteilung über den Fall A. veröffentlichten können, bitten wir Sie um Ihren Namen.

Juristischer Teil.

Hamburg, D. C. Nach §§ 765 bis 778 des Bürgerlichen Gesetzbuches hatten Sie als Bürge in vollem Umfang. Sie können den Einwand er-

heben, daß der § 13 über Bürgschaft auf ein Verleihen beschränkt, jedoch ist es mangels einer ausdrücklichen Beschränkung mit Ihnen sehr zweifelhaft, ob dieser Einwand vom Gericht als durchschlagend erachtet werden wird. Immerhin sollten Sie es, wenn ein Vergleich nicht erfolgt, auf einen Vergleich ankommen lassen. — Rettungslos 22. Ihr Bruder kann ohne die Besorgung, hier auch dienen zu müssen, nach Deutschland nicht zurückkehren, weil er das 31. Lebensjahr noch nicht vollendet hat. Durch den sechsmonatigen Aufenthalt im Ausland hat er allerdings keine deutsche Staatsangehörigkeit verloren, das schließt aber nicht vor dem Nachbarn. Seine Staatsangehörigkeit erhält er in Deutschland wieder, sobald er sich in Deutschland niederläßt und die Naturalisation beantragt. In wegen unerlaubten Auswanderns oder dergleichen auf Strafe erkannt, so kann diese, falls nicht Befreiung vorliegt, auch dann vollstreckt werden, wenn das Urteil Abrennender unbekannt ist. — W. Z. 100. Ohne Zweifel sind Sie im Recht. — S. J. 158. 1. Die Frau haftet nicht für die Schulden des Mannes. Schlicht der Mann einen Vertrag mit seiner Frau, durch den er beabsichtigt seine Gläubiger — zu denen gehört auch sein ausverkauft erzeugtes Kind — zu befreistellen, so ist dieser Vertrag ungültig. In welcher Form der Vertrag geschlossen ist, ist gleichgültig. 2. Wegen die später entfallenden 3. In die Besorgung gesundheitsgefährdend, so sind Sie verpflichtet, auf Aufhebung des Vertrages zu klagen: Die Gesundheitsgefährdung müssen Sie beweisen. — W. Z. 100. — Seiten 1903. Inwieweit die Ermächtigung des Arztes rechtfertigt, daß Sie zur Vertretung der Prozeßkosten unvermögend sind, das Zeugnis überreichen Sie dem Prozeßgericht (Landgericht Berlin II, Palasthof), legen dar, weshalb Sie klagen wollen und durch welche Beweismittel Sie Ihre Behauptungen erweisen wollen und beantragen Bewilligung des Armenrechts.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Donnerstag, 5. November. Anfang 7 1/2 Uhr: Cypernhaus. Die Entführung aus dem Serail. Schauspielhaus. König Johann. Deutsches. Rote Räder. Berliner. Roter Lampe. Vesting. Der Sturmgewalt Sokrates. Weiden. Der Trompeter von Säckingen.

Neues. Salome. Vorher: Der Nummerjäger. Residenz. Das große Geheimnis. Central. Bruder Straubinger. Thalia. Der Hochzeitsch.

Anfang 8 Uhr: Neues Cypertheater. Dorfmuhsanten. Schiller O. (Wallner-Theater.) Die Stützen der Gesellschaft. Schiller N. (Friedrich-Wilhelmstadt.) Liebel. Litteratur.

Vello-Alliance. In Vertretung. Kleines. Elektra. Vulkan. Der Flaxer von Kirchfeld. Carl Weiss. Der Trompeter von Säckingen.

Trianon. Biscotte. Deutsch-Amerikanisches. Ueber'n großen Teich. Apollo. Frühlingsluft. Spezialitäten.

Metropol. Durchlaucht Radieschen! Casino. Berliner Nachspiel. Hotel Klingebusch. Winter-Garten. Spezialitäten. Passage-Theater. Spezialitäten. Reichshallen. Seltener Säng.

Wolff. Das Liebesparadies. — Spezialitäten. Urania. Taubenstrasse 48/49. Um 8 Uhr im Theater: An den Seen Ober-Italiens.

Um 8 Uhr im Hörsaal: Dr. F. Ristenpart: Sterne und Sternbauten. Sternwarte Invalidenstrasse 57/62.

CASTANS PANOPTICUM Friedrichstr. 165. Indianer-Riese. Mianko Karoo. Die zusammengewachsenen Lebend. Schwestern! Lebend. Baren-Riese. Andries Venter. ehemal. Leibsoldat des Präsidenten Paul Krüger von Transvaal.

Neues Theater. Schiffbauerdamm 4a-5. Salome. Vorher: Der Kammerjäger. Anfang 7 1/2 Uhr.

Central-Theater. Täglich 7 1/2 Uhr: Bruder Straubinger. Operette in 3 Akten von Edm. Eysler. Dritte Freitag-Abonnements-Sort: 7 1/2 Uhr: Orpheus in der Unterwelt. Sonnabendnachmittag 4 Uhr, halbe Preise, jeder Erwachsene 1 Kind frei. Kinder-Vorstellung: Der gefittete Kater.

Luisen-Theater. Abends 8 Uhr. Der Pfarrer von Kirchfeld. Freitag zum erstenmal: Die Logenbrüder. Sonnabend: Krieg im Frieden. Sonntagnachmittag: Maria Stuart. Abends: Die Logenbrüder. Montag: Das Räthchen von Hettbrunn.

Belle-Alliance-Theater. Stürmischer Heiterkeitserfolg! In Vertretung. Ein Soldatenschmuck in 3 Akten von Heinz Gordon. Anfang 8 Uhr. Morgen und folgende Tage: In Vertretung. Sonntagnachm. 3 Uhr: Die Kinder der Exzellenz.

Apollo-Theater. Zum 30. Male: Frühlingsluft. Operette in 3 Akten von weiland Josef Strauss. Im Blütenhochzeit. Ballett von Louis Gundlach. Die neuen November-Spezialitäten. 3 Eitners. 4 Madeaps. Gehr. Willé. Georg Schicklay. The Bucifals. Der Kosmograph. Anfang 8 Uhr.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater). Donnerstagabend 8 Uhr: Die Stützen der Gesellschaft. Schauspiel in 4 Akten von Henrik Ibsen. Deutsch von Wilhelm Lange.

Freitagabend 8 Uhr: Liebel. Hierauf: Litteratur. Sonnabendabend 8 Uhr: Liebel. Hierauf: Litteratur.

Schiller-Theater N. (Friedrich-Wilhelmstadtisches Theater). Donnerstagabend 8 Uhr: Liebel. Schauspiel in 3 Akten von Arthur Schnitzler. Hierauf: Litteratur.

Freitagabend 8 Uhr: Der Tallman. Sonnabendabend 8 Uhr: Die Ehre.

Cirkus Schumann.

Heute, Donnerstag, den 5. November, abends 7 1/2 Uhr: Die ersten dressierten

Sis- und Kragenbären in Berlin. Demonstration der Darwinschen Theorie: August, der mimische Affe. Frühling, Sommer, Herbst, Winter. Barifer Ballett-Abentheur.

Die größte Löwengruppe der Welt: 25 männliche Weibchen. Löwen. 25 Herrn Jul. Seeth

Deutsch-Amerikanisches Theater 67/68 Köpenickerstr. 67/68. Jeden Abend Anfang 8 Uhr: Gaßspiel Adolf Philipp. Ueber'n großen Teich. Weitere Bilder mit Gesang aus dem Leben der Deutsch-Amerikaner in 5 Akten von Adolf Philipp.

Passage-Theater Anfang Sonntags 3 Uhr, Wochentags 5 Uhr. Anfang der Abendvorstellung 8 Uhr. Das durchweg neue November-Programm: Pertina. Das Tanzphänomen, übertrifft alles bisher in diesem Genre Gesehenes. Johannes Cotta, Berliner. 14 neue glänzende Nummern.

Carl Weiss-Theater. Große Frankfurter Straße 132. Amor in Widsch. Anfang 8 Uhr. Sonnabendnachm. 4 Uhr: Robinson Crusoe. Sonntagnachm. 5 Uhr: Maria Stuart. Freitag zum erstenmal: Die kleine Braune. Operette in 3 Akten von B. Dvořak.

W. Noacks Theater. Direktion: Robert Dill. Brunnenstrasse 16. Grosse Extra-Vorstellung: Mutterlegen. Schauspiel mit Gesang in 5 Akten. Anfang 8 Uhr. Nachher: Ball.

Stadt-Theater Moabit 311-Moabit 47/49. Donnerstag, den 5. November 1903: Bernhard Rose-Theater-Ensemble. Wohlthäter der Menschheit. Schauspiel in 3 Akten v. J. Philipp. Anfang 8 Uhr. Sonntag: Kean oder: Genie und Leidenschaft.

Reichshallen Stettiner Säng.

Casino-Theater. Lothringenstr. 37. Anf. 8, Sonnt. 7 1/2. 8 Uhr: Berl. Nachspiel. 8 1/2 Uhr: Verch. Wolff. Gaßspiel Kapiti. Partien. 9 1/2 Uhr: Hotel Klingebusch. Sonntagnachm. 4 Uhr: Elternoles

Morgenshunde hat wirklich Gold im Munde, wenn man regelmäßig Athreiners Malzaffee zum Frühstück trinkt, — nämlich das Gold der Gesundheit, Ruhe und Arbeitslust!

IX. Berliner Saison. Cirkus Busch. Donnerstag, den 5. November, abends 7 1/2 Uhr: Ritter v. Renruff. Schulreiter. Mademoiselle de Roistein. Schulreiterin. Spanische Schulquadrille. Berliner Winterfreuden humorist. Manège. Schmitz. Miss Claire Heliot. Löwenbraut. Paul Münders. Schleifenfahrt u. Todessprung.

Königstadt-Kasino. Holzmarktstr. 72. Ecke Alexanderstr. Täglich: Das glänz. November-Programm mit Franz Sobanski. Des kolossalen Erfolges wegen noch einige Tage: August auf Urlaub. Nach der Vorstellung: Mittw., Sonnab., Sonnt.: Tanz.

Sanssouci. Kolonialer Thor — Einl. der Hochbahn. Jeden Sonntag, Montag u. Donnerstag: Hoffmanns Norddeutsche Säng. Nach jeder Solose: Tanzkränzen. Jeden Dienstag: Theater-Abend.

Neue Welt Arnold Scholz Hasenheide No. 108/114. Jeden Donnerstag: Bernh. Rose-Theater-Ensemble. Zum erstenmal: Die Maschinenbauer von Berlin. Nach der Vorstellung: Familien-Kränzchen. Lang frei. Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf. Voranzeige! Dienstag, den 17. November er.: Grosse Konzert des Berliner Lehrer-Gesang-Vereins.

Palast-Theater Feen-Palast. Burgstr. 22. Sensations-Revität. Das Liebesparadies und das grandiose Programm. Freitag, den 6. November 1903: Elite-Extra-Vorstellung: Die Cameliendame. Schauspiel von Dumars in 5 Akten. Gaßspiel erster Schauspielkräfte.

Fröhels Allerlei-Theater. v. Puhmanns Vaudeville-Theater, Schönhauser Allee 148. Inhaber: Wilhelm Fröbel. Jeden Freitag: Gaßspiel Berliner Volks-Theater. Jeden Sonntag 5 Uhr: Grosse Extra-Vorstellung der Norddeutschen Säng. Nach der Vorstellung: Um 10 Uhr: Grosse Ball. Jeden Mittwoch 8 Uhr: Grosse Elite-Vorstellung: Norddeutsche Säng und Ball. Entree 30 Pf. Sperrüh 50 Pf.

WINTERGARTEN Neues Programm: Saharel australische Tänzerin. Emil Sondermann Humorist vom Central-Theater Berlin. Lucie Krall Bravoursängerin. Ida Fuller in ihrer elektr. Sensat. „Feuer und Wind“. Urbani u. Sohn Gymnastiker. Lambert Klavierhumorist. The Great Goldin Illusionist. Les Agout's Humorist. Jongleur. Hadj Abdullah Arab. Gymnastiker. Eggor Rieser Tyrol. Gesangsgruppe. O. K. Sato Komischer Jongleur. „Pariser Luft“ Ballet. Der Biograph.

Dem Astenmacher Maxe zu seinem heutigen Siegesfeste ein dreimal donnerndes Hoch! K. T. A. T. A. F. A. Sch. Aber Maxe, heute machen wir gegenseitige Arbeit. 100216

Socialdemokratischer Wahlverein für den I. Berl. Reichstags-Wahlkreis. Todes-Anzeige. Am 2. November verstarb unser Mitglieb, der Kohlenhändler Wilhelm Ringmann, Parochialstr. 19. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet am Freitag nachmittags 3 Uhr von der Reichshalle des Nikolai-Kirchhofes, Prenzlauer Allee 7, aus statt. Um rege Theilnahme ersucht 236/14 Der Vorstand.

Allen Freunden und Bekannten hiermit zur Nachricht, daß meine liebe Frau und unsere gute Mutter Anna Pfalzgraf, geb. Laade, am 4. d. Mts. im 43. Lebensjahre verstorben ist. Die Beerdigung findet am Sonntag, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Nazareth-Kirchhofes aus statt. Oskar Pfalzgraf nebst Kindern. 23266

Todes-Anzeige. Am 2. November verstarb nach kurzem Krankenlager mein lieber Mann, der Gastwirt August Grunow. Um stille Theilnahme bittet Marie Grunow geb. Jacob. Die Beerdigung findet Freitag, den 6. November, nachmittags 2 Uhr, vom Trauerhause Fruchtstrasse 63, aus nach dem Central-Friedhof, Friedrichsfelde, statt. Dankeagung. Für die vielen Beweise herzlicher Theilnahme und reichen Kranzspenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes, meines Bruders, Schwagers und Onkels, des Arbeiters 3017b Wilhelm Schmolling sagen wir allen Verwandten und Bekannten, insbesondere dem Bau-Handwerker-Verein Deutschlands, dem Arbeiter-Kameraden, dem Rauchtub „Zufriedenheit“, R. d. U. R. N. unsern herzlichsten Dank. Alsdort, den 4. November 1903. Die trauernden Hinterbliebenen.

Anfertigung feiner Herren u. Damen Garderobe, bessere Damen-Jackets auf Lager, elegante Ausführung, geringe Teilzahl. J. Kurzberg, Neue Königstr. 47. direkt am Alexanderplatz.

Andreas-Garten, Androstr. 26. Kleine und große Gärten zu Vermahlung, Hochzeiten und Festlichkeiten noch einige Sonnabende zu vergeben. Fremdenlogis, Regellöben. Für gute Speisen und Getränke in bester Gelfort 22342 Franz Merkowski. Heute, Donnerstagabend: Frische Blut-u. Leberwurst.

Bruch-Pollmann empfiehlt sein Lager in Bruchbandagen, Leibbinden, Geradehalter, Spritzen, Suspensoren, sowie sämtliche Artikel zur Krankenpflege. Eigne Werkstatt. Lieferant! Preis u. Hilfs-Krankentafeln Berlin C., 28342

30. Finien-Straße 30. S.N.B. Alle Bruchbänder mit elastischen Belagen, angenehm und weich am Körper.

Fries für dicke Portieren in allen gangbaren Farben. Breite 130 cm 160 cm Preis p. Mtr. 1,75-3,50, 2,25-4,25 Muster-Kollektion franco! Abgepasste Fenstermängel in all. Farben 3,50, 4,50 u. 6 M. Teppich-Haus Emil Lefevre Berlin S. Oranienstr. 158.

DAMEN die viel Geld sparen wollen, können ihre Paletots, Jacketts, Kostüme und Röcke im Engros-Geschäft von A. Schwarz, Wassmannstr. 1, Ecke Landwehrerstr., 1. Etage, besichtigen.

Nickel-Remont-Uhren von 5 M. an. Silber-Remont-Uhren 8. Gold-Remont-Uhren 15. Regul.-Nussb.-Uhren 9. Reelle schriftliche Garantie. E. Möbis, 82 Koppen-Strasse 82 3 Min. v. Schl. Bahnh.

Dr. Schünemann Spezialist für Haut-, Genu- und Frauenleiden. Seydelstr. 9. 12-1/3, 1/6-1/8, Sonnt. 9-11

Reste! Herren-Stoffe, Damen-Luche usw. Tuchfabrik-Niederlage Berlin C., Rosstr. 2, Koch & Seeland.

Reste! Herren-Stoffe, Damen-Luche usw. Tuchfabrik-Niederlage Berlin C., Rosstr. 2, Koch & Seeland.

Reste! Herren-Stoffe, Damen-Luche usw. Tuchfabrik-Niederlage Berlin C., Rosstr. 2, Koch & Seeland.

Reste! Herren-Stoffe, Damen-Luche usw. Tuchfabrik-Niederlage Berlin C., Rosstr. 2, Koch & Seeland.

Reste! Herren-Stoffe, Damen-Luche usw. Tuchfabrik-Niederlage Berlin C., Rosstr. 2, Koch & Seeland.

Reste! Herren-Stoffe, Damen-Luche usw. Tuchfabrik-Niederlage Berlin C., Rosstr. 2, Koch & Seeland.

Reste! Herren-Stoffe, Damen-Luche usw. Tuchfabrik-Niederlage Berlin C., Rosstr. 2, Koch & Seeland.

Reste! Herren-Stoffe, Damen-Luche usw. Tuchfabrik-Niederlage Berlin C., Rosstr. 2, Koch & Seeland.

Reste! Herren-Stoffe, Damen-Luche usw. Tuchfabrik-Niederlage Berlin C., Rosstr. 2, Koch & Seeland.

Reste! Herren-Stoffe, Damen-Luche usw. Tuchfabrik-Niederlage Berlin C., Rosstr. 2, Koch & Seeland.

Reste! Herren-Stoffe, Damen-Luche usw. Tuchfabrik-Niederlage Berlin C., Rosstr. 2, Koch & Seeland.

Reste! Herren-Stoffe, Damen-Luche usw. Tuchfabrik-Niederlage Berlin C., Rosstr. 2, Koch & Seeland.

Reste! Herren-Stoffe, Damen-Luche usw. Tuchfabrik-Niederlage Berlin C., Rosstr. 2, Koch & Seeland.

Reste! Herren-Stoffe, Damen-Luche usw. Tuchfabrik-Niederlage Berlin C., Rosstr. 2, Koch & Seeland.

Freitag, den 6. November, abends 8 Uhr:

4 Partei-Versammlungen

in folgenden Lokalen:

1. Landtags-Wahlkreis

(umfassend die Stadtbezirke 6-20, 144, 283-284 vom ersten Reichstags-Wahlkreis und 21-73 vom zweiten Reichstags-Wahlkreis)

im Saale der **Bockbrauerei, Tempelhofer Berg.**
Referent Genosse **H. Schubert.**

2. Landtags-Wahlkreis

(umfassend die Stadtbezirke 1-5 und 74-144)

Sansouci, Kottbuserstr. 4a.

Referent Genosse **Theodor Glocke.**

3. Landtags-Wahlkreis:

Generalversammlung des 6. Reichstags-Wahlkreises
und der Stadtbezirke 211-217 u. 279-282 des 5. Reichstags-Wahlkreises

im großen Saale des **Eiskeller, Chausseestr. 88.**
Referent Genosse **Barthels.**

4. Landtags-Wahlkreis

(umfassend die Stadtbezirke 192-210 des 5. Reichstags-Wahlkreises und den 4. Reichstags-Wahlkreis, Ost)

in **Lipps Brauerei, Am Friedrichshain.**
Referent Genosse **Heimann.**

Tagesordnung in allen Versammlungen:

1. Vortrag über: „**Welche Forderungen stellen wir an den preussischen Landtag?**“

2. Diskussion.

3. Aufstellung der Kandidaten.

Um zahlreichen Besuch wird gebeten.

Centralverband der Maurer Deutschlands.

Zahlstelle Berlin.

Freitag, den 6. November 1903, abends 8 1/2 Uhr:

Ausserordentliche Mitglieder-Versammlung

im großen Saale des **Gewerkschaftshauses, Engel-Ufer 15.**

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Genossen **C. Logon** über: „Der steigende Einfluss der **Gewerkschafts-Organisation**“. 2. Diskussion. 3. Abrechnung des Kassierers vom dritten Quartal 1903. 4. Verbandsangelegenheiten.

NB. Bitte Kollegen! In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung ist es Pflicht eines jeden Verbands-Kollegen, in dieser Versammlung zu erscheinen. Es erwartet deshalb recht regen Besuch mit kollegialem Gruß.
Die örtliche Verwaltung. A. U.: **Wih. Fritsch.**

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin.

Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-5. Fernsprecher: Amt VII, 353

Freitag, den 6. November, abends 6 1/2 Uhr, in der **Kronbrauerei, Alt-Moabit 47-48:**

Metallarbeiter-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Die Kämpfe in der Metallindustrie. Referent: **Verbands-**
vorstehender Kollege Schilde-Stuttgart.

2. Diskussion. 190/16

Zahlreiches Besuch erwartet. Die Ortsverwaltung.
Den Mitgliedern der erweiterten Ortsverwaltung zur Nachricht, daß die
Sitzung am 5. November ausfällt. D. D.

Steinarbeiter.

Sonntag, 8. November, vormittags 10 Uhr, im **Gewerkschaftshaus,**
Engel-Ufer 15, Saal VII:

Mitglieder-Versammlung

Tages-Ordnung:

1. Abrechnung vom Herbst. 2. Vortrag des Genossen **M. Schütte**
über: „Die **Lohnstrafe**“. 3. Verschiedenes. 179/13

Zahlreiches Erscheinen erwartet. Der Vorstand.

Phrenologischer Lichtbilder-Vortrag

morgen, Freitagabend, 8 1/2 Uhr, **Kommandantenstr. 20:**

Ein **Blick ins Nerven- und Gehirnleben.**

Eintritt nicht bezahlte 20 Pfennige. Männer und Frauen willkommen.
Naturheilverein „Reform“, **Aranahalt Köpenickerstr. 72.**

Wäsche.

Nur eigenes Fabrikat.

Baby- und Kinder-Wäsche × Damen- und Herren-
Hemden × Nachtjacken, Beinkleider × Fertige Bezüge,
Laken, Inletts × Tischtücher, Servietten, Gedecke,
Handtücher, Wischtücher, Taschentücher × × × ×

Fertige Betten, Bettfedern

in gediegenster Auswahl und zu billigsten Preisen empfiehlt

J. Nahrstedt, Wrangelstr. 40/41.

Größtes Special-Geschäft für Wäsche, Leinen und Baumwollwaren
im Südosten. 3068L

Sparverein Süd-Ost - Eigenes Spar-System.

III. Wahlkreis.

Sonntag, den 8. November, abends 6 1/2 Uhr, in dem großen Saal
der **Arminhallen, Kommandantenstr. 20:**

Versammlung mit Frauen.

Vortrag des Genossen **Dr. Alboty** über: Das **Proletariat** und die **Kunst**.
Neuauflage: **Gefelliges Beisammensein.** Reges **Beteiligung** erwartet.
Der **Einberufer.**

Freie Volkshühne.

Sonntag, den 8. November, 2 1/2 Uhr:

Metropol-Theater.
5./6. Abteilung

Lessing-Theater.
16. Abteilung

Der **Widerspenstigen Zähmung.**

Nathan der Weise.

Winterfest: Offenbach-Abend:

Sonnabend, den 14. Novbr., 8 Uhr,
in der **Brauerei Friedrichshain.**

U. a.: **Die Verlobung unter der Laterne.**
Hansi weint und Hansi lacht.
Der Zaubergeiger.

Liederspiele. * Couplets. * Konzert etc.

Festmarken a 50 Pf. in allen Zahlstellen.

Der **Vorstand.** I. A.: **G. Winkler.**

Vorwärts-Buchhandlung

SW., **Lindenstrasse 69, Laden.**

Billige Klassiker - Ausgaben:

Börne, in Leinen, 3 Bände 6,-	Kleist, in Leinen, 1 Band 1,75
in Halbleder, 3 9,50	Körner, in Leinen, 1 Band 1,60
Bürger, in Leinen, 1 Band 1,75	in Halbleder, 1 2,40
in Halbleder, 1 2,75	Lenau, in Leinen, 1 Band 1,75
Brinckmann, in Leinen, 1 Bd. 2,-	in Halbleder, 1 2,70
in Halbleder, 1 3,-	Lessing, in Leinen, 3 Bände 5,-
Chamisso, in Leinen, 1 Band 1,75	in Halbleder, 3 7,50
in Halbleder, 1 2,70	Ludwig, in Halbleder, 2 Bd. 6,-
Eichendorff, in Leinen, 2 Bd. 3,50	Novalls ausgewählte Werke
ausgewählte Werke	in Leinen, 1 Band 2,-
in Leinen, 1 Band 1,25	in Halbleder, 1 3,-
Freiligrath, in Leinen, 3 Bd. 15,-	Reuter, billige Volksausgabe
Gaudy, in Leinen, 1 Band 1,50	in Leinen, 4 Bände 10,-
Goethe, in Leinen, 4 Bände 6,-	in Leinen, 8 12,-
in Halbleder, 6 10,-	Rückert, in Leinen, 3 Bände 6,-
in Halbleder, 6 15,-	Schiller, in Leinen, 4 Bände 6,-
Grillparzers Reiterdramen	in Halbleder, 4 9,50
in Leinen, 1 Band 1,75	Shakespeare, in Leinen, 4 Bd. 6,-
Hauff, in Leinen, 2 Bände 3,50	in Halbleder, 4 Bd. 9,50
Hobbel, in Leinen, 4 Bände 6,-	Stifter, in Leinen, 4 Bände 6,-
Heine, in Leinen, 4 Bände 6,-	Storm, in Leinen, 4 Bände 24,-
in Halbleder, 4 9,50	Unland, in Leinen, 1 Band 1,75
Hoffmann, in Leinen, 4 Bd. 8,-	in Halbleder, 1 2,70

Honig! Universalität. Deutscher
Gemeinschafts-Verlag. Berlin.
verf. die 10 Bände zu 7,00 M., 5 Bde.
1,50 M. franco. Garantiert. Rücknahme.
**E. Reil, Nordloh, Bahnhofs-
Kugelfeldstr., Tübingen.**

Königsberger-

Geld-Lotterie.

Ziehung:
11.-10. November

0241 Geldgewinne baar
ohne jedes Anzugh zahlbar von Mk.

200000

Hauptgewinn: Mark

50000

20000

10000

etc. etc. etc.

Originallose à 3 Mark

Für Porto und Liste 30 Pf. extra.

Oscar Bräuer & Co. Nachf.

G. m. b. H. Bank-Geschäft

Berlin W. Friedrichstr. 181.

Filialen:

NW. **Wilsnackerstr. 63.**

O. **Andreasstr. 46a.**

SO. **Oranienstr. 177.**

Reste

C. PELZ

4. **Kottbuser Strasse 4.**

Dr. Simmel, Prinzen-

Str. 41,

Spezialarzt für **135/16**

Haut- und Harnleiden.
10-2, 5-7. Sonntag 10-12, 2-4

Berliner Ressource

Kommandantenstr. 57.

Hochelegante Festsäle für 500 bis 1000 Personen,
empfehlen zu **constanten Bedingungen**

01822

Adolf Stein.

Sonnabende und Sonntage noch frei.

Wählen Sie zwischen Spiritus- und Petroleum-Beleuchtung,

so beachten Sie, dass

Petroleum

die Bassins und Lampen durch Schwitzen
stets unrein hält,
tägliches Reinigen des Cylinders erfordert,
tägliches sorgfältiges Putzen des Dochtes
verlangt,

blakt und riecht,
stark belastigende Hitze ausstrahlt,

ein mattes gelbes Licht giebt,

gegen Wind und Luftzug leicht empfind-
lich ist,
nach dem Anzünden ein wiederholtes
Regulieren der Flamme erfordert,
pro 10 Hefnerkerzen und Stunde 9/10 Pfg.
kostet.

Man verlange nur

Spiritus-Glühlicht-Brenner

für **Innen- und Aussenbeleuchtung,**

welche von der **Centrale für Spiritus-Verwertung, Berlin,** geführt werden.
Für die meisten Verwendungsarten wird der von uns neuerdings in den Verkehr gebrachte
Amor-Brenner geeignet sein. Unsere Brenner sind erhältlich in den einschlägigen
Geschäften oder in unserm Ausstellungs- und Verkaufsfokal

BERLIN NW. 7, **Friedrichstr. 96,** gegenüber dem Central-Hôtel.

Brennspritus Marke „Herold“

in Patentflaschen mit Original-Verschluss

Original-Literflasche: ca. 90 Vol. % 25 Pfg., ca. 95 Vol. % 30 Pfg. excl. Glas.

Überall erhältlich!

CENTRALE FÜR SPIRITUS-VERWERTUNG G. m. b. H., BERLIN NW. 7

Friedrich-Strasse 96.

Special-Katalog über Spiritus-Glühlicht-Brenner, Spiritus-Heizöfen, -Kocher und -Bügeleisen
versenden wir auf Wunsch gratis und franco. 3094L

Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Größere Inserate bitten wir vorher anzumelden und bis 4 Uhr nachmittags einzusenden. Die Expedition.

Warenhaus A. Wertheim

Leipzigerstr. 132/135 (Versand-Abteilung) —
Rosenthalerstr. 27/29. — Oranienstr. 52/55

Extra-Preise Donnerstag, Freitag, Sonnabend sobald der Vorrat reicht

Ein Posten

Herren-Winter-Paletots

aus dunkelgrauem Cheviot bedeutend unter regulärem Wert **28 Mk.**

Herren-Winter-Joppen meliert Lodenstoff mit grauem Futter 5.80, 7.20 Mk.
Herren-Beinkleider aus kräftigen Winterstoffen, dunkel gestreift 5.20, 6.90 Mk.

Schuhwaren

Herren-
Rossleder-Schnürstiefel 6.75
Box-Calf-Schnürstiefel 9.75, 11.80
Chevreau-Schnürstiefel 11.80 Mk.
Wichskalb-Schnürstiefel 12.50 Mk.
Box-Calf-Zugstiefel 11.80 Mk.
Chevreau-Zugstiefel 11.80 Mk.
Wichskalb-Zugstiefel 12.50 Mk.
Filz-Pantoffel mit Filzsohle 1 Mk.
Filz-Schuhe 1.60, 2.25 mit Filz- und Ledersohle 2.15
Filz-Schnallenschuhe 3.60

Damen-
Lasting-Steppschuhe 1.90
Rossleder-Hausschuhe 2.95
Chagrin-Hausschuhe braun, gefüttert 3.35
Safian-Hausschuhe braun, rot, Holzabsatz 3.85
Chagrin-Hausschuhe rot, mit Absatzflack 3.95
Rossleder-Schnürschuhe 3.60
Rossleder-Knopfschuhe 3.60
Schnür- oder Knopfstiefel Chevreau 7.85, 10.25, Box-Calf 10 Mk.
Rossleder-Spangenschuhe 3.60

Knaben-Garderobe

Blusen-Anzüge blau für ca. 2-4 5-6 7-9 Jahre
Cheviot mit Satin-Überkragen 5 Mk. 5.50 6.25 Mk.
Winter-Paletots grau und blau Cheviot 5.25 6 Mk. 7 Mk.
Schul-Anzüge grau für ca. 3-4 5-6 7-8 9-10 Jhr. meliert hochgeschlossen, Beinkleid gefüttert 6.50 7.50 8.50 9.50 Mk.
Winter-Joppen für ca. 8-10 11-14 15-17 Jahre meliert Lodenstoff 3.75 4.25 5 Mk.

Damen-
Filz-Pantoffel 78 u. 90 Pf.
Filzschuhe 1.25, 1.70, mit Filz- u. Ledersohle 1.70, 2.40
Filz-Schnallenschuhe 3.05 Mk.
Kinder-
Schnürstiefel Nr. 27-30 31-35 genarbt, Kalbleder 5.20, 5.85
Knopf- u. Schnürstiefel Box-Calf 5.40 6.30
Knopf- u. Schnürstiefel Nr. 21-24 25-26 Box-Calf 3.45 4.10
Nr. 24-29 30-35
Kinder-Filzschuhe 88 Pf., 1.10 1 Mk.

Jedes Wort: **5 Pfennig.** Nur das erste Wort fett. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen.

Anzeigen für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 2 Uhr, für die Vorortabteilung bis 1 Uhr, in der Hauptexpedition Lindenstr. 55, bis 4 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Kleine Restauration billig zu verkaufen wegen Uebernahme einer Kantine. Anders, Eldenburgerstraße 22.
Materialgeschäft, gutgehend, wegen ander. Unternehmungen billig veräußert. Hildorf, Wallerstraße 14.
Gardinenhaus Große Frankfurterstraße 9, parterre. 437*
Hochvernehmte Herrenanzüge, Winterpaletots, feinsten Wollstoffen herrührend, 18,00—38,00, Beinkleider 8—11 Mark. Deutsches Versandhaus, Regerstraße 63, 1. Etage. 19088*
Wo wohnt denn Schließer? Meinem Sie das Garderobengeschäft! Na! Turmstraße 85, geradeüber der Markthalle, neben der Heilandstraße, am kleinen Tiergarten, am Arminiusplatz. Genügt das? Schon gut! Ich finde schon. 19281*
Winterpaletots, Remonturwaren, Uhrketten, sportbillig. Reichhaus, Reanderstraße 6. 33/14*
Teppiche, Gardinen, Ränder, Vorhänge, Betten, Steppdecken, Regulatoren, sportbillig. Reichhaus, Reanderstraße 6. 33/14*
Spiegel, Silber, Möbel, sportbillig. Reichhaus, Reanderstraße 6. Teilzahlungen gestattet. 33/14*
Steppdecken, sportbillig, Fabrik. Reinderstraße 20. 499*
Herrenanzüge und Paletots, extra gute und hohe Qualität, Modellsachen sehr preiswert. Julius Lindemann, Große Frankfurterstraße 141, Ofen-Feuchtschneide. 19758*
Weiße Herrenhüte, gute Qualität, Stück 95 Pfennig. Bessere Sachen enorm billig. Quilber, Comptoir Kaiserstraße 25A, früher Hermannstraße 4 und 5. Sonntag geöffnet.*
Krankefahrstühle für Zimmer und Straße käuflich und leihweise in allen Preislagen. Kopp, Kaiserstraße 95.
Kanarienhähne, Anorr-, Hohl- und Klingelröhler, große Auswahl, verkauft Großhändler Krebs, Köpenickerstraße 154a, IV. 7144

Teppiche! (schlechte) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Berlin, Gadescher Markt 4, Bahnhof Börse. 93/2*
Teppiche (etwas schlechte) in großer Auswahl, für die Hälfte des regulären Wertes. Teppichhaus, Königstraße 28. 32/9*
Vorwärtsleiter! Wo kaufen Sie am billigsten, besten und dauerhaftesten Hute, Hüten, Pelzwaren, Schirme, Strawatten etc.? Nur bei Zimmermann, Hordorferstraße 50.
Gelegenheitskäufe: Paletots, Anzüge, Socken, Betten, Koffer, Operngläser, Messer, Revolver, Teleskope, Goldschmuck, Uhren, Ketten, Ringe, Regulatoren, Messzeuge, Harmonika, Geigen, Silberm. sportbillig. Rude, Oranienstraße 131. 29635*
Wäschegarnitur ist billig zu verkaufen bei Schmalz, Bergstraße 2.
Teppiche mit Gardinenleinen. Fabrikneberlage Große Frankfurterstraße 9, parterre. 737*
Musikwerte, selbstspielende, Teilzahlungen. Invalidentstraße 118 (Eingang Bergstraße), Eiläherstraße 40.*
Nähmaschinen ohne Anzahlung, monatlich 1,00 auch (Postkarte) Wasserburgerstraße 14. 460*
Nähmaschinen!!! 8,00, 10,00, 15,00, 18,00, 20,00, 25,00, 30,00. Nur beim Kaufmann reell Brauchbar. Kleen-Kaufhaus, Garant. Brunnenstraße 119. 4137*
Nähmaschinen sämtlicher Systeme, ohne Anzahlung. Woche 1,00, gebraucht 12,00. Frankfurter Allee 10, am Ringbahnhof. SO. Dienstadtstraße 8. S.W. Belleallianstraße 78. N. Adlerstraße 113. 4139*
Nähmaschinen! Ringhiff, Adler, Central-Bobbin, Orion, Lambourier, Wheeler u. Wilson, Elastic, Säulen, u. a. m. Prima Qualität, solide und elegante Ausstattung, Werke billig, bei Abzahlung coulante Bedingungen. Drei Jahre reelle Garantie. E. Beckmann, Goltzowstraße 26, nahe der Randsbergerstraße. Alle Maschinen nehmen in Zahlung. 17258*
Nähmaschinen, Fahrräder, Kleen-Kaufhaus, außergewöhnlich preiswert. Wandlitzhaus, Sendelstraße 16. 30136

Ringhiffischen, Bobbin, Schnellnäher, ohne Anzahlung, Woche 1,00, gebrauchte 12,00. Köpenickerstraße 60/61, Grenzauerstraße 59/60 und Große Frankfurterstraße 43. 498*
Gasheiz, Sparöfen, Gasöfen, Gasbäder, Einlochgasöfen, 1,00, Invelochgasöfen 3,00, Dreilochgasöfen, Gasstratzen, Petroleumlampen - Umänderung billig! Gaslocherhaus, Hofmann, Dalmatierstraße 32. 29365*
Hochfeine Herrenanzüge und Paletots aus besten Wollstoffen 25—40 Mark. Verkauf Sonnabend und Sonntag. Versandhaus Germania, Unter den Linden 21. 19818*
Steppdecken billig! Fabrik Große Frankfurterstraße 9, parterre. 437*
Zwei Mark vierelnde Damenhemden, Herrenhemden 3,00, Vorhemden: Normalwische, Ausstattungen (solche) Leganteste Kleidemuster (sportbillig). Wäscheabrik Adolph Selomonsky, Dirschstraße 21 (Alexanderplatz). 58/14
Gaslocherapparat, Bierloch mit Beatofen, für Restaurateure geeignet, verlässlich. Oranienstraße 194 bei Rau. 30206
Taschenlöse 45 Mark, zwei Beistellen, verkauft wegen dringender Zahlungen Fr. Kelling, Friedrichstraße 135a, III. 30155
Gänse, frisch geschlachtet, veräußert jetzt nicht mehr Central-Viehhof, sondern gegenüber, Eldenauerstraße 66. (Ziergärtlich unterjucht.) Bettfedern. Paul Hoff. 36/9*
Diesjährige Rehemuster, Herrenanzüge, Winterpaletots, Prachtexemplare, sportbillig. Köpenicker Allee 72b, vorn III links. 99/16
Kuglerette 8,00, Paletotlette 8,00, Dojerette 3,00. Reiterhandlung Lichtensbergerstraße 9. 30115*
Wäschegarnitur, moderne, oder Vaneelloha veräußert Invalidentstraße 126, Hof I. 30189
Meyses Verison, noch nicht geöffnet, verkauft unterm Preis Frühling, Weihensee, König-Chaussee 83, Hof parterre. 4138

Goldbrenner moderner Bauart, sofort mit allem Zubehör sehr billig Große Frankfurterstraße 14 im Keller.
Langjähriges Grüntragegeschäft veräußert. Reichmann, Steglitzerstraße 80. 30066
Grüntram und Vorlosgeschäft umständlicher billig zu verkaufen. Hildorf, Steinmeyerstraße 29. 4130
Kanarienhähne und -Weibchen, hochgelb, billig bei Scheide, Wandlitz 8, III. 30075*
Gutes Bett, Kleiderständer, vollständige Kücheneinrichtung, acht Saucieren, Kaffee- und Milchkannen usw. (Christoffel), passend für Restaurateure, billig zu verkaufen. Pharmazeutische Agentur Köpenickerstraße 82. 30085
Verschiedenes.
Patentanmeldung, Gebrauchsmuster, Zeichnungen, komplette gediegene Ausarbeitung billig. „Angebot“, Postamt 42, Berlin. 27665
Patentanwalt Dammann, Moritzplatz 57. 25196*
Rechtsbureau (Alexander-Platz) 1 Kurzelestraße 43/44 (Gerichtsbau) Eingangselektro! Materieteilung! 58/11*
Rechtsbureau Hall, Brunnenstraße vierzig, Projektionsstand, Eingangselektro, Materieteilung. 29755*
Rechtsbureau! (Eindreschlag), Gräberweg vierundneunzig, Gerichtsbau, Eingangselektro, Materieteilung. Langjährige Erfolge! 29085
Rechtsbureau, Gerichtsbau, früherer, Andreasstraße 38. Vllig. 29826
Krankentafelbäder jeder Art, Augustabad, Köpenickerstraße 60. 1*
Kunsthöferei von Frau Klotzky, Steinmeyerstraße 49, Uebergänge hochparterre. 30146
Der Stoff hat, fertige eleganten Anzug oder Paletot nach Maß inkl. Futter von 15 Mark an. S. Leventow, Alexanderstraße 14a. 19138*
Fahrradgeschäft, auch defekt, Reparatur, Schönhauser Allee 163a. 93/19*

Zyrrungfeder-Matratzen, 18 Mark, fertigt Hermann Langner, Steberstraße 11/12 II. 29636*
Bücher kauft, bezieht Antiquariat Kochstraße 56, I. Ami VI. 3397.*
Genossen, Freunden und Kollegen zur Nachricht, daß ich Bankstraße 22 eine Restauration übernommen habe. Oswald Langner, früher Formel.*
Bereitszimmer, 40 Personen, Pianino, zu vergeben. Konstantinbantenstraße 65, Ladewig. 19738*
Wer Stoff hat? Fertige Herrenanzüge mit Futterläden 15,00. Wagner, Schneidermeister, Lichtensbergerstraße 9 (Ballhofstraße). 30106
Pfandleihen, gegründet 1860, Hilderstraße 7 bezieht Sachen jeder Art. 490*
Buchbindarbeiten vergibt Buchhandlung, Graunstraße 12. 30136
Zwei Bereitszimmer, 30 und 50 Personen, zu vergeben. Burg, Lindenstraße 3, II. Hof. 30165
Kanarienvogel kauft, Preisangabe. Konopla, Reanderstraße 7. 36/10

Ein tüchtiger, verheirateter **Werkführer** für eine Goldleisten-Fabrik, welcher alle Zweige der Fabrikation versteht, kann sofort eintreten bei **A. Elstopff, Frankensfelde** an der Ostbahn. Wir suchen zum 1. Dezember d. J. einen tüchtigen, kautionsfähigen, verheirateten 132/16
Lagerhalter. Schriftliche Offerten sind zu richten an den Vorstand des Konsumvereins **Siemens-Schubert-Werke** Charlottenburg, Franklinstr. 29.
Maschinenwärter für meinen Maschinenbetrieb gesucht. Es werden jedoch nur solche berücksichtigt, die bereits eine berufliche Stellung inne hatten. Meldungen 7—8 Uhr abends. 82202
A. Jandorf & Co., Belle-Alliancestr. 1-2.
Achtung, Stodkarbeiter! Der Zugang für Stodkarbeiter aller Branchen ist streng fern. **subalten bei Schmalig & Barta**, Thüringerstr. 18. 88/9 **Die Ortsverwaltung.**
Achtung, Holzarbeiter! In der Möbelfabrikerei von **J. Kraus, Weihensee, Langhansstraße 22**, sind Differenzen ausgedrochen. Zugang ist streng fernzuhalten. 88/11
Gelberri ist ferner **Hahn & Metzow, König-Chaussee 71. Die Ortsverwaltung.**

Der Kampf ums Majorat.

Achter Tag.

Vorsitzender Landgerichts-Direktor Leuschner eröffnet die Sitzung mit dem Aufruf der Zeugen, wobei es sich zeigt, daß noch immer eine ungeheure große Zahl von Zeugen zu vernehmen ist.

Justizrat Bronler stellt noch zwei Verweisanträge. Er beantragt die Vorladung des Baumeisters L. Antkiewicz in Warschau. Dieser soll bekunden: In der letzten Zeit habe er zufällig im Zuge von Posen nach Krakau den Zeugen Hecselki getroffen. Letzterer habe dabei erzählt, daß er nur noch für den Grafen Skwilecki Reisen mache. Jede Reise bringe ihm ein schönes Stück Geld, gelänge ihm aber die Sache, so würde er noch viel mehr erhalten. Auch soll der Zeuge Antkiewicz in der Lage sein, im allgemeinen über den Leumund des Hecselki und seine Geschäftseigenschaften Auskunft zu geben.

Weiter beantragt Justizrat Bronler die Vorladung des Grundbesitzbesizers S. Kozliski in Bronze, der über den Leumund der Angeklagten Olszowska sich äußern soll. Er soll bekunden, daß diese überall einen schlechten Leumund hat, sowohl nach der geschäftlichen als nach der menschlichen Seite, und daß sie sich sogar strafrechtlich zu verantworten haben werde.

Diese Zeugen sollen geladen werden. Rechtsanwältin Chodziesner: Graf Hector Skwilecki habe hier behauptet, daß die Uebernahme des Majorats für ihn kein Geschäft sei. Demgegenüber behaupte die Verteidigung, daß es ein glänzendes Geschäft wäre, und um dies zu beweisen, bedürfe es der Grundakten von Wroblewo. Der Gerichtshof beschließt, diese einzufordern.

Als erste Zeugin wird heute Frau Valentine Andruszewska, die Schwägerin der Hedwig, vernommen. Ihr verstorbener Mann war Möbelhändler. Vor zwei Jahren im Sommer habe die Hedwig in Briefen wiederholt über die schlechte Behandlung geklagt, die ihr in Wroblewo zu teil wurde, und um Hilfe dagegen gebeten. Sie hat dann auch von dem

Geheimnis erzählt,

genau so, wie es später zu Papier gebracht worden ist. Darauf habe die Zeugin an die Gräfin geschrieben, man wisse von dem Geheimnis und sie solle doch die Hedwig besser behandeln. Die Gräfin habe diesen Brief nicht angenommen, dann habe sie den Brief anders adressieren lassen und nun sei er angenommen worden. Die Zeugin ist dann auch mal selbst nach Wroblewo gefahren, um die Hedwig zu sprechen und der Gräfin Vorhaltungen zu machen. Sie sei dabei auffallend gut aufgenommen worden und es sei ihr gar nicht unangenehm gewesen, daß sie da zur Tafel gezogen wurde, gut zu essen und zu trinken bekam und zwischen dem gräflichen Ehepaar sitzen mußte. Sie habe dadurch keine rechte Gelegenheit gehabt, mit der Hedwig ausführlich zu sprechen. Sie habe das ganze für eine Komödie gehalten. — Auf weiteres Befragen erklärt die Zeugin: Ihr eigener Ehemann habe schon die Sache in die Hand nehmen wollen und auch schon einmal nach Krakau geschrieben. Später habe der Bruder die Angelegenheit aufgenommen. Wichtig sei es, daß nach dem Tode ihres Mannes ein Erbschaftsrecht unter den Angehörigen entbrannt sei, ihr Bruder Mag habe schließlich behauptet, daß sie einen solchen Offenbarungseid geleistet habe, und es sei eine Denunziation wegen Meineids gegen sie ergangen. Das Verfahren sei aber eingestellt worden und die Verwandten haben sich wieder friedlich vertragen. Hedwig habe sich auch einmal 98 M. von ihnen geborgt und das Geld sei, als die Hedwig auf das Vorwerk geschickt wurde, ihnen durch Hrn. Kallowska im Auftrage des Grafen zurückgezahlt worden. — Präsi.: Haben Sie denn nun die Erzählung der Hedwig über das Geheimnis geglaubt? — Zeugin: Zuerst wollten wir es nicht glauben, aber sie erzählte immer dasselbe und so haben wir es dann geglaubt. — Präsi.: Was halten Sie denn von der Hedwig? Schwärzte sie denn so etwas in den Wind hinein? — Zeugin: Sie war etwas nervös, aber sonst war sie ganz unangenehm. — Weiter bekundet die Zeugin auf Vorhalt des Vorsitzenden, daß die Gräfin einmal einer dritten Person gesagt habe, sie werde die Hedwig wegen Verleumdung verklagen. Bei dieser Gelegenheit soll die Gräfin gesagt haben: „Ein Junge ist ja hergeholt worden für den Fall, daß das zu erwartende Kind ein Mädchen werden sollte; nun ist es aber ein Knabe geworden und deshalb ist der Knabe zurückgeschickt worden. — Auf Wunsch des Ersten Staatsanwalts Steindreck muß die Zeugin die Art und Weise, wie die Hedwig zum erstenmal Mitteilung von dem Geheimnis gemacht hat, ganz genau schildern. Danach hat sie, als sie sich aufgeregt über die Behandlung durch die Gräfin beklagte, auch gesagt: die Gräfin sollte sie doch eigentlich besser behandeln, denn sie sei

Mitwifferin eines Geheimnisses.

Der verstorbene Bruder habe darauf geantwortet: „Ach, was bist Du gegen die Gräfin!“ Die Hedwig habe dann aber gesagt, sie wisse etwas von dem Knaben; das sei gar nicht das Kind der Gräfin, sie habe es vielmehr von außerhalb kommen lassen. Dann habe sie immer und immer wieder das erzählt, was sie nachher zu Papier hat bringen lassen, und dabei gesagt, daß die alte Mutter ihr das Versprechen abgenommen habe, erst nach ihrem Tode von dem Geheimnis andren Personen Mitteilung zu machen.

Die nächste Zeugin ist eine andre Schwägerin der Hedwig, die Konditorfrau Stephanie Andruszewska. Sie bekundet, daß sie von ihrer Schwiegermutter aus Wroblewo den Auftrag erhalten hatte, etwaige für sie selbst bestimmte Briefe, die an ihre (der Zeugin) Adresse ankommen würden, anzunehmen und dann unter andrem Couvert an sie zu schicken. Da sei einmal ein Brief angekommen, den sie irrtümlich geöffnet habe, weil sie glaubte, er wäre für sie bestimmt. Erst als sie ihn geöffnet, habe sie gesehen, daß dieser aus Krakau gekommene Brief für die Schwiegermutter bestimmt war. Der Brief, von dem sie nur die erste Seite gelesen, habe sie sehr erschreckt. Der Inhalt war etwa folgender: „Da eine Zeitlang vergangen ist und Sie haben nichts lassen von sich hören, so muß ich an Sie schreiben und Sie fragen, ob Sie mich nun wollen

bedenken für meine Nähe,

denn Sie werden doch nicht wollen, daß ich meine Nähe umsonst geleistet habe. Dann muß ich Ihnen noch sagen, daß Sie mir mitteilen, wo das Kind ist, der Vater will es nämlich wissen, da er das Mädchen heiraten will. Machen Sie die Sache bald richtig, denn sonst werden wir noch vor Gericht kommen und Sie werden doch nicht wollen, daß ich mit meinen weißen Haaren noch aus Gericht muß.“ Sie sei sehr erschrocken gewesen und sofort zu ihrem Manne nach der Poststube herunter gegangen und habe ihm von dem Briefe Mitteilung gemacht, der ihr gesagt, sie solle den Brief sofort zur Schwiegermutter hinschicken. Sie habe aber zunächst der Schwiegermutter geschrieben, und diese habe geantwortet, sie solle den Brief nur behalten, denn sie wolle selbst nach Posen kommen. Das geschah denn auch. Als die Schwiegermutter in Posen war, habe sie nach der Bedeutung des sehr verdächtigen Briefes gefragt und ihr gesagt, daß der Inhalt sehr beunruhigend sei. Die Schwiegermutter habe darauf geantwortet: „Ach, Dummheit, der ganze Brief hat gar keinen Wert, es handelt sich um eine sehr wenig wichtige Sache.“ Die Zeugin habe sich aber nicht beruhigt und nähere Aufklärung verlangt und darauf habe die Schwiegermutter erwidert: „Der Brief betreffe ein Dienstmädchen vom Lande und gebe gar keine Ursache zu Bedenken.“ Die Zeugin ließ sich aber noch nicht beruhigen und fragte, ob es sich etwa um die Gräfin Skwilecka handle. Darauf habe die Schwiegermutter gesagt: „Solche Sachen darfst Du nicht denken; ich werde Dich nicht belügen!“ Darauf habe die Schwiegermutter ihr die Hand gegeben und gesagt: „Nein, die Gräfin kommt dabei gar nicht in Betracht, ich gebe Dir darauf mein Wort.“ Der Ehemann Konditor Woleslaw Andruszewska schließt sich der Aussage seiner Ehefrau an und bekundet auf Befragen des

Arbeitsrates Dr. Pawlowski, daß er seine Schwester Hedwig keineswegs für dumm oder schwachsinzig halte.

Längere Zeit beanspruchte die Vernehmung des

Droschke-Lutschers Adolf Wille.

Er bekundet: Ein's Tages im vorigen Jahre hielt ich mit meinem Taxameter an einer Haltestelle in der Kochstraße. Ein Kollege hatte ein Zeitungsbillet in der Hand und las eine Bekanntmachung der Polizei vor, wonach ein Droschkenlutscher gesucht wurde, der im Jahre 1897 zwei polnisch sprechende Damen nach dem Schlesi'schen Bahnhof und von dort nach der Kaiserin Augustastrasse gefahren habe. Ich sagte zu meinem Kollegen: Lassen Sie mir mal lesen! Ich lese also die Annoncen durch und sage: Wilst Du mir das Blatt schenken? Der Kollege sagte darauf: Na ja, nimm es Dir man. Ich gehe also nach Hause und sage: Mutter, seh' Dir mal die Annonce an! Meine Frau las das Dings durch und meinte dann: Herr Gott, das bist Du wohl? Du hast ja mal erzählt, daß Du mit zwei polnischen Damen eine Fahrt gemacht hast und außer dem Fahrgeld von 6 M. noch 1 M. Trinkgeld bekommen hast. Ich sagte: Mutter, das kann am Ende sind!, worauf meine Frau sagte: Dem seh' man hin und melde Dir. Ich habe mich denn auch gemeldet. Wie ich auf der Polizei meine Aussage gemacht hatte, da stimmte die Personenbeschreibung und die Fahrt mit die Vorkakten ganz überein. — Präsi.: Nun erzählen Sie mal, was Sie von Ihrer im Jahre 1897 gemachten Fahrt noch in Erinnerung haben. — Zeuge: Am 25. oder 26. Januar 1897, jedenfalls kurz vor Kaisers Geburtstag, habe ich an der Ecke der Kaiserin Augustastrasse und v. d. Hehdstraße als Dritter mit meinem Taxameter gehalten. Ich sah auf meinem Bod und schenkte mir etwas zurecht, als gegen 2 Uhr nachmittags plötzlich zwei Damen, die verschleiert waren, in meine Droschke stiegen. Die eine hatte einen Koffer bei sich, die andre trug etwas unter dem Mantel. Darauf sagte die eine der gut angezogenen Damen zu mir: „Lutscher, fahren Sie Bahnhof Friedrichstraße.“ Das sagte sie in einem gebrochenen polnischen Deutsch. Ich nehme also meine Dede von dem Pferd, bedeckte noch zu und bin losgefahren. Unterwegs, am Kemperplatz, hat die eine Dame mir zugerufen: „Lutscher, fahren Sie nach Jannowitzbrücke!“ Die wir auf die Waisenbrücke kommen, geht gerade ein Fernzug auf der Stadtbahn vorüber, die Damen sprachen auf polnisch etwas mit einander und die eine gab mir die Weisung: „Fahren Sie nach dem Schlesi'schen Bahnhof!“ Fahren Sie gut, wenn Zug ist weg, ist sich alles verloren!“ Ich fuhr also auch zu, denn die Damen hatten mir ein gutes Trinkgeld versprochen. Wie wir am Schlesi'schen Bahnhof anlangen, sagte die eine Dame: „Lutscher, haben Sie

Zeit zum Warten?“

worauf ich natürlich sagte: „Na, gewiß doch!“ (Heiterkeit.) Die Damen stiegen also aus und die eine nahm den Koffer mit. Na, es verging dann eine Viertelstunde, eine Halbestunde, es wurden drei Viertelstunden und da fing mir an zu frieren, ich bin rüber gegangen in die Kneipe und habe mir ein bißchen aufgewärmt. (Heiterkeit.) Ja na, es war kalt; wir hatten 18 Grad Kälte. Wie ich rauskam, kamen auch die Damen wieder an; die eine hatte noch immer etwas unter dem Mantel verborgen, sie sah sogar etwas dicker aus wie vorher, aber der Koffer war nicht mehr da. Die andre Dame hat mir dann einen Zettel gegeben, auf welchem zwei Straßen und Nummern angegeben waren; zu oberst stand Charlottenstraße 56. Ich fuhr erst dahin, die eine Dame stieg aus, kam aber nach 5 Minuten wieder. Dann rief die Dame: Lutscher, fahren Sie nach Kaiserin Augustastrasse!“ Als ich die Hohenzollernstraße bereits durch war und nur noch drei Häuser von der Kaiserin Augustastrasse ab war, hielt es plötzlich: „Lutscher, halten!“ Ich hielt an und die Dame zahlte mir die Fahrt und das Warten mit 6 Mark, wobei sie das Geld schon abgezählt in der Hand hatte. Natürlich hat sie mir auch noch 1 Mark Trinkgeld gegeben. Dann entfernten sich die Damen nach der Kaiserin Augustastrasse zu. Ich habe nachher meiner Frau erzählt, daß ich einen guten Tag gehabt habe, da mir zwei polnische Frauen eine Mark Trinkgeld gegeben haben; wenn ich am Kaisergeburtstage auch noch ein solches Glück hätte, dann wäre ich zufrieden. Meiner Frau habe ich die ganze Geschichte erzählt und die Frau hat gesagt: Herrje, vielleicht haben die Frauen ein Kind tot gemacht, vielleicht war in dem Koffer noch das Skelett des toten Kindes vorhanden und sie haben es beiseite gebracht. — Präsi.: Sind Ihnen nicht auf dem Gerichte einige Frauen vorgestellt worden? — Zeuge: Ja, vier Stück. Ich habe aber keine als meine Fahrgäste herausfinden können. — Auf Anordnung des Vorsitzenden müssen die Angeklagten Frau Chwiatkowska und Anoska heraustreten. Der Zeuge, der vorher gesagt hatte, daß die beiden Damen 25 bis 35 Jahre alt und 1,60—1,75 Meter groß gewesen seien, steht beide Angeklagte längere Zeit prüfend an und meint: die Ältere scheidet ganz aus, dagegen könnte die Chwiatkowska

vielleicht eine der Damen gewesen sein.

Der Zeuge wünscht, die Zeugin mal sprechen zu hören, und sagt ihr vor: „Lutscher, fahren Sie Bahnhof Friedrichstraße.“ Die Chwiatkowska sagt die Worte nach, worauf der Zeuge meint: „Der Dialekt stimmt!“ (Große Heiterkeit, die der Präsident ernstlich rügt.) Ein Geschworener wünscht von dem Zeugen Wille zu erfahren, wie er dazu gekommen sei, die beiden Damen ohne Bezahlung aufsteigen zu lassen und eine Stunde auf sie zu warten. Der Zeuge giebt hierauf zur Antwort: „Nun, man denkt doch, die Herrschaften kommen wieder.“ Auf weiteres Befragen erklärt der Zeuge, daß er sich in betreff des Jahres 1897 nicht irren könne.

Die folgende Zeugin, Frau Wille, giebt an, daß ihr Mann einen Tag oder zwei Tage vor Kaisers Geburtstag im Jahre 1897 gegen Abend nach Hause gekommen sei und sofort erzählt habe, daß er zwei Damen nach dem Schlesi'schen Bahnhofe und zurück gefahren habe, wofür sie ihm 7 Mark bezahlt hätten. Die eine Dame habe ein Paket vorsichtig auf beiden Armen unter ihrem Umfahlgewand verborgen, getragen. Er habe gesagt: „Das ist gewiß ein Kind gewesen“, worauf sie erwidert habe: „Das kam wohl möglich sein.“ Als ihnen dann die Zeitungsannonce zu Gesicht gekommen sei, sei ihnen das Vorwissen wieder ins Gedächtnis zurückgerufen worden, worauf ihr Ehemann sich gemeldet habe. Auf Befragen des Staatsanwalts Müller erklärt die Zeugin, daß von keiner Seite auf sie eingewirkt worden sei.

Unterschiedsrichter Weikleder aus Posen bekundet, daß er vor etwa einem Jahre die Hedwig Andruszewska längere Zeit vernommen und den Eindruck gewonnen habe, daß sie zwar eine etwas nervöse Person, aber sonst geistesgesund sei.

Die folgende Zeugin ist eine Arbeiterfrau Obelska aus Wroblewo, welche

versängliche Neußerungen

aus dem Munde der Hedwig Andruszewska über den Zustand der Gräfin gehört haben soll. Die Zeugin erzählt, daß Hedwig vor etwa zwei Jahren eine Zeitlang bei ihr gewohnt habe, gelegentlich einer Unterhaltung habe Hedwig gesagt: „Die Leute sagen, es sei gar nicht das Kind der Gräfin, aber das ist nicht wahr, das Kind sieht der Gräfin ähnlich wie ein Ei dem andren, und auch der Komplexion sieht es ähnlich.“ Die Zeugin behauptet ferner, daß Hedwig A. sich wiederholt in ungünstigen Sinne über die Gräfin geäußert habe. Sie sei nicht zu bewegen gewesen, regelmäßig zur Beichte zu gehen, und habe auch selten die Kirche besucht. — Die Zeugin Hedwig bestreitet, die erwähnte Neußerung gethan zu haben. Auch sei sie wiederholt zur Beichte gegangen, aber nach einer andren Parodie.

In ähnlichem Sinne wie die Vorzeugin äußert sich die Arbeiterchefrau Roman über Hedwig Andruszewska. Die letztere habe sich darüber beklagt, daß sie von ihrer Herrschaft schlecht behandelt werde, obgleich ihr versprochen worden sei, sie solle es gut haben, denn sie

sei im Besitze eines Geheimnisses der Gräfin. Hedwig habe häufig unanständige Worte gebraucht und sich in wegwerfendem Tone über Religion und Kirche ausgeprochen. Als die Zeugin Kromp ihre Aussage der Hedwig Andruszewska ins Gesicht wiederholen muß, bestreitet diese, daß sie die Neußerung gethan habe.

Kriminalkommissar Schulz aus Posen: Die Hedwig habe bei ihrer Vernehmung anfänglich einen befangenen Eindruck gemacht, sie sei dann aber in ihren Aussagen ganz klar und bestimmt gewesen. Ihr Bruder Mag habe ihm einmal gesagt: „Sie wollen sie verrückt machen, aber sie ist vollständig klar.“ — Justizrat Bronler: Hat der Mag mit dem „sie“ irgendwem bestimmte Personen bezeichnet? — Zeuge: Nein. — Staatsanwalt Dr. Müller: Ist dem Zeugen bekannt, daß der Mag Andruszewski für die jetzigen Angeklagten thätig war? — Zeuge: Ja, er hat mir selbst einmal erzählt, daß er auf Aufforderung des Justizrats Lewinski-Posen Ermittlungen in der Skwilek'schen Sache angestellt habe.

Hierauf wurde

der Hauptzeuge für den Staatsanwalt

Kaufmann Hecselki aus Posen vernommen, der im Auftrage des Grafen Hector Skwilecki öfters Reisen nach Krakau unternommen hat. Durch eine alte Dienerin Namens Thelka Dembska habe er dort erfahren, daß das angebliche Kind der Gräfin in Begleitung einer Frau und einer gewissen Anna Radwanoska nach Berlin gebracht worden sei. Er habe die Wohnung der letzteren erfahren, und die Radwanoska, die dem Kinde als Amme auf der Reise nach Berlin gedient haben sollte, habe die ganze Geschichte von dem Wegbringen des Kindes erzählt und gesagt, sie habe 50 Gulden und freie Reise erhalten. Auf sein Eruchen habe die Radwanoska die betreffende Hebamme in ihre Wohnung gebeten. Dort habe er dann die Hebamme Mademacher, jetzt verheiratete Moll getroffen, welche die ganze Sache bestätigte und die damals unverehelichte Thelke Parcza, jetzige Frau Weichensteller Meyer als die Mutter des Kindes bezeichnet. Alle diese Ermittlungen habe er dem Grafen Hector Skwilecki mitgeteilt, dieser sei nach Krakau gekommen und habe gesagt, die Sache sei eine Staatsanwaltschaftsache. Man habe sich infolge dessen auf die Polizei begeben und die Polizeidirektion habe die beteiligten Personen protokolllarisch vernommen. Er sei selbst in Krakau geblieben, um die Mutter des Kindes ausfindig zu machen. Im Juli v. J. habe er auch den Aufenthalt des Ehepaares ermittelt.

Der Zeuge wird dann in ein Kreuzverhör genommen und erklärt, daß er von dem Grafen Hector für seine fünfundsiebzigjährige Reise nach Krakau 4000 M. erhalten habe und für weitere Dienste noch mehr. Er hätte kein persönliches Interesse an der Sache. Hierauf wird die Sitzung um 8 Uhr vertagt.

Lokales.

Der Vater als „Zeuge“.

Der Prozeß Skwilecki, der gegenwärtig vor dem Schörrichter verhandelt wird, hat manche Wunde am Körper der heutigen Gesellschaft aufgedeckt und von einer schlimmen Verlotterung Kunde gegeben. Auch das Schicksal der unehelichen Kinder erhebt sich in diesem Drama, um von neuem gegen die Urheber von Ehed und Verbrechen zur Anklage zu schreiten.

Wir glauben im Sinne unsrer Leser und Leserinnen zu handeln, wenn wir einem Beitrage Raum geben, der auf die Leichtfertigkeit und Gewissenlosigkeit hinweist, mit der gar oft die Herren der Schöpfung — und nicht allein die aus den höheren Gesellschaftsklassen — sich von ihrem eignen Fleisch und Blut abwenden. Eine Dame schildert den Eindruck, den sie von der Aussage des angeblichen Vaters der zwei als Zeugen in Frage kommenden Kinder, des östereich'schen Hauptmanns v. Ziegler, empfingen, in folgender Skizze:

„Hauptmann v. Ziegler, zu seinem Urteil aufgefordert, erklärt, daß er sich gar nicht äußern könne, da er beide Kinder bis jetzt noch nicht gesehen habe.“

Die Mutter, die ihr Kind umbringt, wandert ins Juckthaus; der Vater, der beinahe ebenso Schlimmes thut, indem er sein Kind fahrlos den Gefahren des Lebens preisgibt, gehört zu den „besien“ Kreisen der Gesellschaft!

Wahrlich! Ein Tier sieht nach seinem Jungen. Der „gebildete“ Mann hat keine Empfindung für die hilflosen Wesen, welche er in die Welt gesetzt hat.

Wird noch lange über die Umwertung der Werte gelacht werden können? Erhielt denn nicht jedermann Entsetzen im Fall „Ziegler, der sich nicht äußern könne, da er beide Kinder bis jetzt noch nicht gesehen habe“? Knaben von sechs und sieben Jahren sind dem „Zeugen“ gegenüber gestellt. — Wie hat der Mann Verlangen gehabt, seine Kinder zu sehen. Nie!

Keine „erotische“ Abenteuer fallen bei der Werthätzung des Mannes nicht in Betracht. Mag die Frau an den Folgen zu Grunde gehen, weshalb „fiel“ sie?

Handelt es sich um ein Verbrechen, welches zwei Menschen gemeinsam begehen, so erhalten beide bei gleicher Schuld gleiche Strafe. Das Verbrechen, Leben zu geben, trägt nur dem einen der Erzeuger lebenslängliche Knechtung ein. —

Die unehelich gebärende Mutter der höheren Stände leidet in ganz andrer Weise, als der Dienstdote oder die Arbeiterin. Das kleine Geschöpf hindert die letzteren vollkommen in ihrer weiteren Bewegungsfreiheit. „Ich heiße nach Muttern“, kann gar manches Kind sagen, das allmählich auf die weite Straße des Verbrechens geschoben wird. — Hunger macht mürbe. — All diese Verhältnisse sind mehr als bekannt. Hin und wieder treten sie in ihrer ganzen Schwere vor uns hin. — Elisabeth Browning hat das Wort geprägt: „Die Nationen werden, was sie wollen.“ Sicher hat sie dabei nicht zum mindesten die Jugend ins Auge gefaßt. Seitdem ist das „Jahrhundert des Kindes“ gekommen. Müdig Denker haben wie Sturmwind auf bisher unangefasste Gebiete im Reiche der Mütter. —

Mag man sie leicht lächerlich machen können, diese Männer und Frauen, die das Verhältnis der Geschlechter zu einander glauben umformen zu dürfen; diese Leute mit den „merkwürdigen“ Ansichten; diese, die sich den stolzen Glauben nicht rauben lassen, daß es besser werden kann. Schwerer zu verlasten ist das Kind als seine Mutter. Dieses hilflos im Vorauf stehen zu lassen, ist nicht jedermanns Sache. —

Der „Vater“ Ziegler als Zeuge könnte zum Markstein werden. — Nicht von „neuen“ Menschen ist hier die Rede, von „Wahren“. Lange genug hat man Unschuldige für die bestehende Gesellschaftsordnung hängen lassen.

Stetig das Kind!! Wie ein Schrei sollte es durch alle Kreise gehen. Jedermann kann zur Macht werden. Jeder kann Qual und Jammer verringern, indem er das Gefühl der Scham in sich nach hält denen gegenüber, „die sich nicht äußern können, weil sie ihre Kinder nie gesehen“.

Daß die vom päpstlichen Ausschuss angeregte Bissetsteuer nicht allein kulturwidrig, sondern auch wenig einträglich ist, lehrt eine vom „Berliner Tageblatt“ gebrachte Zusammenstellung. Danach würde der Ertrag nicht mehr als 3—400 000 M. sein. Die für Berlin geplante Luftfahrsteuer ist übrigens in andren Städten bereits in

Kraft. Im Etatsjahr 1900/01 sieht Magdeburg mit 148 000 M. an der Spitze. Es folgen Köln mit 129 000 M. und Dresden, das mit 120 000 M. bezeichnet steht. Frankfurt a. M., auf das man im Berliner Rathaus bei Erörterung der Frage besonders verwiesen hat, brachte im genannten Zeitraum 104 000 M. auf, Breslau figurirt mit 80 000 M., während München nur 42 000 M. aufgebracht hat. Auch Potsdam und Spandau haben sich eine solche Einnahmequelle gesichert, die unsrer Reichsstadt 11 400 M. und Spandau 12 100 M. brachte. Frankfurt a. O. erzielte 9000 M. Aigorf ist mit 3500 M. und Sömmerberg mit 2800 M. bezeichnet.

Die städtische Hochbauverwaltung hielt gestern unter dem Vorsitz des Stadtrats Wagner eine Sitzung ab, in welcher die besonderen Entwürfe zu der höheren Mädchenschule und der Gemeindefschule in der Kantstraße, zum Friedrich-Realgymnasium und zum Desinfektions- und Verbrennungshaus für das Rudolf Virchow-Krankenhaus zur Annahme gelangten. Stadtrat Ludwig Hoffmann teilte mit, daß alle noch ausstehenden Entwürfe zu Bauten des Rudolf Virchow-Krankenhauses und der Irrenanstalt in Buch sowie der Entwurf zur Siedehalle in Buch so weit bearbeitet worden sind, daß ihre Vorlage noch im Laufe dieses Winters erfolgen wird.

In der gestrigen Sitzung der städtischen Schuldeputation unter dem Vorsitz des Stadtschulins Dr. Hirsfeld beschloß dieselbe am Mittwoch zur Erweiterung der Remittirte unserer Schuljugend künftig eine größere Zahl von Pflanzen den Schulen von der städtischen Parkverwaltung zur Verfügung zu stellen. Zu diesem Zweck sollen entsprechende Vorkehrungen getroffen und die Transportkosten vergütet werden. Den hiesigen Privatschulen soll der Bezug von Pflanzmaterial erleichtert werden. Gegen eine Pauschalsumme von 50 Mark wird ihnen die Parkverwaltung ebenfalls eine größere Menge brauchbarer Pflanzen regelmäßig gern überlassen. Der Anschaffungsunterricht und die bei Stadtdürren oft nicht sehr große Kenntnis der Pflanzen soll durch diese vermehrte Lieferung von Pflanzen gefördert werden.

Die Leiche des Professors Rommsen wird heute nachmittag von der Kaiser Wilhelm-Gedächtniskirche aus beigesetzt werden. An dem Sarge des Verstorbenen werden Professor D. Dr. Harnack im Namen der Akademie der Wissenschaften, Oberbürgermeister Schustehaus für die Stadt Charlottenburg und Professor Dr. Hirschfeld im Namen der Universität Berlin sprechen. Die Feier beginnt 1 Uhr. Von der Kirche aus nimmt der Trauerzug seinen Weg nach dem Dreifaltigkeits-Kirchhofe in der Bergmannstraße.

Der frühere Rechtsanwält Gustav Platon ist hier Ende voriger Woche gestorben. Er wurde seiner Zeit wegen fortgesetzter Stempelgeldhinterziehung zu einer Gefängnisstrafe von dreizehn Monaten verurteilt. Anfang Mai wurde er aus dem Gefängnis entlassen. Die lange Haft und die gewaltigen seelischen Erregungen vor seiner Verhaftung hatten den bedauernswerten Mann derartig geschwächt, daß er bald einen Schlaganfall erlitt, von dem er sich jedoch bald wieder erholt, so daß er für einen hiesigen angesehenen Rechtsanwält juristische Arbeiten erledigen konnte. Es ist noch erinnerlich, wie der nun Verstorbene in Bezug auf die begangenen Verfehlungen, als diese einen Höhepunkt erreicht hatten, von dem aus er keine penitente und gesellschaftliche Rettung mehr sah, tagelang wachlos umherirrte und sich dann selbst der Staatsanwaltschaft stellte. Er lieierte sich aus, als er fühlte, daß ihm zu dem beschuldigtesten Selbstmord bereits die nötige Energie fehlte. Platon, der aus einer sehr anständigen Berliner Familie stammte, auch reiche Verwandte hatte, die wiederholt seine dauernden Geldalamitäten zu einem bemüht waren, bis ihre Geduld, Rücksicht und Opferwilligkeit erschöpft war, ist im letzten Grunde ein Opfer traurigster häuslicher Verhältnisse geworden. Die „National-Zeitung“, der wir diese Nachricht entnehmen, schreibt weiter über den Verstorbenen: „Ein Verbrecher war Gustav Platon nicht, sondern er hat nicht verstanden, mit seinen Einnahmen hauszuhalten und geriet dann allmählich aus Leichtsin und Nachlässigkeit auf die schiefen Bahnen, auf der sein Dasein war und die ihn immer tiefer hinab führte. Die Achtung seiner Kollegen hat unfred Wissens Platon stets, auch nach dem Bekanntwerden seiner strafwürdigen Handlungen nicht verloren und viele von ihnen hätten gern, wie allgemein berichtet wurde, eine gemeinsame Hilfsaktion zu seinen Gunsten unternommen, wenn er sich einem Freunde beizugehen anvertraut hätte. In der vorigen Woche erlitt er wiederum auf der Treppe zu dem Bureau eines hiesigen Justizrats, bei welchem er in letzter Zeit juristisch tätig war, einen erneuten Schlaganfall, dessen schwere Folgen seinem verhehlten Leben ein Ziel setzten. Gustav Platon hat zahlreiche Freunde hinterlassen, die dem unglücklichen Manne, der seine menschlichen Schwächen gar schwer hat büßen müssen, ein mitleid- und Anteilvolles Gedenken nicht vorenthalten werden.“

Am Dienstag brachten wir nach einer Lokalkorrespondenz die Mitteilung, daß die Leiche der Lehrerin Fräulein Schönfeld polizeilich beschlagnahmt worden sei. Wie uns von zuverlässiger Seite mitgeteilt wird, ist diese Nachricht falsch. Fräulein Schönfeld, die längere Zeit krank war, ist einem Herzschlage erlegen und bereits am Montag auf dem Friedhofe der jüdischen Gemeinde in Weihensee beerdigt worden.

Falschmünzer und Verursacher in einer Person ist der der Polizei bekannte Verbrecher Sigebrod, der in Meadit Wohnung und Werkstatt beschuldigt und gestern in der Grünhaldenstraße bei der Verhaftung falscher Zwanzigmünzen abgefaßt wurde. Obgleich in der letzten Zeit verschiedene Falschmünzer eingesperrt wurden, kam noch immer falsches Geld in den Verkehr, so daß die Polizei in besonders nachsichtiger Weise eine Verhaftung führte bei Eigenbrod zu dem überraschenden Ergebnis, daß er noch 50 solcher Falschmünzen bei sich trug. Die sehr gut gearbeiteten und das Münzzeichen A 1902 tragen. Er bekennt zunächst das Münzverbrechen. Als er aber sah, daß in seiner in der Eromstraße befindlichen Werkstatt eine Durchsichtung geschehen sollte, gab er sein bei und gelang, daß er die Herstellung und Verbreitung ohne fremde Hilfe betrieben habe. Seine Wohnung hat ein Bild von der Gesichtszüge des Falschmünzers, der das schönste Handwerkszeug aus den einfachsten Dingen zusammenzusetzen verstanden hatte. Da war eine elektrische Batterie aufgestellt, die ihren Strom in eine Amders-Wachmaschine gab. In den Behältern auf dem Amderspielzeug wurden die Falschmünzen auf gasähnlichem Wege verfertigt. Siebelsel und Formen hatte er aus alten Löffeln gearbeitet; auch eine Jahnmashine zur Herstellung des Randes war vorhanden — kurz, die einzelnen und einfachsten Gerätschaften wurden so hinreichend und sorgfältig verfertigt, daß die Arbeit glatt von flotten ging. Eigenbrod folgte den fürzlich eingesperrten Falschmünzern in des Untersuchungsgefängnis.

Der Buchhalter Willi Hustan, dessen Unterschlagung und Flucht gemeldet wurde, sitzt bereits im Untersuchungsgefängnis hinter Gittern und Mauer. Er war aus Berlin überhaupt nicht herangezogen, da er dem Spielteufel verfallen war und die veruntreute Summe von 4000 M. bis auf den letzten Pfennig auf Rennplätzen angelegt hatte. Er hat sogar von einem Buchmacher noch 10 M. entliehen. Seinem Prinzipal hatte er brieflich mitgeteilt, daß er eine Postvollmacht für sich gefälscht und die eingehenden Gelder daraufhin erhoben habe. Die Mahndriefe, die von dem Geschäft an die Kunden gerichtet wurden, hat er vernichtet, damit die Untersuchungen nicht aufgedeckt werden sollten. Abgesehen vom Spiel war Hustan nicht ausschweifend.

Wegen des Einbruches eines Stalles auf dem Grundstück Saarbrückerstraße 6, neben Börons Brauerei, wurde gestern Abend die erste Compagnie nach 7 1/2 Uhr alarmiert. Als die Gefahr bemerkt wurde, war es schon zu spät, sämtliche in dem Stall untergebrachte Pferde zu retten. Drei wurden unter den Trümmern begraben und dann von der Feuerwehre wieder herausgeholt. Eins war schon tot, während zwei nur Verletzungen erlitten hatten. Die Feuerwehre beseitigte weitere Gefahren, während die Polizei die Unfallstätte abspernte.

Vermisst. Der Kaufmann und Chemiker Reinhold Wadel, am 11. Juni 1874 zu Schönefeld, Kreis Leizpig, geboren, hat sich am 9. September cr. aus seiner Wohnung, Am Circus 7 bei Herber, entfernt und ist seitdem nicht mehr zurückgekehrt. Derselbe ist 1,70

Metre groß, schlank, hat blondes krauses Haar, blonden Schmirbel, blaue Augen, längliche Gesichtsbildung und blaße Gesichtsfarbe. Bekleidung nicht bekannt. Nachrichten über seinen Verbleib werden schriftlich zu den Akten 7114 IV 23. 03 an die Kriminalpolizei oder mündlich im lgl. Polizeipräsidium (Zimmer 246) und in jedem Polizeirevier erbeten.

Mit einer Schußwunde im Kopf wurde am 1. d. M. in Wilmsdorf bei Straußberg ein Mann von dem Wilmesheimer Möller aus Straußberg aufgefunden. Der Verwundete wurde nach dem Straußberger Krankenhaus gebracht und starb dort, ohne daß er über seine Person und über den Vorfall selbst vernommen werden konnte. In der Nähe des Fundortes lag ein kleiner Revolver, mit dem die That ausgeführt zu sein scheint. Anfangs nahm man einen Selbstmord als vorliegend an; indes ist die Möglichkeit, daß an dem Manne ein Verbrechen verübt wurde, nicht von der Hand zu weisen. Darauf können vor allem Fußspuren schließen lassen, die in der Nähe des Geschosseneis endete wurden, von ihm selbst aber nicht berührt. Zur Aufklärung des Sachverhalts ist zunächst die Feststellung der Persönlichkeit notwendig. Der Mann trug einen schwarzen Mantel, einen ebensolchen Radetzanzug, schwarze Schmirchhüte und einen braunen Hut. Sein Taschentuch ist A oder K gezeichnet; genau läßt sich dies nicht erkennen.

Bei einem Briefmarkenhändler in der Friedrichstadt wurde vor einigen Tagen ein Posten deutscher Briefmarken mit Beschlag belegt. Es handelte sich um sogenannte Dienstmarken, die mit dem Aufdruck „Frei durch Ablösung“ zum Zwecke der Feststellung einer neuen Pauschalsumme für Gerichtsbriefe nur für das Jahr 1903 ausgegeben sind. Diese Marken werden nur für die Behörden ausgegeben und sollen ungenutzt nicht in Umlauf kommen. Sie gelten daher nicht als Zahlungsmittel und werden, wo sie ungenutzt in Privathänden vorgefunden werden, ohne weiteres beschlagnahmt. Der Briefmarkenhändler hatte einen größeren Posten solcher ungenutzter Marken von einem Händler aus der Provinz bezogen. Dieser kann nur durch das Dienstvergehen irgend eines Beamten in den Besitz der Marken gelangt sein. Nach dieser Richtung ist bereits die Untersuchung eingeleitet worden.

Zahlreiche Reklamationen werden von Abonement- und sonstigen Fahrkästen der Stadt- und Ringbahn erhoben, weil ihre Fahrkarten auf den Stationen der Vorortstrecke Stralau-Mummelsburg-Kaulsdorf zurückgewiesen werden. Sie berufen sich darauf, daß die über Stralau-Mummelsburg hinausgehenden Züge auf den Fahrplänen als „Stadtbahnzüge“ bezeichnet würden und daß deshalb auch Lichtenberg, Friedriessfelde, Wiesdorf und Kaulsdorf „Stadtbahnstationen“ seien. Dem ist aber nicht so. Wir haben wiederholt darauf hingewiesen, daß jene Züge lediglich als Betriebsfahrzeuge in der Formation von Stadtbahnzügen bis Kaulsdorf weiter geführt werden sind, ohne daß dadurch in den Tarifverhältnissen irgend eine Aenderung eingetreten wäre. Die billigen Monatskarten (4,50 M. für beliebige Benutzung der ganzen Stadt- und Ringbahn in dritter Klasse) gelten also nur bis Stralau-Mummelsburg, als der östlichen Grenzstation der Stadt- und Ringbahn, darüber hinaus tritt der Kautstaden-Tarif außer Kraft, und nach dem Vorort-Tarif werden für die Strecke bis Friedriessfelde 15 bzw. 10 Pf., bis Kaulsdorf 30 bzw. 20 Pf. (zweiter bzw. dritter Klasse) erhoben.

Die Einfahrt in die Oberwasserstraße von Osten her — in der Richtung von der Gertrauden- nach der Jungfernbrücke — ist unter Bezugnahme auf § 49 Absatz 1 der Straßenordnung vom 31. Dezember 1900 verboten.

„Kunstige Kunst“ bildet das Thema des vollständigen Kunstabends am Sonntag, den 8. November, 7 1/2 Uhr, in der Kaiser Friedrich-Schule am Savignypfad, welchen die Volks-Kunstkommission der Stadt Charlottenburg in Verbindung mit dem Verein zur Förderung der Kunst, zugleich als erste künstlerische Gedenkstunde für den eben heimgegangenen Ehrenbürger ihrer Stadt, Theodor Rommsen, veranstaltet. Die Recitation von Dichtungen Homers, Horaz, Sophokles und Ariantos, sowie Goethes, Schillers usw. hat Herr Direktor Bruno Trischmann inne. Die ursprünglich für den 1. November ausgegebenen Karten behalten für diesen Abend ihre Gültigkeit, an der Hand sind Karten für jedermann in den größeren Gymnasien, Buchhandlungen Charlottenburgs und der Potsdamerstraße, Bureau der Akademischen Gesellschaft, Bureau des Vereins zur Förderung der Kunst, Brüderstraße 1, Verlag Bloch, sowie in der Buchhandlung Hoch, Anzeigebüro neben der Kaiser Friedrich-Schule zum Preise von 50 Pf., einige reservierte Reihen zu 1 M. zu haben.

Im Verein für vollständige Kurse von Berliner Volksschulchren beginnt am Donnerstag, den 5. d. M., abends 8 1/2 Uhr, Herr Professor Dr. P. Plate seinen Vortragskursus über das Thema: „Die unterirdischen Tier- und Pflanzen“. Eine Einführung in die Grundbegriffe der Lebenskunde. Die Vorträge werden im Hörsaal des Zoologischen Instituts, N., Juchaldenstr. 43, abgehalten. Am gleichen Abend und um dieselbe Zeit beginnt Herr Privatdocent Dr. Gottschall seinen Vortragskursus über „Die Hygiene der Frau“ in der Aula des Andreas-Realgymnasiums, O., Langestr. 31. Eintrittskarten für den sechs Abende von je anderthalb Stunden umfassenden Kursus des Herrn Professor Plate zum Preise von 1 M. sind zu haben bei: Georg Sellig, Leizpigerstr. 128; A. Schug, Hofmarktstr. 60; Chr. Tischendörfer, Sophienstr. 20; H. C. Federer, Kurfürstenstr. 70; Bernhard Staar, Friedrichstr. 250; Centralstelle für Arbeiter-Wohlfahrts-Einrichtungen, Dönhauptstr. 14 (8-3 Uhr).

Das Casino-Theater wandelt auf Gorkis Bahnen. Ein Einakter „Der Knecht Ruprecht“ wehlt von Verbrechern und Dürren zu melden, die in einer Berliner Kaskademe relative Glückseligkeit finden. Nicht alle, die uns an dieser Stätte des Glücks begannen, gehören zu den Ewig-Verdammten; wir erleben vielmehr, daß das besorgte Haupt einer guten Familie sein zartes Töchterlein wieder aus dem Sumpf zieht, in den es, aus Liebe zur Kunst irrend, hineingeraten war. Der beträchtliche Rest, der dann noch übrig bleibt, nach bekanntem Muster ein Baron und ein Schauspieler mit ihrem Anfang, beschließt den Abend nicht mit Beschlagen und Selbstmord, sondern strampelt sich in einem vergnügten thö dants aus. So entfernt sich im höchsten Stand das Berliner Gesellschaftsleben von dem russischen, so differiert der Dichter Blank in Geistesrichtung und Anwendung von dem Dichter Gorki. Auch die Talente sind in Berlin N. wohl nicht anspruchsvoller als das Glend und so wird unser Dramatiker und wohl nicht böse sein, wenn wir sein Werk zu den minder tragisch zu nehmenden zählen. Gelpielts wurde von den des Berliner Dialekts gewohnten Künstlern ganz vortrefflich. Diesem Drama folgten — Specialitäten, unter denen der Kunstschöpfer Martens Vorzügliches bot, und den Beschlag des Abends bildete das Volksstück „Hotel Klingebusch“. Der Anblick der arg geplagten und verkleumerten Unschuld, die als mutterlose Waise schließlich am Arm eines tugendhaften Oberleitners über das Laster triumphiert, wirkte stark auf das gute Herz des Publikums und mündlich nahm in dem Bewußtsein, einen auch in moralischer Hinsicht einträglichsten Abend genossen zu haben, vom Casino-Theater Abschied.

Theater. Das Schauspiel „Wilhelm Tell“, das Volksdrama im höchsten Sinne, gleich bedeutend als Kunstwerk wie durch die freiheitliche Idee, die in ihm lebt, ist unter den dramatischen Werken Schillers dasjenige, das auf das Publikum des Schiller-Theaters die tiefste Wirkung und die härteste Anziehung ausgeübt hat. Seit der ersten Aufführung im Kaiser-Theater im Oktober 1895 ist „Wilhelm Tell“ vierundsechzigmal, einschließlich der Volksfeste-Vorstellungen, zur Darstellung gelangt und wird sicherlich noch in diesem Winter die hundertste Aufführung im Kaiser-Theater erleben. Das Werk wird nämlich gegenwärtig einer gründlichen und sorgfältigen Revisionsreinigung unterzogen und gelangt von Grund aus neu besetzt, in ganz neuer dekorativer Ausstattung, die namentlich auch die Reize des landschaftlichen Hintergrundes der Dichtung zur Geltung bringen soll, am 10. November zur Aufführung. Das Schiller-Theater gedenkt damit den Geburtstag des Dichters in diesem Jahre in besonders würdiger Weise zu begehen. — „Die Logenbrüder“, Schwanke von Karl Lauff und Kurt

Kraak, deren Erstaufführung im Luisen-Theater am Freitag stattfindet, sind wie folgt besetzt: Habermann: Albert Häner, Karoline: Elise Hästel, Brückner: Hermann Bartels, Eva: Stefanie Stauffen, Eulu: Jzabella Katrowska, Annie: Tony Schwa. — Central-Theater. Morgen Freitag wird als dritte Abonements-Vorstellung der zweiten Serie Offenbachs Operette „D'ryheus in der Unterwelt“ zur Aufführung gebracht. Die Hauptrollen sind mit den Damen Josefine Bietori, Elie Cramer, Irene Stuart, Frigi Lieber und Günther-Hahn und den Herren Karl Schulz, Rudolf Ander, Emil Albes und Hans Horst besetzt.

Feuerbericht. Ein größerer Dachstuhlbrand kam in der Nacht zum Mittwoch am Lützow-Ufer 13 zum Ausbruch und beschäftigte die Wehre über zwei Stunden. Das Feuer entstand auf nicht ermittelte Weise auf dem Boden des Vorderhauses und wurde erst bemerkt, als Flammen aus dem Dachstuhl drangen. Mit unheimlicher Schnelligkeit griffen sie nun um sich, denn als der erste Lösungszug eintraf, brannte bereits der größte Teil des Dachstuhles. Die Wehre setzte daher sofort mehrere Schlauchleitungen in Thätigkeit und ging von verschiedenen Seiten aus gegen den Brandherd vor. Immerhin dauerte es doch über eine Stunde, bevor die Gefahr als beseitigt gelten konnte. Der entstandene Schaden ist beträchtlich, da neben einem großen Teile des Dachstuhls auch die vierte Etage stark gelitten hat. Mittwochnachmittag gegen 3 Uhr wurde die Wehre nach der Kantaukelfstraße 78 gerufen, weil hier ein Pferd in eine auf dem Hofe befindliche Grube, die mit gelöstem Kalk angefüllt war, gestürzt war. Es dauerte geraume Zeit, bevor das Tier aus seiner unglücklichen Lage befreit werden konnte. In der Sebastianstr. 14 war im vierten Stock ein Ballon mit Schwefelsäure geplatzt. Kleidungsstücke und Möbel waren abends in der Zimmerstr. 24 in einer Wohnung in Brand geraten, während in der Großen Frankfurterstr. 74 allerlei Gerümpel und Verpackungsmaterial eingeküchelt wurde. Ein Tischlereibrand beschäftigte die zweite Compagnie längere Zeit am Lauffer Platz 14. Die übrigen Alarmierungen, die in den letzten 24 Stunden erfolgten, waren auf „Blinden Lärm“ zurückzuführen.

Aus den Nachbarorten.

Dem städtischen Arbeitsnachweis in Rixdorf erhielten im Monat Oktober d. J. 253 Personen Arbeit nachgewiesen und zwar 54 Handwerker, 18 Fabrikarbeiter, 119 ungelernete Arbeiter, 22 jugendliche Arbeiter unter 16 Jahren, 2 Lehrlinge, 9 Dienstmädchen, 17 Fabrikarbeiterinnen und 12 ungelernete Arbeiterinnen. Beschäftigung gesucht wurde von 463 Personen, welche sich rekrutierten aus 60 Handwerkern, 30 Fabrikarbeitern, 206 ungelerneten Arbeitern, 49 jugendlichen Arbeitern unter 16 Jahren, 2 Lehrlingen, 12 Dienstmädchen, 29 Fabrik- und 15 ungelerneten Arbeiterinnen. Arbeitgeber nahmen den Arbeitsnachweis in 203 Fällen in Anspruch, 186 Fälle wurden durch den Fernsprecher erledigt.

Die Charlottenburger Schlächter-Innung hält in nächster Woche eine Versammlung ab, in welcher der vielfach erörterte Terraintausch, bei dem drei Mitglieder der Innung einen Gewinn von 400 000 M. erzielen, zur Verhandlung kommen soll. Die an dem Terraintausch beteiligten Meister sind durch eingeschriebenen Brief zur Versammlung besonders eingeladen worden. Auch ein Vertreter des Magistrats wird derselben beiwohnen, da die Regierung einen ausführlichen Bericht eingefordert hat. Es wird, wie die „Allg. Fleischer-Zeitung“ mitteilt, beabsichtigt, die Versammlung zu einer nicht öffentlichen zu machen und die Vertreter der Presse von der Teilnahme auszuschließen. Das wäre sehr bedauerlich, da es doch gerade im Interesse des Ansehens der Innung liegen muß, der weitesten Öffentlichkeit völlige Aufklärung in der Sache zu verschaffen.

Steglich. In anerkannter Weise hat der hiesige Gemeindevorstand die Vorschriften des Wahlreglements beherzigt, die Wahl auf eine für die Wahlbeteiligung möglichst günstige Stunde festzusetzen. Die Wähler der dritten Abteilung werden zu 5 Uhr nachmittags eingeladen und ferner wird bestimmt, daß die Wahlhandlung der zweiten Abteilung nicht vor 7 Uhr, die der ersten nicht vor 7 1/2 Uhr stattfindet.

Ein schwerer Unglücksfall trat sich gestern auf dem Bahnhof Lehnitz an der Nordbahn zu. Ein Arbeiter wollte abends gegen 6 Uhr den nach Berlin fahrenden Vorortzug hemmen, verweilte jedoch längere Zeit auf dem Bahnsteig, ohne den zur Abfahrt bereit stehenden Zug zu bestreiten. Als sich der Zug in Bewegung setzte, lief der Arbeiter hinterher und sprang auf das Trittbrett eines Wagens dritter Klasse. Hierbei glitt der Leichtsinige jedoch ab, stürzte zu Boden und die Laufsteg der nachfolgenden Wagen gingen über seinen Körper hinweg. Zwar wurde der Arbeiter von den Trittbrettern nicht überfahren, doch hatte er bei dem Sturz einen Bruch des linken Unterarmes sowie auch aufsteigend innere Verletzungen davongetragen und mußte nach einem Krankenhause gebracht werden.

Aderhöf. In der letzten Sitzung der Gemeindevertretung wurde ein Antrag der socialdemokratischen Gemeindevertreter verhandelt, den Urwählern zum preussischen Landtag Wahlkreisbindungen aufzuheben und zu diesem Zweck 65 M. zu bewilligen. Gegen die Stimmen der Socialdemokraten wurde dieser Antrag abgelehnt, weil die Gemeinde nicht notwendig hätte, politisch denkmäßige Wähler zur Wahl heranzubolen. — Die Gebühren für die Benutzung der hiesigen Freibank wurden für die ersten zum Verkauf gestellten 25 Pfund auf 2,50 M. und für weitere 25 Pfund auf 1,50 M. festgesetzt. Zum Schluß wurde noch mitgeteilt, daß die lgl. Eisenbahndirektion die Petition betr. Einlegung eines Zuges nach 12.37 Uhr vom Görtzler Bahnhof resp. Stadtbahn abgelehnt hat, da dieselbe ein Bedürfnis nicht anerkennen könnte und ein derartiger Zug nicht einmal die Kosten decken würde. Es wurde beschlossen, nochmals in einer Eingabe der Direktion den Vorschlag zu machen, einen nach 12 Uhr von Berlin abgehenden Zug aufzuheben und dafür gegen 2 Uhr einen Zug in den Fahrplan aufzunehmen.

Marktpreise von Berlin am 3. November 1903 nach Ermittlungen des lgl. Polizeipräsidiums.

Weizen, gut D.-Gr.	15,90	15,85	Marjolein, neue D.-Gr.	6,00	4,00	
mittel	15,82	15,78	Rindfleisch, Rente 1 kg	1,80	1,20	
gering	15,74	15,70	do. Bauch	1,50	1,10	
Roggen, gut	13,10	13,06	Schweinefleisch	1,60	1,10	
mittel	13,02	12,98	Kalbfleisch	2,00	1,20	
gering	12,94	12,90	Hammelfleisch	1,80	1,10	
Gerste, gut	14,50	13,40	Butter	2,60	2,00	
mittel	13,80	12,20	Eier	60 Stück	5,00	
gering	12,10	11,00	Karpfen 1 kg	2,00	1,20	
Haber, gut	15,70	14,80	Kale	2,80	1,40	
mittel	14,70	13,80	Zander	3,00	1,20	
gering	13,70	12,80	Hechte	2,00	1,00	
Rübspross	4,32	3,82	Barbe	1,80	0,80	
Heu	6,80	4,80	Schafe	3,00	1,40	
Erbsen	40,00	25,00	Biere	1,40	0,80	
Speisebohnen	50,00	25,00	Krebse	per Schaf	15,00	3,00
Linzen	60,00	30,00				

* ab Bahn. † frei Wagen und ab Bahn.

Witterungsübersicht vom 4. November 1903, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer (hoh. nun)	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C. (M. - P. N.)	Stationen	Barometer (hoh. nun)	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C. (M. - P. N.)
Swinemünde	769	SW	—	Rebel	8	Saparanda	752	B	—	Zwölfend	—0
Hamburg	770	SW	1	bedeckt	7	Petersburg	—	—	—	—	—
Berlin	769	SW	1	bedeckt	10	Coet	775	R	1	heiter	7
Frankf. a. M.	771	SW	1	bedeckt	10	Herbeeden	—	—	—	—	—
München	770	D	2	bedeckt	6	Paris	770	SW	1	bedeckt	8
Wien	770	SW	—	Rebel	8						

Wetter-Prognose für Donnerstag, den 5. November 1903. Mild, jedoch ziemlich trübe und neblig bei schwachen weislichen Winden; keine erheblichen Niederschläge.

Berliner Wetterbureau.